

КАЗАНСКИЙ ГОСУДАРСТВЕННЫЙ УНИВЕРСИТЕТ

Fachsprache Deutsch: Internationale Beziehungen

Учебное пособие по немецкому языку

2009

Печатается по рекомендации учебно-методической комиссии
Института языка Казанского государственного университета
протокол № 5, от 21 мая 2009 г..

Рекомендовано к публикации кафедрой нем. языка
протокол № 3, от 15 октября 2008 г.

Составители:

О. И. Донецкая, к. пед. н., доцент (Politik, Deutsche Politiker),
Т. К. Иванова, к. фил. н., доцент (Europäische Union, Terrorismus, der IWF),
К. Я. Кадралиева, ст. преп (Globalisierung, OPEC, die WTO).

Научные консультанты:

лекторы Фонда им. Р. Боша Р. Ленц, Т. Петерс, А. Хафенштайн (Германия)

Рецензенты:

Н. А. Маслова, к. филол. н., доцент кафедры нем. языка
Института языка КГУ
З.М. Зарипова, к. филол. н., доцент кафедры нем. языка
ТГГПУ

Учебное пособие “Fachsprache Deutsch: Internationale Beziehungen” предназначено для студентов, изучающих немецкий язык в рамках специальностей «Международные отношения» и «Политология». Оно состоит из аутентичных текстов по актуальным международным темам и заданий к ним, которые способствуют формированию таких компетенций, как анализ прочитанного, аргументированное высказывание, ведение дискуссии и пр. Пособие представляет интерес для студентов и аспирантов других специальностей, интересующихся политическими проблемами современного общества.

Inhaltsverzeichnis

Politik

Text 1. Politik: eine Begriffsbestimmung	4
Text 2. Außenpolitik: Begriff und Geschichte	9
Text 3. Die Einschätzung der Politik als „schmutziges Geschäft“	11
<i>Zusätzliche Informationen:</i>	
Deutsche Außenpolitik: Kontinuität und Wandel	15

Deutsche Politiker

Text 1. Konrad Adenauer	22
Text 2. Ludwig Erhard	29
Text 3. Horst Köhler	34
<i>Zusätzliche Informationen:</i>	
Deutsche Bundeskanzler	38
Deutsche Bundespräsidenten	41

Globalisierung

Text 1. Begriffsbestimmung	44
<i>Zusätzliche Informationen:</i>	
Globalisierung: Bedrohung oder Chance?	48

Internationale Organisationen

Text 1. Die Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC)	56
Text 2. OPEC beschließt Beibehaltung der Ölfördermenge	59
Text 3. Die Welthandelsorganisation	65
Text 4. Der IWF	71
Text 5. Rücktritt von H. Köhler und Suche nach Nachfolger im März 2004	75
<i>Zusätzliche Informationen:</i>	
Schränkt die Globalisierung die Souveränität der nationalen Regierungen in der Wirtschaftspolitik ein?	77
Entwicklungsländer: Wie weit sind sie integriert?	78

Die Europäische Union

Text 1. Stationen der europäischen Einigung	
Geschichte und Symbole	80
Text 2. Organe der Europäischen Union	85
<i>Zusätzliche Informationen:</i>	
Dialog der Kulturen	90

Terrorismus

Text 1. Terrorismus – heute und damals	92
Text 2. Gründe der terroristischen Tätigkeit	99
<i>Zusätzliche Informationen:</i>	
Arabische Liga	107

POLITIK

Text 1. Politik: eine Begriffsbestimmung

Politik ist in Europa, wie schon ihre sprachliche Wurzel, das griechische Wort „polis“ (Stadt, Burg, Gemeinde), anzeigt, ursprünglich auf die inneren Verhältnisse und die Bestandswahrung eines überschaubaren (Stadt-)Staates angelegt. Heute umfasst der Begriff der Politik „jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt“.

Aus der Politik der Polis ist (modern gesprochen) über die **Kommunalpolitik** hinaus Regionalpolitik, Staatspolitik, Weltpolitik usw. geworden. Sie teilen sich ihrerseits in Einzelgebiete auf: Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Verkehrspolitik, Außenpolitik, Umweltpolitik usw. Dabei vollzieht sich Politik in einem zunehmend komplexer werdenden Geflecht von staatlichen und **supranationalen** (Beispiel: die Europäische Union), globalen (das System der Vereinten Nationen) und **international-gouvernemental**-regionalen (die Assoziation Südostasiatischer Nationen ASEAN oder die Arabische Liga) Gremien und Führungsstrukturen. Auch gesellschaftlich-transnationale (internationale Gewerkschafts- oder Parteienverbände) und wirtschaftlich-**multinationale** (General Motors, Volkswagen, Unilever) Akteure spielen einen zunehmend gewichtiger werdenden politischen oder zumindest **parapolitischen Part**. Der nationale Staat wird wahrscheinlich bis auf weiteres die zentrale politische Ordnungs- und Gliederungsform der Welt bleiben. Es treten ihm aber immer mehr konkurrierende Größen politischer Natur entgegen, die seinen existenziellen Rang, seine einzigartige Entscheidungskompetenz, vor allem aber seine Gestaltungskraft relativieren, wenn nicht sogar partiell ersetzen.

Politik hat also einen sehr komplizierten, für viele Menschen eher verwirrenden Charakter. Aus der Willensbildung in einem konkreten, überschaubaren Gemeinwesen und aus der Führung in ebenso überschaubaren Verantwortungsbereichen auf der Basis persönlicher Ausstrahlung, Lebenserfahrung und eines ausgebildeten common sense sind hochspezialisierte Funktionsbereiche geworden, bei denen (man sieht dies deutlich an der Umweltproblematik) Bewältigungszwänge für den eigenen unmittelbaren Lebensbereich und für die globale Ebene gleitend ineinander übergehen können. Dies zu studieren und zu erforschen und vielleicht mit den Möglichkeiten der Wissenschaft mit zu beeinflussen kann eine ebenso reizvolle wie spannende Aufgabe sein.

*(Manfred Mols / Hans-Joachim Lauth / Christian Wagner (Hrsg.):
Politikwissenschaft: Eine Einführung. Paderborn; München; Wien; Zürich, 2001)*

Erläuterungen zum Text

Gouvernemental – Regierungs..., von der Regierung ausgehend.

International – zwischen-, überstaatlich, nicht national begrenzt.

Kommunal – eine Gemeinde oder einen Landkreis betreffend, zu ihnen gehörig, von ihnen ausgehend.

Multinational – mehrere Staaten betreffend, in mehreren Staaten tätig.
Multinationaler Konzern – Konzern mit hohem Anteil an Auslandsgeschäften und mit Produktionsstätten in verschiedenen Ländern.

para... – neben..., bei...

Part, m – hier: Rolle

Supra... – ober..., über... **Supranational** – übernational, überstaatlich. Supranationale Organisation – Zusammenschluss mehrerer Staaten, der, anders als eine internationale Organisation, schon selbst unmittelbar Machtbefugnisse gegenüber den Bürgern seiner Mitgliedstaaten besitzt, ohne dass seine Akte erst durch die Mitgliedstaaten in deren innenstaatlichen Recht umgewandelt werden müssen.

Transnational – übernational, überstaatlich.

Weitere Differenzierung zwischen den Begriffen „**international**“, „**intergouvernemental**“, „**transnational**“, „**supranational**“:

„Im alltäglichen Sprachgebrauch wird ein Vorgang, Ereignis, Prozess oder Phänomen als **international** („zwischen Nationen“) bezeichnet, wenn Akteure oder Faktoren aus mehreren Staaten daran beteiligt sind. Dies ist in der politologischen Fachsprache ähnlich. Von manchen Politikwissenschaftlern wird allerdings das Adjektiv „international“ für solche Fälle reserviert, an denen nur regierungsamtliche Instanzen mehrere Länder beteiligt sind; will man dies ganz klar machen, so benutzt man besser das Wort **intergouvernemental** („zwischen Regierungen“). Davon zu unterscheiden sind grenzüberschreitende Aktivitäten nichtstaatlicher Individuen (Unternehmer; Arbeitsmigranten, Touristen, Flüchtlinge etc.) oder Kollektive (humanitäre Hilfsorganisationen, revolutionäre Bewegungen, ethnische Gruppen, Kirchen, Parteien etc.). Sie werden **transnational** („über Nationalgrenzen hinweg gehend“) genannt. Schließlich kommt es vor allem in den letzten Jahrzehnten gelegentlich vor, dass Mitgliedstaaten einer internationalen Organisation bereit sind, dieser zumindest für einige Sachgebiete eigenständige, nicht mehr an die Zustimmung der einzelnen Regierungen gebundene und trotzdem für alle Mitglieder verbindliche Entscheidungsbefugnisse einzuräumen. In diesem Fall – das obligatorische Beispiel ist die EU – geben Staaten Souveränitätsrechte an eine ihnen übergeordnete Instanz ab und schaffen damit eine neue, **supranational** („über Nationen“) genannte Ebene“.

(Manfred Mols / Hans-Joachim Lauth / Christian Wagner (Hrsg.):
Politikwissenschaft: Eine Einführung. Paderborn; München; Wien; Zürich, 2001)

Aufgaben zum Text

1. a) Welche Bedeutung des Verbs „anlegen“ wird in folgendem Satz gemeint?

Politik ist ursprünglich auf die inneren Verhältnisse und die Bestandswahrung eines überschaubaren Staates angelegt.

- an etwas anderes legen, daneben legen;
- einrichten, errichten, bauen, pflanzen (Bahnstrecke, Straße, Stadt, Garten);
- Farbe auftragen, streichen (Wände);
- festlegen, mit Nutzem unterbringen (Geld, Kapital);
- in Grundzügen festlegen, entwerfen (Plan, Roman);
- zusammenstellen, aufstellen, aufbauen (Verzeichnis, Sammlung)
- anziehen (Kleid);
- umbinden, an sich befestigen (Waffe);
- planen, beabsichtigen;
- landen (Schiff).

b) Um welche Bedeutung geht es in folgenden Sätzen? Übersetzen Sie sie.

1) Du hast es wohl darauf angelegt, mich zu ärgern! 2) Das Schiff legte im Hamburger Hafen an. 3) Hier wird ein neuer Park angelegt. 4) Er ist ein Mensch mit dem groß angelegten Charakter. 5) Er hat sein Erbe gut angelegt. 6) Si viel möchte ich nicht dafür anlegen.

2. Übersetzen Sie Sätze mit dem Verb „abzielen“.

1) На что нацелен вопрос? 2) На кого это нацелено? 3) Он уже давно метит на это место (этот пост). 4) Наша фирма стремится к высоким прибылям.

3. Was passt nicht in die Reihe?

vollzogen – durchführen – leisten – in die Tat umsetzen – vollkommen – vollstrecken
vollziehende Gewalt – Exekutive – Legislative – ausübende Gewalt
ersetzen – ausgleichen – auswechseln – vertreten – erneuern – umtauschen
verwirren – verwenden – durcheinanderbringen – in Unordnung bringen

4. Übersetzen Sie ins Russische.

1) Er hat sie durch seine Frage verwirrt. 2) „Ich weiß nicht“, sagte er verwirrt. 3) Ich bin durch die vielen neuen Eindrücke ganz verwirrt. 4) Sein Haar war verwirrt. 5) Du machst mich ganz verwirrt. 6) Lass das sein, du machst dadurch die Verwirrung ja nur noch größer.

5. ersetzen oder umtauschen?

1) Sie ... ihm die Mutter. 2) Wir wollen alte Möbel durch neue 3) Die Versicherung wird Ihnen Ihren Verlust 4) Ich will meine Briefmarken gegen Münzen 5) Zuerst solltest du Geld

6. *gespannt oder spannend?*

1) Es war ein ... Augenblick. 2) Wir sind ... auf Ihre Ideen. 3) Das Buch ist ... geschrieben. 4) Im ...sten Augenblick riss der Film. 5) Er hörte sehr ... zu. 6) Ich bin ..., was er berichten wird.

7. *Erklären Sie auf Deutsch.*

der Bestand, das Gemeinwesen, das Gremium, patt, das Patt, relativieren
Stellung, bei der ein Spieler patt ist; unentschiedener Ausgang
Gemeinde, Verband aus mehreren Gemeinden
das Vorhandene
Ausschuss, Körperschaft, Kommission
bewegungsunfähig, zugunfähig
in Zweifel ziehen, einschränken

8. *Übersetzen Sie ins Deutsche.*

1) правила, обязательные для всех; 2) становящаяся все более весомой политическая роль; 3) и в дальнейшем; 4) ставить под сомнение исключительные компетенции; 5) личное обаяние; 6) плавно переходить друг в друга

9. *Übersetzen Sie ins Russische.*

1) Er hat sie durch seine Frage verwirrt. 2) „Ich weiß nicht“, sagte er verwirrt. 3) Ich bin durch die vielen neuen Eindrücke ganz verwirrt. 4) Sein Haar war verwirrt. 5) Du machst mich ganz verwirrt. 6) Lass das sein, du machst dadurch die Verwirrung ja nur noch größer.

10. *Was passt zusammen?*

auf die Herstellung
einen parapolitischen Part
die Gestaltungskraft
ineinander
auf die inneren Verhältnisse
sich in Einzelgebiete
die zentrale Ordnungsform
dem Staat

übergehen
bleiben
abzielen
entgegentreten
spielen
angelegt sein
aufteilen
ersetzen

11. *Setzen Sie passende Wörter ein.*

Der ... der Politik umfasst „jenes ... Handeln, das auf die Herstellung allgemein verbindlicher ... und ... in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt“. Politik hat heute einen sehr ..., für viele Menschen ... Charakter. Sie umfasst viele ...

Funktionsbereiche. Dabei vollzieht sie sich in einem zunehmend komplexer werdenden Geflecht von ... und ... , ... und ... Gremien und Führungsstrukturen. Der ... Staat wird wahrscheinlich bis auf weiteres die ... politische Ordnungs- und Gliederungsform der Welt bleiben. Aber es treten ihm immer mehr ... Größen politischer Natur entgegen, die seinen existenziellen ... , seine einzigartige ... , vor allem aber seine ... relativieren, wenn nicht sogar partiell

12. Wie verstehen Sie diese Worte? Kommentieren Sie sie.

- 1) Auch gesellschaftlich-transnationale und wirtschaftlich-multinationale Akteure spielen einen zunehmend gewichtiger werdenden politischen oder zumindest parapolitischen Part.
- 2) Der nationale Staat wird wahrscheinlich bis auf weiteres die zentrale politische Ordnungs- und Gliederungsform der Welt bleiben. Es treten ihm aber immer mehr konkurrierende Größen politischer Natur entgegen, die seinen existenziellen Rang, seine einzigartige Entscheidungskompetenz, vor allem aber seine Gestaltungskraft relativieren, wenn nicht sogar partiell ersetzen.

13. Sagen Sie anders.

- „zwischen Nationen“ heißt ...
- „zwischen Regierungen“ heißt ...
- „über Nationalgrenzen hinweg gehend“ heißt ...
- „über Nationen“ heißt ...

14. Beantworten Sie die Fragen.

- 1) Von welchem Wort stammt der Begriff der Politik?
- 2) Was bedeutete dieser Begriff ursprünglich?
- 3) Wie wird heute der Begriff der Politik definiert?
- 4) Welche Einzelgebiete umfasst die Politik?
- 5) Was macht die Politik so kompliziert und für viele Menschen verwirrend?
- 6) Wodurch unterscheiden sich „internationale“, „intergouvernementale“, „transnationale“ und „supranationale“ Akteure und Faktoren?

15. Schreiben Sie die Gliederung des Textes auf. Geben Sie den Inhalt des Textes mit eigenen Worten wieder.

16. Finden Sie Definitionen der Politik in russischsprachigen spezialisierten Wörterbüchern. Vergleichen Sie sie mit der Definition aus dem Text.

Text 2. Außenpolitik: Begriff und Geschichte

Mit und in Außenpolitik (AP) nimmt die im souveränen Nationalstaat organisierte Gesellschaft ihre allgemeinpolitischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Interessen gegenüber ihrem internationalen Umfeld wahr. Dazu gehören sowohl die Reaktionen auf von außen kommende strukturelle Einflüsse und aktuelle Handlungen als auch die Einwirkung auf die Umwelt bzw. deren Strukturierung. Bei der Entstehung der Nationalstaaten hat AP eine spezifische Rolle gespielt, die bis heute noch ihre Organisation und analytische Trennung von „Innenpolitik“ bestimmt. Durch die territoriale Definition der Nation wurde trotz der Forderungen der bürgerlichen Aufklärung nach Weltbürgertum (*Goethe*) und Weltgesellschaft (*Kant*) ein Staatensystem geschaffen, in dem politische Identität und Machtkompetenz gegeneinander und nicht miteinander bestimmt wurden. Die damit vollzogene Trennung von eigenen, d.h. nationalen, und fremden, d.h. ausländischen, Interessen erlaubte dann auch die Ausrichtung von Außenpolitik auf nationale Nutzenmaximierung unabhängig von den damit verbundenen Kosten für andere Staaten.

Angesichts zunehmender **Interdependenz** bzw. Netzwerkcharakters von Weltpolitik sowie der Schwierigkeiten der gegenwärtigen internationalen Staatenordnung bei der Überwindung von Struktur- (Unterentwicklung, undemokratische Verhältnisse, Umweltschäden) und Regionalproblemen (Iran – Irak, Nahost) werden heute in immer stärkerem Maße globale Verantwortung, Welt-, „Innen“-Politik und neuer Internationalismus gefordert.

Konkurrenz von Nationalstaaten wurde aber nicht nur zum bestimmenden Strukturmuster des internationalen Systems, sondern führte auch zur systematischen Androhung bzw. Anwendung von politischer, wirtschaftlicher und militärischer Gewalt, die in zwei Weltkriegen bzw. im nuklearen Patt gipfelten. Die daraus sich ergebenden Zwänge zur Selbstbehauptung wurden unter Verwendung der These vom Primat der Außenpolitik sozialdarwinistisch als Bewährungschance gedeutet (*Hitler*) und immer wieder dazu benutzt, innergesellschaftliche Konflikte zu unterdrücken und Legimitationsverluste durch den Hinweis auf die zum Teil selbst provozierte Außenbedrohung aufzufangen. Die Primatthese wird heute aber nicht nur aus ideologiekritischen, sondern auch aus empirisch-analytischen Gründen abgelehnt. Innen- und Außenpolitik lassen sich weder in der Analyse noch in der politischen Praxis trennen. Eine Abwertung der eigenen Währung kann wirtschaftliches Binnenwachstum durch vermehrten Export erzielen und Weltmarktanteile vergrößern. Die Einführung moderner Waffensysteme wird, selbst wenn sie in erster Linie dem Erhalt der eigenen Rüstungsindustrie dient, Bedrohungsvorstellungen bei den Nachbarn bestärken und ggf. den Rüstungswettlauf vorantreiben.

In westlichen Industriestaaten war Außenpolitik zunächst in der Hand des Außenministeriums, das über ein diplomatisches Instrumentarium verfügt. Mit der Entstehung multi-, supra- und internationaler Organisationen und verbesserter

Kommunikationsmittel verloren aber die Botschaften und klassische Diplomatie zugunsten von Konferenzdiplomatie und direkter Kommunikation an Bedeutung.

In der inhaltlichen Debatte über Grundmuster von Außenpolitik sind vor allem vier Fragen diskutiert worden:

- ob die AP kommunistischer Gesellschaft anders war bzw. sein musste als die kapitalistischer;
- ob die AP demokratischer Staaten „friedlicher“ als die nichtdemokratischer sei;
- ob in der AP des klassischen Nationalstaates die eigenen Interessen immer auf Kosten oder unter Beeinträchtigung der Interessen anderer durchgesetzt werden oder ob die Zivilgesellschaft nicht auch eine neue Form kooperativ-partnerschaftlicher Außenpolitik entwickeln kann;
- ob und wie rationale AP für better global governance genutzt oder in ihr aufgehen kann.

Wichard Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*.
Opladen, 2000

Erklärungen zum Text

Interdependenz – gegenseitige Abhängigkeit, Verflochtensein durch Abhängigkeit.
ggf. (gegebenenfalls) – möglicherweise; wenn es sich so ergibt.

Aufgaben zum Text

1. Was passt zusammen? Wie war das im Text?

zunehmende	Konflikte
gegenwärtige	Androhung
globale	Interdependenz
systematische	Instrumentarium
innergesellschaftliche	Staatenordnung
wirtschaftliches	Kommunikationsmittel
diplomatisches	Diplomatie
verbesserte	Verantwortung
klassische	Binnenwachstum

2. Was passt zusammen? Wie war das im Text?

ein Staatensystem	ablehnen
die Ausrichtung	verlieren
globale Verantwortung	gipfeln
zur systematischen Androhung	vorantreiben
im nuklearen Patt	unterdrücken
innergesellschaftliche Konflikte	vergrößern

die These	erzielen
Innen- und Außenpolitik	verfügen
wirtschaftliches Binnenwachstum	bestärken
Weltmarktanteile	erlauben
Bedrohungsvorstellungen	fordern
den Rüstungswettlauf	führen
über ein diplomatisches Instrumentarium	trennen
an Bedeutung	schaffen

3. Finden Sie Äquivalente für die folgenden Wörter.

Interdependenz, Ausrichtung, Netzwerk, Primat, Abwertung, Identität, Aufklärung

- Vorrang, Vorzug
- die in Europa des 18. Jahrhunderts herrschende Bewegung zur Erneuerung von Wissenschaft und Bildung, die gegen Willkürherrschaft, religiösen Aberglauben und Unwissenheit (insbesondere der niederen Volksklassen) auftrat
- Gegenseitige Abhängigkeit, Verflochtensein durch Abhängigkeit
- Wertminderung, Devaluation
- Haltung, Stellung
- völlige Übereinstimmung; Gleichheit, Wesenseinheit
- komplexe Verflechtung, Verbindung von Einzelkomponenten

4. Setzen Sie passende Wörter ein.

1) Er hat sich als treuer Freund 2) Er hat nur einige Worte aus unserem Gespräch 3) Er muss sich erst ... , bevor wir ihm größere Aufgaben übertragen können. 4) Das ist ein ... Mittel gegen Schnupfen. 5) Diese Ereignisse können negative Entwicklungen 6) Das hat ihm geholfen, den großen Erfolg zu 7) Dieser Mantel hat sich schon sehr 8) Den Soldaten ist es gelungen, den Abgriff 9) Ich muss leider Ihren Vorschlag mit Dank

bewähren, auffangen, vorantreiben, erzielen, ablehnen

Text 3. Die Einschätzung der Politik als „schmutziges Geschäft“

Dass die Politik ein „schmutziges Geschäft“ sei, meinte eine knappe Mehrheit der in einer EMNID-SPIEGEL-Untersuchung befragten Bürger, und zwar relativ unabhängig davon, ob sie sich selbst politisch rechts- oder linksstehend einstufen oder ob sie mit der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden oder unzufrieden waren. Diejenigen aber, die offensichtlich mit der Politik der etablierten Parteien nicht einverstanden waren und deshalb für die Notwendigkeit einer neuen Partei eintraten, hielten sogar zu fast zwei Dritteln die Politik insgesamt für ein schmutziges Geschäft.

Stellt man dieser Untersuchung Ergebnisse aus in jüngster Zeit durchgeführten Umfragen gegenüber, lässt sich das negative Bild von „Politik“ bzw. eine zunehmende „Politikverdrossenheit“ auch für die Zeit Ende der 90-er Jahre konstatieren.

„Das Gefühl, dass die Politik in entscheidenden Fragen versagt“, hatten „dauernd“ 12 Prozent der Befragten. Mit „oft“ antwortete fast jeder zweite, mit „manchmal“ mehr als jeder dritte. „Selten oder nie“ antworteten nur 5 Prozent der Befragten. Viele Deutsche nennen den „Verdross gegenüber der Politik und ihren Akteuren“ als wichtiges Problem, noch vor Themen wie „Probleme durch die Wiedervereinigung“ oder „Inflation und Wirtschaftsprobleme“.

Solche Umfrageergebnisse sind schwer zu interpretieren. Drückt sich darin obrigkeitsstaatliche Untertanengesinnung aus, nach der die Politik nichts für einen „anständigen Bürger“ sei? Ist es die Tradition des „unpolitischen Deutschen“, der den Bereich des politischen Entscheidens denen zuweist, die sich dazu berufen fühlen und dafür bezahlt werden?

Wenn aber auch politisch interessierte, demokratiezufriedene und sogar politisch engagierte Bürger die Politik mehrheitlich für ein schmutziges Geschäft halten, so könnte sich darin auch lediglich eine sehr realistische Einstellung zum politischen Prozess spiegeln. Dann wäre Politik nicht in dem Sinne ein schmutziges Geschäft, dass anständige Bürger nichts damit zu tun haben möchten, sondern die Zustimmung zu einer solchen Aussage signalisierte die Einsicht, dass sich politische Ideen nur verwirklichen lassen, wenn man sich in den politischen Meinungsstreit begibt und bereit ist, sich auf Kompromisse einzulassen.

Aufgaben zum Text

1. Erklären Sie folgende Wörter und Wortverbindungen.

Der 1. Abschnitt: eine knappe Mehrheit, sich einstufen, offensichtlich, etablieren

Der 2. Abschnitt: die Verdrossenheit (verdrossen = verdrießlich)

Der 3. Abschnitt: versagen, der Verdross, der Akteur

Der 4. Abschnitt: die Obrigkeit, der Obrigkeitsstaat, der Untertan, die Gesinnung, anständig, sich engagieren

2. Hier sind einige Wörter erklärt. Welche?

Träger der Regierungsgewalt, die Regierung - ...

sich in ein System mit verschiedenen Stufen einordnen - ...

auf monarchistischem oder autoritärem Prinzip beruhender Staat - ...

sittlich einwandfrei (hier) - ...

offenbar, anscheinend - ...

unangenehm (Sache, Arbeit), schlecht gelaunt; mürrisch, ärgerlich (Person) - ...

ein bisschen mehr als 50 Prozent - ...
 allmählich deutlich werden, allmählich erkennbar werden - ...
 nicht das Erwartete leisten oder bewirken
 sittliche Haltung eines Menschen, Einstellung, Meinung, Denkart - ...
 gründen, errichten - ...
 sich (für etwas) einsetzen, sehr beschäftigt sein - ...
 Bürger einer Monarchie oder eines Fürstentums; Höriger - ...
 Handelnder - ...
 Ärger - ...

3. Finden Sie passende Erklärungen zu den folgenden Wörtern.

glaubwürdig, pflichtbewusst, sachkundig, durchsetzungsfähig, entschlossfreudig,
 ideenreich, tolerant, ausgleichend, sensibel

fähig, zu entscheiden, Entschlüsse zu fassen
 gewissenhaft, sich seiner Pflicht bewusst
 reizempfindlich, empfindsam, feinfühlig
 erfahren, fachmännisch, Sachkenntnis besitzend
 duldsam, großzügig, nachsichtig, weitherzig
 vermittelnd, versöhnend
 fähig, sich zu behaupten, seinen Willen geltend zu machen, Anerkennung zu
 erreichen
 reich an neue Ideen
 so geartet, dass man es glauben kann

4. Setzen Sie passende Präpositionen ein.

Es mangelt ... Durchsetzungsfähigkeit. Sie waren ... der Politik der Partei nicht
 einverstanden. Deshalb traten sie ... die Notwendigkeit einer neuen Partei ein. Später
 hat der Verdruss ... die Politik noch zugenommen. Die Bürger haben wahrscheinlich
 eine sehr realistische Einstellung ... politischen Prozess.

5. Was passt zusammen?

sich auf Kompromisse		versagen
Umfrageergebnisse		einlassen
für ein schmutziges Geschäft		veröffentlichen
in entscheidenden Fragen		halten
mit der Demokratie		einstufen
sich als politisch linksstehend		zufrieden sein

6. Was passt zusammen?

gemäßigte		Problem
-----------	--	---------

etablierte
jüngste
negatives
wichtiges
hohe
politisch engagierte

Bild
Bürger
Kritik
Ansprüche
Zeit
Partei

7. Finden Sie im Text Synonyme zu den folgenden Wörtern.

feststellen, deuten (erklären), realisieren, sich beschweren, die Studie, größer werden

8. Falsch oder richtig?

- 1) Fast 70 Prozent der Bürger der BRD halten die Politik für ein schmutziges Geschäft.
- 2) Diese Meinung hat damit zu tun, dass die Menschen mit der Demokratie unzufrieden sind.
- 3) Politikverdrossenheit bedeutet, dass die Menschen mit der Politik nichts zu tun haben wollen.
- 4) Die Probleme der Wirtschaft sind für die Bürger der BRD viel wichtiger als politische Probleme.

9. Beantworten Sie folgende Fragen.

1) Haben Sie oft das Gefühl, dass die Politik in entscheidenden Fragen versagt? Warum?

2) Halten Sie die Politik für „schmutziges Geschäft“? Warum?

10. Bevor Sie die Informationen zum Thema „Ideale Eigenschaften von Politikern und enttäuschte Erwartungen“ lesen, beantworten Sie bitte folgende Fragen.

- Welche Eigenschaften sind nach Ihrer Meinung für einen Politiker besonders wichtig? Warum?
- Gibt es Politiker, die über alle diese Eigenschaften verfügen? Nennen Sie ein paar Namen.
- Wie stellen Sie sich einen idealen Politiker vor? Wen könnten Sie als Vorbild für die nächste Generation der Politiker nennen? Warum?
- Welche Eigenschaften vermissen Sie an den Politikern?

Folgenden Angaben zufolge **klaffen** Ideal- und Realbild von einem Politiker weit **auseinander**:

	Ideale Eigenschaft	Vermisste Eigenschaft
Glaubwürdig	78	43
Pflichtbewusst	73	21

Bürgernah	70	42
Sachkundig	67	21
Durchsetzungsfähig	59	47
Zukunftsorientiert	57	21
Entschlussfreudig	51	36
Ideenreich	49	26
Tolerant	49	17
Sympathisch	40	12
Ausgleichend	29	12
Sensibel	15	12

Gefragt, was man an Politikern schätzt, und was man an den Vertretern der bevorzugten Partei zugleich besonders vermisst, schälen sich drei Syndrome heraus: Es mangelt an Durchsetzungsfähigkeit und Entschlusskraft, an Glaubwürdigkeit sowie Bürgernähe. Ehrlichkeit und Basisnähe haben dabei ähnliches Gewicht wie Handlungsfähigkeit. Die Ansprüche sind zwar hoch, die Kritik aber eigentlich gemäßigt. Politiker haben keinen Grund, sich darüber zu beklagen, von ihnen würde Übermenschliches erwartet. Vielleicht ist aber das gerade schon zu viel.

Ursula Feist: Die Macht der Nichtwähler. Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen, München 1994

Erläuterung zum Text

auseinander klaffen – einen Spalt, eine Lücke dazwischen haben

Zusätzliche Informationen

Deutsche Außenpolitik: Kontinuität und Wandel

Einleitung

1945 kapitulierte das Deutsche Reich gegenüber den Alliierten. Vier Jahre später wurden die DDR und die BRD gegründet. Die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich mit amerikanisch-französischer Hilfe zu der größten europäischen Industrie- und Handelsmacht. Wirklich souverän wurde die Bundesrepublik erst mit der Wiedervereinigung und dem Abschluss des 2+4 Vertrages, der am 15. März 1991 in Kraft trat. Eine friedliche Konfliktregelung liegt zur Absicherung der Ex- und Importe nahe. Noch zur Zeit des Kalten Krieges setzte sich ein außenpolitischer Ansatz durch, der sich an Multilateralismus, Institutionenbildung und supranationale Integration orientierte. Das Recht auf eigene Streitkräfte erhielt die BRD auch nur im Rahmen der NATO.

Wegweisende europapolitische Entwicklungen in den 50-er Jahren

Im Sommer 1950 wurde die BRD assoziiertes Mitglied im Europarat und damit zum ersten Mal Mitglied in einer internationalen Organisation. Ziel der westlichen

Alliierten und der deutschen Bundesregierung unter Konrad Adenauer von der CDU war die Integration der BRD in den westlichen, demokratisch und kapitalistisch strukturierten Block mit den USA und Frankreich als den beiden wichtigsten Partnern. Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung war die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS) 1951 mit der BRD als Gründungsmitglied.

Die Diskussion um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) der westeuropäischen Staaten scheiterte bei der Ratifikation des Vertrages an der französischen Nationalversammlung. 1955 erfolgte daher der Beitritt der BRD zur 1949 gegründeten NATO als Teil der militärischen Westintegration. In deren Kommando-Strukturen wird die 1955 gegründete Bundeswehr integriert. Die Römischen Verträge von 1957 institutionalisierten die wirtschaftlich-politische Zusammenarbeit weiter. Die damit gegründete EWG und die EURATOM, gelten als Beginn der Europäischen Gemeinschaft von denen die BRD eines der sieben Gründungsmitglieder ist.

Handlungsfähig: Zwischen De-Eskalation und Wettrüsten

Deutsche Außenpolitik war lange Politik der beiden deutschen Staaten um ihr Verhältnis zueinander inklusive einer Regelung des Statuses der ehemaligen Hauptstadt Berlin. Sie lag im Zentrum der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West. Sowohl die Sowjetunion als auch die drei Westmächte hatten sich Optionen über den endgültigen Status der beiden deutschen Staaten offen gelassen und West-Berlin war formal nicht Teil der Bundesrepublik. Es gab somit keine vollständige Souveränität. Die UdSSR und die USA waren jeweilige die Schutzmacht und zugleich der wichtigste Alliierte. Deutschland war mit dem Kalten Krieg zu einem zentralen Punkt in der Auseinandersetzung der beiden Supermächte und damit zu einem riesigen militärischen Aufmarschgebiet geworden. Nach diversen Krisen beruhigte sich die Situation nach dem Mauerbau und der totalen Grenzschießung von 1961. Doch auch das Verhältnis der Bundesrepublik zu den anderen Nachbarn im Osten hararte einer Lösung. Im Zentrum stand dabei vor allem die Anerkennung der nach 1945 gezogenen Grenzen. Eine Entspannung war erst durch die neue Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) möglich, der in Verträgen mit der Sowjetunion, Polen und der CSSR den Status quo de facto anerkannte. Auch die beiden Supermächte UdSSR und USA verhandelten Anfang der 1970er erstmals ernsthaft über eine Begrenzung des Wettrüstens. Die Entspannungspolitik und gleichzeitig die Verhandlungen über den SALT I und II Vertrag machten es möglich, dass über Frieden, eine Beschränkung der Rüstung und sogar Menschenrechte in Europa gesprochen werden konnte. Die Verhandlungen begannen ab 1973. Der Vertrag der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde 1975 in Helsinki von 35 Staaten unterzeichnet. Er sollte nicht nur gegenseitiges Vertrauen schaffen, das Ergebnis war auch die nochmalige Anerkennung der Menschenrechte und gegenseitige Anerkennung der Souveränität außerdem erfolgte ab jetzt eine Ankündigung von Truppenbewegungen. Beide deutschen Staaten unterstützen nach ihren Möglichkeiten eine De-Eskalation, die DDR als Mitglied im Warschauer Pakt und die BRD als Mitglied in der NATO. Spätestens ab 1979 begann aber in beiden

militärischen Blöcken einer Zeit der Wieder-Aufrüstung. In der BRD konzentriert sich die Auseinandersetzung um den sogenannten NATO-Doppelbeschluß. Insbesondere der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) wie auch sein Kontrahent Helmut Kohl von der CDU setzten sich für eine nukleare Aufrüstung der NATO ein, um einer vermeintlichen sowjetischen Bedrohung entgegen zu halten. Gleichzeitig wurde damit die Strategie verfolgt, dass die UdSSR im Verlauf des Wettrüstens in ökonomische Schwierigkeiten geraten wird und damit den „Systemkampf“ verlieren muss. Im Rüstungswettkampf der 80er Jahren standen sich riesige Arsenale an Atomwaffen und jeweils weit über eine halbe Million Soldaten auf beiden Seiten in Deutschland gegenüber. Während die Mehrheit der politischen Führung diesen außenpolitischen Kurs verfolgt, formiert sich im Protest dagegen eine riesige Friedensbewegung. Diese und die Umweltbewegung unterstützen die sich formierende Partei Die Grünen in der Bundesrepublik. Die Jahre 1989 und 1990 markieren nicht nur das Ende des Kalten Krieges, sondern auch das friedliche Ende der DDR und den Beitritt der dort wieder gegründeten Länder zum Territorium der BRD am 3. Oktober 1990. Die KSZE wurde als Organisation der regionalen Zusammenarbeit aufrecht erhalten und 1995 in OSZE umgenannt. Sie hat heute 55 Staaten Mitgliedsstaaten. Die teilnehmenden Staaten sollen nach innen wie nach außen Frieden und Menschenrechte als zentrale Punkte ihres politischen Handels betrachten. Dieser Ansatz wird auch von der deutschen Außenpolitik als ein zentraler Pfeiler für außenpolitische Stabilität betrachtet, denn nur demokratische Staaten sind langfristig nach innen wie außen stabil und friedlich.

Deutschland in der EU-Außenpolitik

Deutschland ist der Staat mit der größten Bevölkerung innerhalb der EU. Es ist dabei jedoch nur gleichberechtigtes Mitglied unter vielen. Es stellt wie alle anderen EU-Staaten nur ein Kommissar in der EU-Kommission, doch gilt Günther Verheugen dabei als sehr erfahren und einflußreich. Die Außenpolitik ist immer zu großen Teilen als ein eigenständiger Bereich nationalstaatlicher Politik. Die Verfassung, das Grundgesetz legt aber eine sehr starke multilaterale Ausrichtung fest. Im ersten Halbjahr 2007 hat Deutschland die EU Ratspräsidentschaft inne. Die Bundesrepublik wird als einer der „Motoren“ oder auch als „Lokomotive“ innerhalb der EU angesehen, die eng mit Frankreich kooperiert.

Als größte Ökonomie in der EU verfolgt die Regierung und deutsche Unternehmen aber auch eigene Zielvorstellungen z.B. in der Energiepolitik. Die Stromkonzerne E.ON, Wintershall oder Ruhrgas können sich hier der Unterstützung der Bundesregierung sicher sein.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht am 7. Februar 1992 wurde auch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für die Europäische Union beschlossen. Doch die Resultate dieses Vorhabens können nach 14 Jahren als äußerst bescheiden gewertet werden und können militärisch auch nicht fiktiv die Strukturen der NATO in Europa ersetzen. Wenn weniger sicherheitspolitische Probleme sondern eher wirtschaftliche Themen und die Nachbarschaftspolitik mit den Anrainerstaaten diskutiert werden, treten die EU-Staaten aber oft mit einer Stimme auf.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht im November 1993 übertrugen die 12 Regierungen der Mitgliedsländer der nun EU genannten Gemeinschaft auch einen Teil ihrer staatlichen Souveränität. Dieser staatsrechtliche Wandel ist nach einer Änderung von Artikel 23 des Grundgesetz Teil der deutschen Verfassung.

Die Deutsch-französische Zusammenarbeit

Innerhalb der Zusammenarbeit mit den nun 27 EU-Mitgliedsstaaten nimmt die deutsch-französische Partnerschaft durch ihre langjährige institutionelle Ausgestaltung eine herausgehobene Stellung ein. Die Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit sind beim Bundeskanzler bzw. beim französischen Premierminister angesiedelt. Auf französischer Seite wird die Aufgabe von der Europaministerin wahrgenommen, die von Staatspräsident Chirac zur Generalsekretärin für die deutsch-französische Zusammenarbeit ernannt wurde. Bundeskanzlerin Merkel hat den Staatsminister für Europa, Günter Gloser, am 21. Dezember 2005 zum Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit ernannt. Die Einsetzung von Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit in Deutschland und Frankreich war in der Gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags am 22. Januar 2003 vereinbart worden. Der Beauftragte koordiniert die Vorbereitung, Durchführung und weitere Behandlung der Beschlüsse der politischen Abstimmungsgremien und die Annäherung beider Länder in den europäischen Gremien. Er nimmt an deutsch-französischen Ministerräten teil und sitzt der interministeriellen Kommission für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich vor. Der Beauftragte wird durch einen Stellvertreter und den „Arbeitsstab Frankreich“ in der Europa-Abteilung des Auswärtigen Amts unterstützt.

Akteure der deutschen Außenpolitik

Die Bundesrepublik Deutschland hat 229 Auslandsvertretungen weltweit. Die Zentrale also das Außenministerium befindet sich in Berlin und hat außerdem noch eine Dienststelle in Bonn. Das Auswärtige Amt (AA) verfügt im Jahr 2007 über einen Haushalt von ca. 2,51 Mrd. EUR und damit über einem Anteil von 0,93 Prozent am Bundeshaushalt. Ein Drittel davon dient der Finanzierung des Auswärtigen Dienstes. Für die operative außenpolitische Tätigkeit werden ca. 40 Prozent verwendet. Dazu zählt auch die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und somit die freiwilligen sowie die Pflichtbeiträge an die Vereinten Nationen, die NATO (Zivilhaushalt), den Europarat, die OSZE, den Internationalen Strafgerichtshof u.a. Hinzukommen Ausgaben im Rahmen der Einsätze für humanitäre Hilfe, Minenräumen und Krisenprävention. Ein weiteres Viertel des Haushalts wird für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ausgegeben. Dazu zählen die Mittlerorganisationen wie das Goethe Institut, der DAAD oder die Alexander von Humboldt-Stiftung und die deutschen Schulen im Ausland. Deutschland legt somit einen deutlichen Schwerpunkt auf den internationalen Hochschul- und Wissenschaftlertausch. Die Auswärtige Kulturpolitik ist Sache des Bundes, im Gegensatz zu der Kulturpolitik innerhalb der Bundesrepublik, die den Bundesländern vorbehalten ist.

Die wichtigsten Akteure im Überblick:

Bundestag: ratifiziert als Parlament internationale Verträge oder lehnt sie gegebenenfalls ab. Dort sind seit der letzten Wahl folgende Parteien vertreten: CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis '90/Die Grünen. Der Bundestag muß Militäreinsätzen im Ausland zustimmen. Hier wird außerdem über den Bundeshaushalt und damit über das Budget für die verschiedenen Ministerien abgestimmt. Eine wichtige Aufgabe des Parlamentes ist die Kontrolle der Bundesregierung. Ein Instrument sind die Ausschüsse des Bundestages. Sie kontrollieren die Regierung auch in außenpolitischen Fragen und geben den Standpunkt der Fraktionen hierzu wieder. Dies geschieht u.a. in einem Geheimdienstausschuss. Die Kontrolle der Bundeswehr erfolgt z.B. durch den Bundeswehrbeauftragten.

Bundeskanzler: ist seit 2005 Angela Merkel. Sie hat damit die Richtlinienkompetenz im Kabinett. Dies gilt auch für die Außenpolitik. Sie ernennt und entlässt den Außenminister. Das Bundeskanzleramt koordiniert auch die Europapolitik und hat die Verantwortung für den Geheimdienstes BND.

Auswärtiges Amt: ist das Außenministerium, dessen Minister seit 2005 Frank-Walter Steinmeier ist. Der Diplomatischer Dienst umfasst die Botschaften und Konsulate, die insbesondere die deutsche Wirtschaft im Ausland unterstützen. Es ist auch für die internationale Zusammenarbeit in Organisationen wie der UN aber auch mit NGOs und privaten Partnern (z.B. der Robert Bosch Stiftung in der RF) zuständig. Hier wird neben der politischen und auch die kulturelle Arbeit von Organisationen wie dem DAAD und dem Goethe-Institut finanziert.

Bundesministerium der Verteidigung ist für die Verteidigung verantwortlich. Die Bundeswehr besteht aus dem Heer, der Marine und der Luftwaffe (plus Geheimdienst MAD). Der Minister ist seit 2005 Franz Josef Jung.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Ministerin ist seit 1998 Heidemarie Wiecek-Zeul. Sie ist vor allem zuständig für die deutsche Entwicklungspolitik in anderen Ländern.

Bundesländer, Städte und Dörfer und NGOs sind Teil einer aktiven transnationalen Außenpolitik der deutschen Gesellschaft, sie verfügen jedoch nicht über einen völkerrechtlichen Status, der sie im Namen der Bundesrepublik sprechen lässt. Die außenpolitische Position wird immer neu bestimmt. Ein wichtiger Bezugspunkt spielt dabei Europa. Es kann daher gesagt werden, dass der deutsche Weg ein europäischer ist.

Veränderungen in der außenpolitischen Rolle Deutschlands nach 1989

Im Zuge der „Wiedervereinigung“ erhielt die BRD die volle Souveränität durch den 2 plus 4-Vertrag von 1990. Zuvor konnte die Bundeswehr nur innerhalb der BRD aktiv sein bzw. die Marine nur im Gebiet der NATO-Mitgliedsstaaten. Mit der „Wiedervereinigung“ von 1990 wurde im offiziellen Diskurs auch mehr Verantwortung übernommen, d.h. es gibt bei den politischen Eliten eine zunehmende Bereitschaft zur Unterstützung von Interventionen im Ausland, insbesondere da seitdem ist das Land "umgeben von Freunden". Der internationalen Skepsis gegenüber

den neuen großen Deutschland begegnete man anfangs mit außenpolitischer Zurückhaltung. In der Ära von Bundeskanzler Helmut Kohl fand das militärische Engagement nur in einem begrenzten Rahmen statt. Größere Einsätze erfolgten mit der Entsendung eines Sanitätverbandes von 450 Mann nach Kambodscha und mit 1700 Soldaten von August 1993 bis März 1994 nach Somalia, um die UN-Aktion unter Führung der USA zu unterstützen. Erst gab es Einsätze nur im Rahmen der UNO, d.h. unter voller Beachtung des Völkerrechts. Im Zentrum standen dabei zivile Maßnahmen wie Einsätze von Sanitätern und die Minenräumung. Später kam die militärische Aufklärung durch Kampfflugzeuge hinzu. Humanitäre Interventionen gelten zunehmend als probates Mittel der westlichen Sicherheitspolitik. Hierbei wird die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgebaut. Die Bundeswehr war in den vergangenen 10 Jahren u. a. in Kambodscha, Bosnien, Mazedonien, Georgien sowie im Kongo aktiv. Im Juli 1994 hat das Bundesverfassungsgericht den Einsatz der Bundeswehr auch außerhalb des Verteidigungsfalls für zulässig erklärt, wenn dieser im Rahmen von Systemen der Kollektiven Sicherheit und im Einklang mit dem Völkerrecht erfolgt. Hierbei wurde die Unterstützung der USA in Somalia durch Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr für im Einklang mit dem internationalen Völkerrecht und UN-Vereinbarungen und daher für legitim im Sinne des Grundgesetzes erklärt. Der einzige kleine Hürde für UN-Militäreinsätze die das höchste Gericht aufbaute, war eine obligatorische Zustimmung des Bundestages mit einfacher Mehrheit. Mit dem Jugoslawienkrieg, der unter ausschließlicher Legitimierung durch die NATO stattfand, beteiligte sich Deutschland erstmals an einer nicht vom UN-Sicherheitsrat unterstützen Militärintervention. Der ehemalige Außenminister Peter Struck erklärte 2002, dass die Bundeswehr und damit implizit auch die Bundesrepublik selbst noch am Hindukusch verteidigt wird (FAZ, 26.8. 2005). Die Äußerung spiegelt einen gegenwärtigen Konsens innerhalb der politischen Eliten wieder. Die neue „erwachsene“ Regionalmacht im Zentrum Europas sieht überall auf der Welt Aufgaben und Herausforderungen wie eines international aktiver Terrorismus. Die transatlantische Verbindung zu den USA bleibt auch weiterhin zentral. Die Vereinigten Staaten sind der wichtigste Bündnispartner, doch litten die Beziehungen unter den Debatten über den Irakkrieg. Das deutsch-amerikanische Verhältnis hat sich mit dem Amtsantritt von Angela Merkel wieder normalisiert. Generell bestehen zwischen der europäischen und der amerikanischen Sicherheitsstrategien kein Ziel- und Wertkonflikte (Sieg 2005). Die Probleme zwischen den EU-Mitgliedsstaaten auf der einen und den USA auf der anderen Seite sind aber nicht neu und gehen über die Verteidigungspolitik hinaus. Die nicht erfolgte Ratifizierung des Kyoto-Protokolls sowie die Ablehnung des Internationalen Gerichtshofes durch die Bush-Administration sind ungelöste Problembereiche, bei denen auch die Regierung Merkel die Ansichten der gegenwärtigen US-Regierung nicht teilt.

Die deutsch-russischen Beziehungen

Das Amt des "Koordinators für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit" hat eher eine repräsentative Funktion. Es wurde dem Bundestagsabgeordneten Andreas Schockenhoff (CDU) von Bundesaußenminister

Steinmeier (SPD) übertragen. Zwischen der Russischen Föderation und der BRD gibt es gemeinsame strategische Pläne. Ein Beispiel ist das Projekt der Nordeuropäischen Gaspipeline. Es soll u. a. Energieversorgung Europas und insbesondere Deutschlands absichern. Beide Länder wollen ein transparentes System der internationalen Zusammenarbeit und Sicherheit schaffen. Ein Instrument ist hierbei eine hochrangige ständige Arbeitsgruppe für Sicherheit beider Außenministerien. Beide Länder haben häufig ähnliche Positionen auf globale Herausforderungen und bei der Regelung regionaler und internationaler Konflikte. Meinungsverschiedenheiten gibt es oft in der Taktik, wie die Diskussion um den Status von Kosovo zeigt.

Deutschland als ein globaler Akteur

Deutschland ist drittgrößte Wirtschaftsnation der Erde. Die Bundesrepublik ist Gründungsmitglied der G8, die auf deutsch-französische Initiative 1975 das erste Mal bei Paris getagt haben. Im Jahr 2007 hat die Bundesregierung den Vorsitz der G8 inne. Deutschland ist außerdem Gründungsmitglied der EU und konnte im Zuge der Entspannungspolitik und der neuen Ostpolitik im Jahr 1973 Mitglied der UNO werden. Weiterhin ist es ein wichtiges Mitglied der OSZE. Zentral ist das Land auch als einer der größten Beitragszahler von internationalen Organisationen wie den UN, der EU und einer der größten Geldgeber im Bereich der Entwicklungshilfe. Viele deutsche NGOs spielen außerdem eine wichtige Rolle in der Welt, beispielsweise sind die deutsche Gewerkschaften sehr einflußreich in den internationalen Gewerkschaftszusammenschlüssen und in der ILO. Die BRD ist jedoch keine Atommacht und Außenpolitik wird immer stärker im Rahmen der EU koordiniert (z.B. vertritt die EU-Kommission alle EU-Länder in der WTO, die BRD entsendet jedoch Beobachter). Beim G 8 Gipfel in Heiligendamm wurden als zentrale Probleme von der deutschen Regierung die Entwicklung der internationalen Finanzmärkte u.a. das Problem weltweit aktiver Hedgefonds und der globale Klimawandel angesehen. Die Veränderung der Umweltverhältnisse auf der Erde gilt zunehmend als eine Ursache für internationale Sicherheitsprobleme. In Europa bemüht sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft um eine institutionelle Gestaltung der Europäischen Union, die seit 2007 auf 27 Mitgliedsländer angewachsen ist. Damit soll nicht nur die Handlungsfähigkeit der EU, sondern auch die der deutschen Außenpolitik sichergestellt werden.

Bredow, W.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, 2006.

Gasteyger, C.: Europa zwischen Spaltung und Einigung. Bonn, 2005.

Gunther H./ Wolf K.D. / Zürn M.: Die neuen Internationalen Beziehungen.

Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden, 2003

DEUTSCHE POLITIKER

Text 1. Konrad Adenauer

Erster **Bundeskanzler** der Bundesrepublik Deutschland. Geboren am 5. Januar 1876, schlug Adenauer nach juristischem und volkswirtschaftlichem Studium die Anwaltslaufbahn ein. 1908 wurde er Beigeordneter der Stadt Köln und war dort von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister. 1920 bis 1933 war er außerdem Mitglied und Präsident des Preußischen Staatsrates. Von den Nationalsozialisten wurde Adenauer wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus allen Ämtern entlassen; nach dem 20. Juli 1944 war er für einige Monate inhaftiert.

Nach dem Krieg beginnt die zweite politische Karriere des betagten Politikers. Die amerikanische Militärverwaltung setzte ihn wieder als Kölner Oberbürgermeister ein, die britische Militärverwaltung entließ ihn aber bald wieder „wegen Unfähigkeit“. Parteipolitisch aktiv wurde Adenauer in der neu gegründeten **CDU**, in der er schnell Führungsfunktionen übernahm. 1946 wurde er zum Vorsitzenden der CDU der britischen Zone gewählt, 1950 bis 1966 war er Bundesvorsitzender der Partei. Am 1. September 1948 wählte ihn der Parlamentarische Rat zu seinem Präsidenten. Mit nur einer Stimme Mehrheit (mit 202 von 402 Stimmen) erreichte Adenauer am 15. September 1949 seine Wahl zum ersten Bundeskanzler, ein Amt, das er bis 1963 behielt.

Dreimal, 1953, 1957 und 1961, gewann die CDU/CSU mit ihm die Bundestagswahlen, jedes Mal mit deutlichem Abstand vor der **SPD**, 1957 errang sie sogar knapp die absolute Mehrheit. Adenauer hat die Politik dieser Zeit geprägt, so dass auch wegen seiner langen Amtsperiode von einer Adenauer-Ära gesprochen wird.

Seine herausragenden Leistungen waren vor allem die konsequent und zielstrebig betriebene Zurückgewinnung der deutschen Souveränität und die im erbitterten Kampf mit der Opposition durchgeführte Westintegration der Bundesrepublik. Die Westintegration der jungen Republik gilt als wesentlicher Verdienst der 14-jährigen Amtszeit von Adenauer. Der Kanzler sieht in einer engen Bindung an die Westmächte den einzigen Weg zu mehr Souveränität und Gleichberechtigung. Er verfolgt dabei mehrere Ziele: militärische Sicherheit, Schutz vor der Bedrohung aus dem Osten, wirtschaftliche Integration, Aussöhnung mit den ehemaligen Feinden.

Die Westintegration wird in mehreren Schritten vollzogen: Wirtschaftlich durch die Gründungsverträge der späteren Europäischen Union (**Montanunion** 1952 und **Römische Verträge** 1957), sicherheitspolitisch durch die Einbindung in die NATO (1954) und die **Westeuropäische Union** (1954). Einen ersten Höhepunkt der Aussöhnung mit dem ehemaligen Erzfeind Frankreich bildet der deutsch-französische

Freundschaftsvertrag von 1963 (Elysee-Vertrag), der eine enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten begründete.

Bei seinem Besuch in Moskau 1955 erreichte Adenauer die Rückkehr der bisher noch festgehaltenen rund 10.000 deutschen Kriegsgefangenen und akzeptierte die von der Sowjetunion gewünschte Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Adenauers Politik der Westintegration wird von der Opposition immer wieder attackiert. Vor allem wird ihm zum Vorwurf gemacht, durch die Westintegration die Chancen auf eine deutsche Einheit, das eigentliche nationale Ziel, zu verspielen. In der Mitte seiner vierten Amtsperiode trat Adenauer am 15. Oktober 1963 als Bundeskanzler zurück, starkem Druck auch in den eigenen Reihen nachgebend. Zu seinem Nachfolger wurde am 16. Oktober 1963 der erfolgreiche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der „Vater der sozialen Marktwirtschaft“, vom Deutschen Bundestag gewählt. Adenauer starb am 19. April 1967 in Rhöndorf.

(Politik verstehen – Demokratie erleben. CD-Rom der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)

Erläuterungen zum Text

Bundeskanzler, in Deutschland der Leiter der Bundesregierung. Er wird vom Bundestag auf Vorschlag des Bundespräsidenten ohne Aussprache gewählt (Artikel 63, 64 Grundgesetz); in den ersten beiden Wahlgängen ist hierzu die Mehrheit aller Mitglieder des Bundestages erforderlich. Er schlägt dem Bundespräsidenten die Bundesminister zur Ernennung oder Entlassung vor, bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt für sie die Verantwortung gegenüber dem Bundestag; einen der Bundesminister ernennt der Bundeskanzler zu seinem Stellvertreter. Die Amtszeit des Bundeskanzlers endet durch Tod oder Rücktritt mit dem Zusammentritt des neu gewählten Bundestages oder durch ein erfolgreiches konstruktives Misstrauensvotum, das heißt durch entsprechendes Votum des Parlaments unter gleichzeitiger Neuwahl eines Nachfolgers (hiermit verbunden ist der Sturz der gesamten Regierung). Durch Richtlinienkompetenz und erschwerte Abwahl ist der Bundeskanzler, im Gegensatz zum Reichskanzler der Weimarer Republik, die zentrale Machtfigur des Verfassungssystems. Wird der vom Bundeskanzler selbst gestellte Vertrauensantrag vom Bundestag abgelehnt, kann der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestages vorschlagen. Amtsträger: K. Adenauer (1949-63), L. Erhard (1963-66), K. G. Kiesinger (1966-69), W. Brandt (1969-74), H. Schmidt (1974-82), H. Kohl (1982-98), G. Schröder (1998-06), A. Merkel (seit 2006). Dem Bundeskanzler direkt unterstellt ist das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands), politische Partei, im Juni 1945 in Berlin und im Rheinland entstanden, organisierte sich 1945-49 auf der Ebene der Länder und Besatzungszonen. Die Christlich Soziale Union in Bayern blieb

selbstständig, verband sich aber 1949 im Bundestag mit der CDU zu einer Fraktionsgemeinschaft (CDU/CSU). 1950 schloss sich die CDU auf Bundesebene zusammen. An der Spitze steht der Bundesvorsitzende (K.Adenauer, 1950-66; L.Erhard, 1966/67; K.G. Kiesinger, 1967-71; R.Barzel, 1971-73; H.Kohl, 1973-98; seither W.Schäuble). Nachwuchsorganisation ist die Junge Union. Programmatisch will die CDU alle christlich orientierten Kräfte in einer „Union“ sammeln. Das staatliche Leben soll auf christlicher, demokratischer und föderativer Basis gegründet sein. Geprägt von den außenpolitischen Vorstellungen Adenauers, vertrat die CDU die Integration Europas, den Einbau der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Gemeinschaft bei Offenhaltung der deutschen Wiedervereinigungsfrage. 1949-69 war sie führende Regierungspartei und stellte die Bundeskanzler: 1949-63 K.Adenauer, 1963-66 L.Erhard, 1966-69 K.G. Kiesinger. 1969-82 stand sie in Opposition zu den von SPD und FDP gestellten Regierungen. Nach dem von CDU, CSU und der Mehrheit der FDP getragenen konstruktiven Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler H.Schmidt (SPD) übernahm die CDU unter H.Kohl am 1.10.1982 erneut die Regierungsverantwortung. Die Partei setzte sich 1990 für die schnelle Herbeiführung der deutschen Einheit ein. Der Wahlsieg bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen (1990) sowie die nochmals knappe Mehrheit 1994 bestätigten diese Politik und gaben der Partei (gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern) den Auftrag zu ihrer Ausgestaltung. Nach der Wahlniederlage von 1998 ging die CDU in Opposition zu der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gestellten Regierung. 1976 war die CDU maßgeblich an der Gründung der Europäischen Volkspartei (EVP) beteiligt.

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), älteste bestehende politische Partei in Deutschland. Nachwuchsorganisation: Die Falken (Nachfolger der 1919 gegründeten Sozialistischen Arbeiterjugend). Seit 1890 die Organisation der deutschen Sozialdemokratie und seit 1890 stärkste Wählerpartei, seit 1912 stärkste Reichstagsfraktion, blieb die SPD (Vorsitzender: 1890-1913 A.Bebel, ab 1913 F.Ebert) zunächst jedoch gesellschaftlich isoliert. 1917 spaltete sich wegen der Bewilligung der Kriegskredite durch die Partei im Reichstag die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) ab. Im Herbst 1918 entschied sich die SPD mehrheitlich für die parlamentarische Demokratie: im Oktober 1918 trat sie in die Reichsregierung unter Max Prinz von Baden ein, im Zuge der Novemberrevolution errang sie mit der USPD de facto die Regierungsgewalt in Deutschland. Nach Zusammenschluss des linken USPD-Flügels mit der KPD (Dezember 1920) vereinigte sich die Rest-USPD im September 1922 wieder mit der SPD (Name zunächst Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, VSPD). Als wählerstärkste Partei (1919-30) stellte die SPD 1919/20 (P.Scheidemann, G.Bauer, H.Müller) den Reichskanzler und 1919-25 (F.Ebert) den Reichspräsidenten. Die 1928 gebildete große Koalition unter H.Müller scheiterte in der Weltwirtschaftskrise. Von der KPD als „Sozialfaschisten“ bekämpft, erlitten die Sozialdemokraten in der doppelten Frontstellung gegen rechts und links große Stimmeneinbußen; 1931 kam es zur Abspaltung der (linkssozialistischen) Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Zur wirkungsvollen Abwehr der nationalsozialistischen Machtergreifung war die SPD nicht mehr fähig. Der Vorstand

der Exil-SPD („SoPaDe“) amtierte 1933-37 in Prag, 1938-40 in Paris und 1941-45 in London. Die in Deutschland illegal tätigen SPD-Gruppen wurden größtenteils 1938/39 zerschlagen. Führende Sozialdemokraten waren an der Widerstandsbewegung beteiligt. Nach 1945 reorganisierte sich die SPD; in den drei Westzonen und in Berlin unter Ablehnung der Vereinigung von SPD und KPD, wie sie in der sowjetischen Besatzungszone – unter starkem sowjetischem Druck und zum Teil unter Illusionen an der Basis – erfolgte (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands; in den 1940/50er Jahren waren viele ehemalige SPD-Mitglieder Opfer von Säuberungen innerhalb der SED). 1966-69 bildete die SPD eine große Koalition mit der CDU/CSU, 1969 bis September 1982 eine Koalition mit der FDP, die eine Neuorientierung der Deutschland- und Ostpolitik vornahm und innere Reformen einleitete (bis 1974 unter Bundeskanzler W.Brandt, ab 1974 unter H.Schmidt); 1982 ging sie in die Opposition. Im Berliner Programm von 1990 fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands u.a. den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft und stärkere plebiszitäre Elemente im Verfassungsleben. Nach den Bundestagswahlen 1998 übernahm die SPD unter Bundeskanzler G.Schröder wieder Regierungsverantwortung (in Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen). An der Spitze der Partei steht der vom Parteitag gewählte Bundesvorsitzende: 1946-52 K.Schumacher, 1952-63 E.Ollenhauer, 1963-87 W.Brandt, 1987-91 H.J. Vogel, 1991-93 B.Engholm, Mai bis Juni 1993 J.Rau, Juni 1993 bis November 1995 R.Scharping, November 1995 bis April 1999 Lafontaine, seither G.Schröder.

Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS), durch den Pariser Vertrag vom 18.4.1951 zwischen Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden gegründete supranationale Organisation zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl. Die EGKS geht auf die Initiative des französischen Außenministers R. Schuman zurück („Schumanplan“) und bildet den Anfang der europäischen Integration nach 1945. Die EGKS ist eine Teilorganisation der Europäischen Gemeinschaften. Der Vertrag tritt am 23. Juli 1952 in Kraft.

Römische Verträge. Die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom), wurden in Rom am 25.3.1957 (in Kraft seit 1.1.1958) zwischen Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet. Die EWG-Verträge sehen die Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedsländer vor.

Westeuropäische Union (WEU), internationale Organisation für Sicherheit und Verteidigung (Sitz: Brüssel). Grundlage der WEU bildet der durch die Pariser Verträge (1954) geänderte Brüsseler Pakt (1948), der am 6.5.1955 in Kraft trat. Vollmitglieder der WEU sind Großbritannien, Frankreich, die Beneluxstaaten, seit 1954 Deutschland und Italien, seit 1988 Spanien und Portugal sowie seit 1992 Griechenland. Assoziierte Mitglieder sind seit 1992 (formal seit 1995) Island, Norwegen und die Türkei; diese Staaten können in allen Gremien und an allen Maßnahmen der WEU teilnehmen, dürfen jedoch nicht die Konsensentscheidungen

der Vollmitglieder blockieren. Beobachter, die bei Sitzungen der WEU-Gremien Rederecht haben, sind seit 1992 Irland und Dänemark sowie seit 1995 Finnland, Österreich und Schweden. Assoziierte Partner sind seit 1994 (formal seit 1995) die im ehemaligen, 1992 gegründeten Konsultationsforum zusammengeschlossenen Staaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Tschechische Republik und Ungarn sowie seit 1996 Slowenien. *Aufgaben und Ziele:* Alle Vollmitglieder sind im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied zu bedingungslosem Beistand verpflichtet; dies unterscheidet die WEU von der NATO. Daneben versteht sich die WEU als verteidigungspolitische Komponente der EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), als Instrument zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Sicherheitsraumes sowie als europäischer Pfeiler der NATO. Seit dem Petersberger Abkommen von 1992 konzentrieren sich die Aufgaben der WEU v.a. auf humanitäre Hilfe, Rettungseinsätze, friedenserhaltende Maßnahmen sowie auf Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung einschließlich der Herbeiführung des Friedens. Bei der Umsetzung militärischer Vorhaben kann sich die WEU auch auf NATO-Strukturen sowie auf nationale beziehungsweise multinationale Streitkräfteverbände (u.a. auf das Eurokorps) stützen. *Organe:* Oberstes Entscheidungsgremium ist der Rat, der sich zum einen aus den in der Regel zweimal jährlich tagenden Außen- und Verteidigungsministern (Ministerrat) und zum anderen auf Botschafterebene zur Überwachung der laufenden WEU-Aktivitäten aus dem Ständigen Rat zusammensetzt. Daneben existieren verschiedene Arbeitsgruppen und Hilfsorgane des Rates. Das Generalsekretariat unterstützt administrativ die Arbeit des Rates und stellt die Verbindung zwischen den einzelnen WEU-Organen sicher; es wird geleitet von einem Generalsekretär, der die WEU nach außen vertritt und die Ratssitzungen leitet. Die zweimal jährlich beziehungsweise ganzjährig in Ausschüssen tagende Parlamentarische Versammlung (Sitz: Paris), die sich aus Vertretern der nationalen Parlamente zusammensetzt, erörtert hauptsächlich sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen und kann an den Rat Empfehlungen richten. Der Rat ist jedoch nicht an die Empfehlungen gebunden.

(Der Brockhaus multimedial 2000: CD-Rom. – Leipzig; München: Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, 1999.)

Aufgaben zum Text

1. Erklären Sie folgende Wörter und Wortverbindungen auf Deutsch.

eine Laufbahn einschlagen, “politische Unzuverlässigkeit”, betagter Politiker, als Oberbürgermeister einsetzen, mit nur einer Stimme Mehrheit seine Wahl zum ersten Bundeskanzler erreichen, mit deutlichem Abstand die absolute Mehrheit erringen, in mehreren Schritten vollzogen werden, der Erzfeind, akzeptieren, die Chancen verspielen

2. Was passt zusammen?

A)	aus allen Ämtern für einige Monate als Oberbürgermeister Führungsfunktionen das Amt die Politik die Wahl mehrere Ziele als Bundeskanzler	einsetzen übernehmen erreichen entlassen verfolgen zurücktreten inhaftiert sein behalten prägen
B)	deutlicher absolute herausragende erbitterter lange militärische wirtschaftliche ehemalige diplomatische eigentliches	Leistungen Amtsperiode Mehrheit Abstand Feinde Kampf Ziel Sicherheit Integration Beziehungen

3. Finden Sie Fehler und korrigieren Sie sie.

1) Konrad Adenauer ist erster deutscher Präsident. 2) Er wurde am 5. Januar 1889 geboren. 3) Er studierte Rechte und Volkswirtschaft. 4) Seine Karriere begann er als Staatsanwalt. 5) Bis 1933 war er Beigeordneter der Stadt Köln. 6) Von den Nationalsozialisten wurde Adenauer „wegen Unfähigkeit“ aus allen Ämtern entlassen. 7) Nach dem Krieg beginnt die zweite politische Karriere von Adenauer. Die britische Militärverwaltung setzte ihn wieder als Kölner Oberbürgermeister ein. 8) 1946 wurde Adenauer zum Vorsitzenden der CDU der amerikanischen Zone gewählt. 9) Mit einer absoluten Mehrheit erreichte Adenauer am 15. September 1949 seine Wahl zum ersten Bundeskanzler. 10) Adenauer war Bundeskanzler bis 1967.

4. Setzen Sie passende Wörter ein.

... Leistungen von Adenauer waren vor allem die ... und ... betriebene Zurückgewinnung der deutschen ... und die im erbitterten Kampf mit der Opposition durchgeführte ... der Bundesrepublik. Die Westintegration der jungen Republik gilt als wesentlicher ... der 14-jährigen ... von Adenauer. Der Kanzler sieht in einer engen ... an die ... den einzigen Weg zu mehr ... und Er verfolgt dabei mehrere Ziele: militärische ... , Schutz vor der ... aus dem Osten, wirtschaftliche ... , ... mit den ehemaligen Feinden. Die ... wird in mehreren Schritten vollzogen: Wirtschaftlich durch die Gründungsverträge der späteren (Montanunion 1952 und Römische

Verträge 1957), sicherheitspolitisch durch die ... in die NATO und die ... Union. Einen ersten Höhepunkt der ... mit dem ehemaligen Erzfeind Frankreich bildet der deutsch-französische ... von 1963 (Elysee-Vertrag), der eine enge ... auf allen Gebieten begründete.

5. Beantworten Sie die Fragen.

- 1) Wann und wo wurde K. Adenauer geboren? Was hat er studiert?
- 3) Seit welchem Posten begann er seine politische Karriere?
- 4) Wie lange war Adenauer Oberbürgermeister in Köln?
- 5) Hat er dieses Amt freiwillig aufgegeben?
- 6) Wann und wie begann er seine zweite politische Karriere?
- 7) Was gehört zu den größten Verdiensten von Adenauer als Politiker?
- 8) Welche Ziele verfolgte der Bundeskanzler mit der Politik der Westintegration?
- 9) Warum wurde die Politik der Westintegration kritisiert?
- 10) In welchem Alter trat K. Adenauer als Bundeskanzler zurück?
- 11) Warum wird von der Adenauer-Ära gesprochen?
- 12) Wer wurde zum Nachfolger von Adenauer?

6. Schreiben Sie die Gliederung des Textes auf. Übergeben Sie den Inhalt des Textes mit eigenen Worten.

7. Spiel „Heißer Stuhl“: Jeder von zwei Teilnehmern, die auf „heißen Stühlen“ sitzen, soll je einen Satz aus dem Text sagen. Derjenige gewinnt, der einen Satz als Letzter formuliert.

8. Finden Sie im Internet zusätzliche Informationen zur Biografie und zur politischen Tätigkeit von Konrad Adenauer. Berichten Sie im Plenum. Internet-

Adresse: (<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/AdenauerKonrad>)

9. Finden Sie weitere Informationen zum Thema „Montanunion“ unter der Internet-Adresse: <http://www.cordis.lu/ecsc-steel/home.html>

10. Lesen Sie die Texte unter der Rubrik „Erläuterungen zum Text“ und fassen Sie deren Inhalte zusammen.

Text 2. Ludwig Erhard

Erhard wurde am 4. Februar 1897 in Fürth (Bayern) geboren, studierte nach kaufmännischer Lehre und Teilnahme am 1. Weltkrieg Volks- und Betriebswirtschaft und war seit 1928 wissenschaftlich in Nürnberg tätig. 1945 wurde er Professor in München und Wirtschaftsberater der amerikanischen Militärregierung, 1945/46 war er bayerischer Minister für Handel und Gewerbe, anschließend der Leiter der Sonderstelle für Geld und Kredit. Seit März 1948 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (**Bizone**), bereitete Ludwig Erhard die Währungsreform vor und erklärte an den Besatzungsmächten vorbei am 20. Juni 1948 für wichtige Wirtschaftsbereiche das Ende der Zwangswirtschaft.

Nach der Gründung der BRD trat Erhard als Bundeswirtschaftsminister in das erste Kabinett Adenauer ein und blieb in diesem Amt auch in allen folgenden von Adenauer geführten Bundesregierungen bis 1963. Er hatte mit dem von ihm politisch durchgesetzten Konzept der sozialen Marktwirtschaft wesentlichen Anteil am schnellen wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik Deutschland. Der erfolgreiche Wirtschaftsminister hat als „Wahllokomotive“ erheblich dazu beigetragen, dass die CDU/CSU unter Adenauer die Bundestagswahlen 1953, 1957 und 1961 mit deutlichem Vorsprung vor der SPD gewinnen konnte. Als daher 1961 der 85-jährige Adenauer aufgrund einer Forderung des Koalitionspartners FDP sich verpflichten musste, nach der Hälfte der neuen Legislaturperiode das Amt des Bundeskanzlers einem jüngeren Nachfolger zu übergeben, wurde ganz selbstverständlich in der Öffentlichkeit die Nominierung Erhards erwartet. Die CDU/CSU-Fraktion hat ihn schließlich zum neuen Bundeskanzler vorgeschlagen, obwohl sich Adenauer hartnäckig gegen die Kandidatur Erhards gesträubt hat.

Als Bundeskanzler (seit Oktober 1963) konnte Erhard im September 1965 erneut die Bundestagswahl mit der CDU/CSU gewinnen, aber bei der Regierungsbildung ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten durch die starken Gegensätze zwischen der CSU und der FDP, die sich hartnäckig und erfolgreich gegen einen Eintritt des CSU-Vorsitzenden **Strauß** in die neue Koalitionsregierung zur Wehr setzte.

In der Außenpolitik versuchte Erhard, im Zuge der weltweit einsetzenden Entspannungspolitik neue Initiativen zur Normalisierung der Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes zu entwickeln. Er bot den osteuropäischen Ländern mit seiner Friedensnote vom 25. März 1966 Gewaltverzichtsabkommen an. Weil jedoch die DDR hierbei ausgeklammert wurde und die Bundesregierung unbeirrt an der **Hallsteindoktrin** festhielt, brachte dieser Schritt keinen Erfolg. Da Erhard und sein Außenminister G. Schröder als so genannte „Atlantiker“ dem engen Kontakt zu den USA und dem atlantischen Bündnis den Vorrang gegenüber den Europa-Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten de Gaulle einräumten, kühlte sich das deutsch-französische Verhältnis merklich ab. Demgegenüber setzten die so genannten „Gaullisten“ in der CDU/CSU, angeführt von Franz Josef Strauß, auf eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich.

1966 setzte eine wirtschaftliche Rezession ein, die zu Arbeitslosigkeit und zu einer sich rasch verschärfenden Haushaltskrise führte. Im Streit um den Haushaltsausgleich brach schließlich die Regierungskoalition auseinander, die FDP-Minister traten in diesem Jahr zurück. Die empfindliche Wahlniederlage der CDU im bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen im Juli 1966 wurde von seinen Parteifreunden dem Führungsstil Erhards angelastet. Als in den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im November 1966 die rechtsradikale NPD überraschend viele Stimmen erhielt, begannen Spitzenpolitiker der CDU/CSU, während Erhard noch mit einem Minderheitskabinett regierte, mit der SPD Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition und entschieden sich für K.G.Kiesinger als neuen Bundeskanzler. Erhard trat am 30.November 1966 zurück.

Am 23. Mai 1967 gab er auch den Parteivorsitz der CDU, den er seit März 1966 innegehabt hatte, an Kiesinger ab. Mit seiner Wahl zum Ehrenvorsitzenden der CDU hat die Parteiführung eine nachträgliche Wiedergutmachung angestrebt. Erhard starb am 5. Mai 1977 in Bonn. Als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“ ist er in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingegangen.

(Politik verstehen – Demokratie erleben. CD-Rom der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)

Erläuterungen zum Text

Bizone [lateinisch bi- »doppel-«], Zusammenschluss (1946) der amerikanischen und britischen Besatzungszone in Deutschland, 1947 zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet zusammengefasst.

Strauß, Franz Josef war Mitgründer der CSU und gehörte deren Landesvorstand an. 1949-52 war er Generalsekretär der CSU, 1952-61 stellvertretender Vorsitzender, von 1961 bis zu seinem Tod Vorsitzender der CSU. 1948/49 Mitglied des Wirtschaftsrates der Bizone, gehörte Strauß von 1949 bis 1978 dem Bundestag an. Adenauer berief ihn 1953 in sein zweites Kabinett als Bundesminister für besondere Aufgaben und betraute ihn 1955 mit dem neu geschaffenen Ministerium für Atomfragen. 1956 übernahm Strauß das Verteidigungsministerium und leitete den Aufbau der Bundeswehr. 1963-66 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, war Strauß als Finanzminister 1966-69 zusammen mit Wirtschaftsminister K.Schiller (SPD) maßgeblich am wirtschafts- und finanzpolitischen Erfolg der Großen Koalition beteiligt. In der Opposition zählte Strauß zu den schärfsten Gegnern der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Seine strategischen Überlegungen zur Wiedergewinnung der Regierungsmacht durch die Union lösten immer wieder Konflikte mit der CDU aus. Strauß lehnte das vom CDU-Vorsitzenden Kohl verfolgte Konzept einer Koalition mit der FDP ab und setzte statt

dessen auf eine absolute Mehrheit der CDU/CSU oder auf eine bundesweite „Vierte Partei“, die entweder durch eine von der CSU unterstützte Neugründung oder durch Ausdehnung der CSU über Bayern hinaus entstehen sollte. Nach der Landtagswahl von 1978 übernahm Strauß das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten. 1982 blieb Strauß nach dem Regierungswechsel außerhalb der neuen Regierung Kohl.

Hallsteindoktrin. Kurz nach ihrer Gründung erhob die BRD den Anspruch, die allein legitimierte Vertreterin der deutschen Interessen zu sein und für alle Deutschen in Ost und West zu sprechen (Alleinvertretungsanspruch). Begründet wurde dieser Anspruch damit, dass im westlichen Teil eine Regierung im Amt sei, die aus freien Wahlen hervorgegangen war, während in der DDR eine Parteidiktatur herrsche. Die UdSSR, die übrigen Ostblockstaaten und die DDR hatten die Zweistaatentheorie entwickelt. Diese besagte, dass auf dem Gebiet des Deutschen Reichs zwei souveräne Staaten entstanden seien. Die Bundesregierung suchte mit allen Mitteln zu verhindern, dass weitere Staaten mit der DDR diplomatische Beziehungen aufnahmen und damit die DDR als Staat anerkannten. Bei dem Besuch Bundeskanzler Adenauers in Moskau 1955 war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD vereinbart worden. Die Sowjetunion aber hatte bereits 1954 diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen. Begründet wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion zum einen damit, dass diese eine der vier Besatzungsmächte war, und zum anderen hoffte man, die Freilassung der in sowjetischen Lagern befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu erreichen. Bereits bei der Rückreise überlegte die deutsche Delegation, wie der befürchteten Flut diplomatischer Anerkennungen der DDR wirksam begegnet werden könnte. Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes W.Grewe und Adenauers außenpolitischer Berater W.Hallstein entwickelten die „Hallsteindoktrin“ (1955). Die BRD werde aufgrund ihres demokratisch legitimierten Alleinvertretungs-anspruchs für das gesamte deutsche Volk mit keinem Staat diplomatische Beziehungen aufnehmen oder unterhalten, der in diplomatischen Beziehungen mit der DDR stehe oder solche eingehe. Die Hallsteindoktrin erwies sich als effektives Mittel, die diplomatische Anerkennung der DDR durch nichtkommunistische Staaten zu verhindern. Sie führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien 1957 und Kuba 1963, verhinderte aber auch eine flexiblere deutsche Außenpolitik. Fragwürdig wurde die Doktrin vollends, als die BRD 1967 diplomatische Beziehungen zu Rumänien und 1969 wieder zu Jugoslawien aufnahm. Mit dem Deutschsowjetischen Vertrag 1970 und dem Grundlagenvertrag mit der DDR 1972 wurde die Hallsteindoktrin endgültig gegenstandslos.

*(Der Brockhaus multimedial 2000: CD-Rom. – Leipzig; München:
Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, 1999.)*

Aufgaben zum Text

1. Erklären Sie folgende Wörter und Wortverbindungen auf Deutsch.

die Zwangswirtschaft, an den Besatzungsmächten vorbei erklären, das von ihm durchgesetzte Konzept, anlasten, sich hartnäckig sträuben, sich zur Wehr setzen, unbeirrt an der Hallsteindoktrin festhalten, wirtschaftliche Rezession, nachträgliche Wiedergutmachung

2. Was passt zusammen?

A)	wissenschaftlich die Währungsreform in das erste Kabinett im Amt erheblich mit deutlichem Vorsprung neue Initiativen in die Geschichte	eintreten bleiben entwickeln vorbereiten tätig sein eingehen beitragen gewinnen
B)	wichtige wirtschaftlicher neue erhebliche starke empfindliche sich rasch verschärfende bevölkerungsreichstes	Schwierigkeiten Haushaltskrise Wirtschaftsbereiche Wiederaufstieg Legislaturperiode Gegensätze Land Wahlniederlage

3. Finden Sie Fehler und korrigieren Sie sie.

1) Erhard wurde am 4. Februar 1897 in Fürth (Nordrhein-Westfalen) geboren. 2) Seit 1928 begann er seine politische Karriere in Nürnberg. 3) 1945 wurde er Professor in Bonn und Militärberater der amerikanischen Regierung. 4) Seit 1948 ist Erhard Direktor der Verwaltung für Geld und Kredit des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (Bizone). 5) Er bereitete die Handelsreform vor. 6) Nach der Gründung der BRD trat Erhard als Bundesbildungsminister in das erste Kabinett Adenauer ein. 7) Erhard war Mitglied der SPD. 8) Adenauer unterstützte die Kandidatur Erhards. 9) In der Innenpolitik versuchte Erhard, neue Initiativen zur Normalisierung der Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes zu entwickeln. 10) Erhard gehörte zu den so genannten „Gaullisten“. 11) 1966 hat die rechtsradikale NPD an den Landtagswahlen in Hessen und Bayern nicht teilgenommen. 12) 1966 begannen die Spitzenpolitiker der CDU/CSU Verhandlungen mit der FDP über die Bildung einer Großen Koalition und entschieden sich für Kurt Georg Kiesinger als neuen Bundeskanzler. 13) Erhard trat am 30. November 1970 zurück.

4. Setzen Sie passende Wörter ein.

In der Außenpolitik versuchte Erhard, im Zuge der weltweit einsetzenden Entspannungspolitik neue ... zur ... der Beziehungen zu den Staaten des ... Paktes zu entwickeln. Er bot den ... Ländern mit seiner ... vom 25.März 1966 ... an. Weil jedoch die DDR hierbei ... wurde und die Bundesregierung unbeirrt an der ... festhielt, brachte dieser Schritt keinen Da Erhard und sein ... Gerhard Schröder als so genannte "Atlantiker" dem engen Kontakt zu den USA und dem atlantischen Bündnis den ... gegenüber den Europa-Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten de Gaulle einräumten, das ... Verhältnis merklich ab. Demgegenüber setzten die so genannten „Gaullisten“ in der CDU/CSU, angeführt von Franz Josef Strauß, auf eine enge ... mit

Innenpolitisch setzte 1966 eine nicht erwartete ... Rezession ein, die zu ... und zu einer sich rasch verschärfenden ... führte. Im Streit um den ... brach schließlich die Regierungskoalition auseinander, die FDP-Minister ... am 27.Oktober 1966 Die empfindliche ... der CDU im bevölkerungsreichsten Land ... im Juli 1966 wurde von seinen ... dem Führungsstil Erhards angelastet. Als in den ... in Hessen und Bayern im November 1966 die rechtsradikale NPD überraschend ... Stimmen erhielt, begannen Spitzenpolitiker der CDU/CSU, während Erhard noch mit einem Minderheitskabinett ... , mit der SPD ... über die Bildung einer Großen ... und ... sich für ... als neuen Bundeskanzler. Erhard ... am 30.November 1966

5. Beantworten Sie folgende Fragen.

- 1) Wann und wo wurde Erhard geboren? Was hat er studiert?
- 2) Hat L.Erhard einen Dokortitel?
- 3) Was macht er unmittelbar nach dem Studium?
- 4) Warum verlässt er „Institut für Wirtschaftsbeobachtung der Deutschen Fertigware“?
- 5) Warum wollte er der „Deutschen Arbeitsfront“ nicht beitreten?
- 6) Welches Amt übt L.Erhard nach dem Krieg aus?
- 7) Was besonders Wichtiges hat er auf diesem Posten getan?
- 8) Seit wann ist L.Erhard Bundeswirtschaftsminister?
- 9) Welches Konzept setzt er in dieser Zeit durch?
- 10) Erklären Sie den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“.
- 11) Wann wird L.Erhard Bundeskanzler der BRD?
- 12) Wie lange übt er diese Amt aus?
- 13) Wie nennt man L.Erhard? Mit welchem Begriff assoziiert sich sein Name?

6. Finden Sie Informationen, warum Adenauer gegen die Kandidatur Erhards war.

7. Lesen Sie die Texte unter der Rubrik „Erläuterungen zum Text“ und fassen Sie deren Inhalte zusammen.

Text 3. Horst Köhler

Horst Köhler ist am 22. Februar 1943 geboren. Er ist mit Eva Köhler verheiratet und hat zwei Kinder. H. Köhler studierte die Volkswirtschaft und Politische Wissenschaft in Tübingen und wurde promovierter Wirtschaftswissenschaftler. Seit 1981 ist er Mitglied der CDU. Von 1979 bis 1993 war er im Finanzministerium tätig, von 1993 bis 1998 als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, von 1998 bis 2000 als Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London, von 2000 bis 2004 als Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds in New York. Im Alter von 61 Jahren wurde H. Köhler zum Bundespräsidenten der BRD ernannt. In seiner Antrittsrede vor den Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates am 1. Juli 2004 forderte er von den Politikern und den Bürgern einen Aufbruch für das Land und mehr Zuversicht. Er nannte die derzeitigen Schwächen der Deutschen beim Namen: «Zum einen klammern wir uns zu sehr an dem fest, was wir haben. Zum anderen leben wir zu sehr in der Angst zu scheitern».

Welche Möglichkeiten hat der Präsident der BRD, Einfluss auf die Politik und Gesellschaft zu nehmen? Wie wird er gewählt und welche Aufgaben hat er? Anders als in Russland oder in den USA wird der deutsche Bundespräsident nicht direkt vom Volk gewählt. Um den ersten Mann im Staate zu bestimmen, wird extra eine Bundesversammlung einberufen. Die Versammlung hat nur die Aufgabe, das Staatsoberhaupt zu ernennen. Am 23. Mai 2004 bestand dieses Gremium aus 1206 Mitgliedern des Bundestages und der Länderparlamente. Der Kandidat der CDU/CSU und der **FDP**, H. Köhler, setzte sich gegen die Kandidatin von SPD und **Grünen**, G. Schwan, durch. Vereidigt wurde der neue Bundespräsident dann am 1. Juli. Kurz zuvor war sein Vorgänger, J. Rau, verabschiedet worden.

Die Amtszeit des Präsidenten beträgt fünf Jahre. Nur eine Wiederwahl ist möglich. Der deutsche Bundespräsident hat eindeutig weniger Befugnisse als etwa der Präsident Russlands oder der USA. Hauptsächlich hat er repräsentative Aufgaben, aber auch ein paar politische: er wirkt bei der Regierungsbildung und der Gesetzgebung mit und ernennt und entlässt Minister, Bundesrichter, Beamte und Offiziere. Zudem vertritt das Staatsoberhaupt Deutschland völkerrechtlich nach außen, etwa durch Staatsbesuche. Nicht zu unterschätzen ist aber der Versuch aller Bundespräsidenten, durch Reden, Engagement und Vorbildlichkeit gesellschaftliche Impulse zu geben. H. Köhler ist ein solcher kritischer Staatsmann. Politische Parteien und auch die Manager in der Wirtschaft seien zu mutlos und unentschlossen, mahnte er gleich in den ersten Interviews. Ob seine Appelle helfen werden, die Menschen für die Neugestaltung Deutschlands zu begeistern, wird sich zeigen. In den Augen des Bundespräsidenten ist die Lage ernst. «Wir können uns kein einziges verlorenes Jahr mehr leisten», warnte Köhler in seiner Antrittsrede.

(Vitamin.de, 2004, N 22)

Erläuterungen zum Text

Freie Demokratische Partei (FDP), eine politische Partei, 1948 aus dem Zusammenschluss national-liberaler und linksliberaler Gruppen in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins entstanden. Die FDP spielte bei der Bildung von Bundes- und Landesregierung oft eine Schlüsselrolle; sie stellte mit ihrem ersten Vorsitzenden T.Heuss 1949-59 den ersten Bundespräsidenten und war 1949-56 an der CDU/CSU-geführten Bundesregierung beteiligt. Vorsitzende waren 1949-54 F.Blücher, 1954-57 T.Dehler, 1957-60 R.Maier. Unter E.Mende (1960-68) ging die FDP 1961-66 erneut ein Bündnis mit der CDU/CSU ein. 1966-69 stand sie in der Opposition. 1968 setzte eine linksliberale Umorientierung ein, die unter dem neuen Vorsitzenden W.Scheel weiterverfolgt wurde. 1969-82 bildete die FDP mit der SPD eine sozialliberale Koalitionsregierung. Ausgehend von Gemeinsamkeiten mit der SPD in der Außen-, Deutschland- und Rechtspolitik verstand sich die FDP in der Regierungskoalition als entschiedene Verfechterin der Marktwirtschaft. Der innerparteilich gegen Ende der 1970-er Jahre erstarkte wirtschaftsliberale Flügel um seinen Sprecher O.Graf Lambsdorff brachte 1982 mit seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen die FDP in Gegensatz zum Koalitionspartner SPD. Der Wechsel zur Koalition mit der CDU/CSU im Oktober 1982 wurde in der Bundestagswahl 1983 von den Wählern bestätigt. Nach der Wahl W.Scheels 1974 zum Bundespräsidenten waren 1974-85 H.-D.Genscher, 1985-88 M.Bangemann und 1988-93 O.Graf Lambsdorff Vorsitzende der Partei. Im Zuge der deutschen Vereinigung traten am 12.8.1990 die liberalen Gruppierungen der DDR der FDP bei. Vorsitzender blieb O. Graf Lambsdorff, 1993 gefolgt von K.Kinkel, 1995 von W.Gerhardt. Nach den Bundestagswahlen von 1990 und 1994 blieb die FDP Mitglied der Regierungskoalition; 1998 ging sie in die Opposition. Nahe stehende Jugendorganisation sind die Jungen Liberalen.

Grünen, die, 1980-93 bestehende politische Partei; hervorgegangen aus verschiedenen regionalen Gruppen („grüne Listen“) sowie der „Grünen Aktion Zukunft“; bekennt sich zu den Grundwerten „ökologisch sozial basisdemokratisch gewaltfrei“. 1983-90 war sie im Bundestag vertreten. Im Zuge der gewaltfreien Revolution 1989/90 entstand auch in der DDR eine Grüne Partei, die nach der Volkskammerwahl vom 18.3.1990 mit den Bürgerbewegungen das Bündnis 90/Grüne bildete und in dieser Verbindung nach dem 2.12.1990 in den ersten gesamtdeutschen Bundestag einzog. 1990-91 schlossen sich ostdeutsche Landesverbände den Grünen an. Nach dem »Assoziierungsvertrag« vom November 1992 erfolgte im Mai 1993 der Zusammenschluss von Bündnis 90 und Grünen zu einer neuen politischen Partei (Bündnis 90/Die Grünen).

*(Der Brockhaus multimedial 2000: CD-Rom. – Leipzig; München:
Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, 1999.)*

Aufgaben zum Text

1. Übersetzen Sie folgende Wörter und Wortverbindungen.

- A) der Aufbruch, die Schwäche, beim Namen nennen, Einfluss nehmen, der Vorgänger, die Amtszeit, das Gremium, die Bundeswehr, die Befugnis, die Wiederwahl, die Regierungsbildung, die Gesetzgebung, der Bundesrichter, der Beamte, das Staatsoberhaupt, der Versuch, die Rede, das Engagement, die Vorbildlichkeit, der Staatsmann, die Neugestaltung, die Lage, die Antrittsrede
- B) sich klammern, scheitern, bestimmen, ernennen, einberufen, sich durchsetzen, verabschieden, vereidigen, betragen, mitwirken, vertreten, entlassen, unterschätzen, mahnen, begeistern, sich leisten, warnen
- C) direkt, eindeutig, einzig, hauptsächlich, völkerrechtlich, mutlos, unentschlossen, ernst, verloren, kurz zuvor

2. Was passt zusammen?

völkerrechtlich	nennen	repräsentative	Staatsmann
beim Namen	einberufen	gesellschaftliche	gewählt
Impulse	vertreten	derzeitige	Lage
Bundesversammlung	ernennen	kritischer	Schwächen
bei der Gesetzgebung	geben	verlorenes	Aufgaben
das Staatsoberhaupt	haben	nicht direkt	Jahr
weniger Befugnisse	mitwirken	ernste	Impulse

3. Setzen Sie fehlende Wörter ein.

1) Der Bundespräsident ... und ... Minister, Bundesrichter, Beamte und Offiziere. 2) Nicht zu ... ist der Versuch aller Präsidenten, durch Reden, Engagement und Vorbildlichkeit gesellschaftliche Impulse zu geben. 3) Der Präsident meint, dass sich die Deutschen kein einziges verlorenes Jahr mehr ... können. 4) Er sagt, dass die Deutschen zu sehr in der Angst leben zu 5) Der Präsident hat verschiedene Möglichkeiten, Einfluss auf die Politik und Gesellschaft zu 6) Er wird nicht direkt vom Volk 7) Dafür wird extra eine Bundesversammlung 8) Dieses Gremium ... aus Mitgliedern des Bundestages und der Länderparlamente. 9) Die Amtszeit des Präsidenten kann nicht verlängert werden. Nur eine ... ist möglich. 10) Der Bundespräsident hat weniger ... als der Präsident Russlands oder der USA. 11) Er hat hauptsächlich ... Aufgaben, aber auch ein paar 12) Er wirkt bei der ... und der ... mit. 12) Außerdem ... er das Land ... nach außen. 13) Deutschland braucht einen ... und mehr Zuversicht, meint der neue Bundespräsident. 14) Horst Köhler ... sich gegen Gesine Schwan

4. Übersetzen Sie ins Deutsche.

назвать вещи своими именами, жить в страхе потерпеть неудачу, оказывать влияние на политику, назначить федерального президента, незадолго до этого,

иметь главным образом представительские функции, представлять на международной арене, нельзя недооценивать, придавать импульс общественному развитию, иметь однозначно меньше полномочий, назначать и увольнять министров, вдохновлять людей, речь по поводу вступления на должность, предостеречь в своей речи, насчитывать пять лет, сегодняшние слабые стороны, избираться не непосредственно народом, созывать федеральное собрание, Христианско-Демократический союз, Свободная Демократическая партия, Социал-Демократическая партия Германии, партия Зеленых, выборы, первое лицо в государстве, принимать участие в законодательстве, государственный визит, не позволить себе ни одного потерянного года

5. Fassen Sie den Inhalt des Textes zusammen.

1) Летом 2004 года в ФРГ был избран новый президент. 2) Его имя – Хорст Кёлер, ему 61 год, он – профессор. 3) К присяге он был приведен 1 июля. 4) Незадолго до этого страна попрощалась с его предшественником, Йоханнесом Рау. 5) Новый президент – кандидат ХДС / ХСС и СПГ. 6) Хорст Кёлер был не единственным кандидатом, он боролся против Гезины Шван, кандидата СДПГ и партии Зеленых. 7) Новый президент настроен очень критично. Он считает, что положение в стране очень серьезно. 8) Он назвал политические партии и менеджеров трусливыми и нерешительными. 9) Германии требуется прорыв. 10) Но немцы держатся за старое и очень боятся потерпеть неудачу. 11) «Немцы не могут позволить себе ни одного потерянного года», - сказал Хорст Кёлер в своей речи по поводу вступления на должность. 12) Однако президент Германии имеет далеко не столь много полномочий, как, например, президент в России или в США. 13) У него не так много возможностей повлиять на политику и общество. 14) Он выполняет, главным образом, репрезентативные функции. 15) Так, он представляет страну на международной арене. 16) Кроме того, он назначает и увольняет министров, федеральных судей, чиновников. 17) Он также принимает участие в образовании правительства и законодательстве. 18) Но все федеральные президенты пытаются своими речами, своей деятельностью, своим примером придать новые импульсы общественному развитию. 19) Стоит, пожалуй, добавить, что президент в Германии избирается не непосредственно народом. 20) Специально для этого созывается Федеральное собрание, которое имеет одну единственную задачу – назначить главу государства. 21) Этот орган состоит из членов Бундестага и парламентов земель. 22) Президент избирается на пять лет. 23) Срок его полномочий не может быть продлен. 24) Возможны только перевыборы. 25) Вдохновят ли людей воззвания Хорста Кёлера, покажет время.

Zusätzliche Informationen

Deutsche Bundeskanzler

Adenauer, Konrad (1949 – 1963) – **Erhard**, Ludwig (1963 – 1966) – **Kiesinger**, Kurt Georg (1966 – 1969) – **Brandt**, Willi (1969 – 1974) – **Schmidt**, Helmut (1974 – 1982) – **Kohl**, Helmut (1982 – 1996) – **Schröder**, Gerhard (1998 – 2006) – **Merkel**, Angela (seit 2006)

Kiesinger, Kurt Georg, geboren am 6. April 1904, studierte Kiesinger Jura, Geschichte und Philosophie und war 1935-39 Rechtsanwalt beim Kammergericht Berlin, 1940-45 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und stellvertretender Leiter der Rundfunkabteilung im Auswärtigen Amt. 1945-47 in Ludwigsburg interniert, wurde Kiesinger 1948 Landesgeschäftsführer der CDU. 1949-58 und 1969-80 gehörte er dem Bundestag an; er hatte den Vorsitz im Vermittlungsausschuss 1950-58 und im auswärtigen Ausschuss 1954-58 inne. 1958-66 war Kiesinger Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Am 1. Dezember 1966 vom Bundestag zum Bundeskanzler gewählt, bildete Kiesinger am gleichen Tage eine Regierung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, die die schwierigsten, von seinem Vorgänger Ludwig Erhard übernommenen Probleme (wirtschaftliche Rezession, Haushaltsdefizit, bedrohliches Anwachsen des Rechtsradikalismus) möglichst rasch in den Griff bekommen sollte. Die Koalition auf Zeit unter Bundeskanzler Kiesinger zerbrach nach der Bundestagswahl im September 1969. Bei dieser Wahl konnte Kiesinger zwar mit 46,1% der Stimmen gegenüber der SPD (42,7%) ein sehr beachtliches Ergebnis erreichen, da aber SPD und FDP bereits vor der Wahl angekündigt hatten, eine Koalitionsregierung bilden zu wollen, musste Kiesinger mit den Christdemokraten in die Opposition gehen. Er war Bundesvorsitzender der CDU von 1967 bis 1971, danach Ehrenvorsitzender. Kiesinger starb am 9. März 1988 in Tübingen.

Brandt, Willy wurde am 18. Dezember 1913 in Lübeck als Herbert Ernst Karl Frahm geboren. Er legte 1932 das Abitur ab; 1930 war er der SPD beigetreten, 1931 jedoch zu der von der SPD abgesplitterten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) übergewechselt. Nach der nationalsozialistischen »Machtergreifung« 1933 musste Brandt emigrieren; in Norwegen studierte er Geschichte und war als Journalist tätig. 1938 von den deutschen Behörden ausgebürgert, nahm er die norwegische Staatsbürgerschaft an und musste 1940, nach der deutschen Besetzung Norwegens, nach Schweden fliehen. 1945 kehrte er als Korrespondent skandinavischer Zeitungen nach Deutschland zurück und war 1947 Presseattaché der norwegischen Militärmission in Berlin. Nach seiner Wiedereinbürgerung unter seinem Schriftstellernamen Willy Brandt 1947 schloss er sich erneut der SPD an und wurde 1948/49 als Vertreter des SPD-Parteivorstandes nach Berlin entsandt. 1949 bis 1957 war Brandt Mitglied des Bundestages, erneut seit 1969. Seit 1950 gehörte er auch dem Berliner Abgeordnetenhaus an und war 1953 bis 1957 dessen Präsident. Als Regierender Bürgermeister von Berlin (1957-66) wurde er weit über die Grenzen

Deutschlands bekannt. In den Bundestagswahlkämpfen 1961 und 1965 als Kanzlerkandidat der SPD Adenauer bzw. Erhard unterlegen, wurde Brandt, seit 1964 Bundesvorsitzender der SPD, 1966 Vizekanzler und Außenminister der Großen Koalition. Nach der Bundestagswahl 1969 bildete Brandt als Bundeskanzler mit der FDP die sozialliberale Koalition. In der jetzt von Brandt und Außenminister Scheel (FDP) forcierten, auf neue Grundlagen gestellten Ostpolitik kam es zu den Vertragsabschlüssen mit den kommunistischen Staaten sowie zum Viermächteabkommen über Berlin. Brandt, der für seinen Beitrag zur politischen Entspannung in Europa 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, musste jeden Schritt seiner Ostpolitik in erbittertem Ringen mit der CDU/CSU-Opposition durchsetzen. Ein gegen ihn im April 1972 beantragtes Misstrauensvotum der CDU/CSU scheiterte jedoch. In der vorgezogenen Bundestagswahl im November 1972 errang Brandt mit der SPD, die nun mit 45,8% der Stimmen stärkste Bundestagsfraktion wurde, einen klaren Sieg. Er trat jedoch im Mai 1974 wegen der **Guillaume-Affäre** als Bundeskanzler zurück. Brandt blieb als Parteivorsitzender (bis 1987) die Integrationsfigur der SPD, wurde 1976 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale und war von 1977 bis 1980 auch Vorsitzender der internationalen Nord-Süd-Kommission. Er starb am 8. Oktober 1992 in Unkel am Rhein.

Schmidt, Helmut, geboren am 23. Dezember 1918 in Hamburg. Er nahm als Soldat und Offizier am 2. Weltkrieg teil, studierte Staatswissenschaften und trat 1946 in die SPD ein. 1947/48 war Schmidt Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), dann bei der Behörde für Wirtschaft und Verkehr in Hamburg tätig, ab 1952 Verkehrsdezernent. Von 1953 bis 1962 Mitglied des Bundestages, machte er sich einen Namen als Verteidigungsexperte. Seit 1965 wieder im Bundestag, wurde Schmidt 1967 Fraktionsvorsitzender der SPD, 1968-84 war er einer der beiden Stellvertreter des Parteivorsitzenden. 1969 wurde Schmidt Verteidigungsminister, 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen. Nach dem Rücktritt Bundeskanzler Brandts wurde er zum Bundeskanzler gewählt. Einige Reformvorhaben wurden im Hinblick auf die Wirtschaftskrise zurückgestellt, die Entspannungspolitik dagegen konsequent fortgesetzt. Nach den von der SPD-FDP-Koalition gewonnenen Bundestagswahlen von 1976 und 1980 wurde Schmidt erneut zum Bundeskanzler gewählt. Bei der Abwehr des Terrorismus bewies Schmidt Härte und Durchhaltevermögen, aber auch Augenmaß, so dass der liberale Rechtsstaat letztlich ohne größere Beeinträchtigungen blieb. Die anhaltende Weltwirtschaftskrise, die wie in den anderen Industriestaaten, auch in der Bundesrepublik zu einem stetigen Ansteigen der Arbeitslosenzahlen und wachsendem Haushaltsdefizit führte, verursachte nach 1980 zunehmend Meinungsverschiedenheiten in der SPD-FDP-Koalition und schließlich deren Bruch. Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum der CDU/CSU-Opposition im Bündnis mit der Mehrheit der FDP-Fraktion gestürzt.

Kohl, Helmut, geboren am 3. April 1930 in Ludwigshafen am Rhein, studierte Kohl nach dem Abitur in Frankfurt und Heidelberg Geschichte und Staatswissenschaften und war nach seiner Promotion in der Industrie tätig. Er war 1946 Mitbegründer der

Jungen Union in Ludwigshafen, schloss sich 1947 der CDU an und übernahm in der Folgezeit verschiedene Ämter in der Jungen Union und in der CDU. 1959 in den Landtag von Rheinland-Pfalz gewählt, wurde Kohl 1963 Fraktionsvorsitzender der CDU. Seit 1966 auch Landesvorsitzender der CDU (bis 1973), setzte er 1969 die Ablösung des bisherigen Regierungschefs Peter Altmeier durch und wurde selbst Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Dem Bundesvorstand der CDU gehörte Kohl seit 1964 an, dem Parteipräsidium seit 1969. 1973 wurde er zum Vorsitzenden der CDU gewählt. Für den Bundestagswahlkampf 1976 wurde Kohl von CDU und CSU als Kanzlerkandidat aufgestellt. Die Union erreichte zwar mit 48,6% der Stimmen das zweitbeste Wahlergebnis ihrer Geschichte, doch blieb die Mehrheit der sozialliberalen Koalition erhalten. Kohl gab das Amt des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz auf und ging als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion nach Bonn. Für den Bundestagswahlkampf 1980 verzichtete Kohl auf die Kanzlerkandidatur, blieb aber nach der Wahl Oppositionsführer im Bundestag. Am 1. Oktober 1982 wurde Kohl zum Bundeskanzler.

Schröder, Gerhard, Politiker (SPD), geboren am 7.4.1944; Jurist, seit 1963 Mitglied der SPD; war 1978-80 Vorsitzender der Jungsozialisten (Juso), 1980-86 und seit 1998 Mitglied des Bundestages, 1986-98 in Niedersachsen Mitglied des Landtages und dort 1986-90 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. 1990-98 war er Ministerpräsident von Niedersachsen, seit Oktober 1998 ist er Bundeskanzler, seit April 1999 auch Bundesvorsitzender der SPD. Er widmete sich in den letzten Jahren verstärkt Wirtschaftsfragen und trat auch mit Vorschlägen für eine Modernisierung Deutschlands hervor.

(Der Brockhaus multimedial 2000: CD-Rom. – Leipzig; München: Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, 1999.)

Erläuterungen zum Text

Guillaume-Affäre, Bezeichnung für den innenpolitischen Wirbel, den die Enttarnung des DDR-Agenten Günter Guillaume (1927-95) und seine Verhaftung am 24.4.1974 auslöste. Guillaume war 1956 im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in die BRD gekommen und hatte ab 1970 im Bundeskanzleramt (ab 1972 als persönlicher Referent des Bundeskanzlers in Parteiangelegenheiten) gearbeitet. Vor dem Hintergrund der Guillaume-Affäre legte W.Brandt am 7.5.1974 sein Amt als Bundeskanzler nieder;

Deutsche Bundespräsidenten

Heuss, Theodor (1949 – 1959) – **Lübke**, Heinrich (1959 – 1969) – **Heinemann**, Gustav (1969 – 1974) – **Scheel**, Walter (1974 – 1979) – **Carstens**, Karl (1979 – 1984) – **Weizsäcker**, Richard von (1984 – 1994) – **Herzog**, Roman (1994 – 1999) – **Rau**, Johannes (1999 – 2004) – **Köhler**, Horst (seit 2004)

Heuss, Theodor, Politiker, Schriftsteller, Journalist (Brackenheim (Kreis Heilbronn) 31.1.1884 – Stuttgart 12.12.1963). Ab 1910 Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, trat nach Ausbruch der Novemberrevolution (1918) der Deutschen Demokratischen Partei (ab 1930 Deutsche Staatspartei) bei. 1920-33 Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin, 1924-28 und 1930-33 Mitglied der Regierung. 1933-45 politisch ausgeschaltet, betätigte sich Heuss publizistisch (u.a. „Friedrich Naumann“, 1937; „Hans Poelzig, Bauten und Entwürfe“, 1939; „Justus von Liebig“, 1942). Nach dem deutschen Zusammenbruch war er 1945-46 Kultusminister von Württemberg-Baden, 1946-47 Professor für Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart. 1948-49 Vorsitzender der FDP. Im Parlamentarischen Rat (1948-49) wirkte er führend an der Ausarbeitung des GG mit. Als erster Bundespräsident der BRD prägte Heuss stark die Konturen dieses Amtes. Mit seinen Beiträgen zu Fragen der Emigration und des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus bemühte er sich um den Ausgleich innenpolitischer Kontroversen. 1959 erhielt Heuss den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. *Weitere Werke*: 1848. Werk und Erbe (1948), Erinnerungen 1905-1933 (1963).

Lübke, Heinrich, Politiker, (Enkhausen (heute zu Sundern) 14.10.1894 – Bonn 6.4.1972); 1931-33 Mitglied des preußischen Landtags (Zentrum), danach wiederholt in Haft. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trat er 1945 der CDU bei. 1953-59 war er Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Als Bundespräsident (1959-69) förderte er innenpolitisch besonders den Gedanken einer großen Koalition, außenpolitisch die Entwicklungshilfe.

Heinemann, Gustav, Politiker, (Schwelm 23.7.1899 – Essen 7.7.1976); Rechtsanwalt, 1933-45 führend für die Bekennende Kirche tätig, trat 1945 der CDU bei. 1945-67 war er Mitglied des Rats und 1949-55 **Präses** der Synode der EKD, 1946-49 Oberbürgermeister von Essen und 1947-48 Justizminister von Nordrhein-Westfalen. Aus Protest gegen die Wiederbewaffnung trat er 1950 als Bundesinnenminister zurück; 1952 Austritt aus der CDU, 1953 Gründungsmitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) und deren Vorsitzender. Nach der Selbstauflösung der GVP schloss sich Heinemann 1957 der SPD an, 1957-69 MdB; 1966-69 Bundesjustizminister (betrieb die Große Strafrechtsreform, die Reform des Unehelichenrechts und die des politischen Strafrechts). Als Bundespräsident (1969-74) bemühte sich Heinemann v. a. um eine Aussöhnung der Deutschen mit ihren Nachbarn.

Scheel, Walter, Politiker, (Solingen 8.07.1919). 1938 legte Scheel das Abitur ab und war von 1939 bis 1945 Soldat. 1946 trat er der FDP bei und gehörte von 1950 bis 1953 dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an, von 1953 bis 1974 dem Bundestag. Unter den Bundeskanzlern Adenauer und Erhard war Scheel von 1961 bis 1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. 1967 bis 1969 Vizepräsident des Bundestages, übernahm er 1968 den Parteivorsitz der FDP (bis 1974). Nach der Bundestagswahl 1969 bildete Scheel mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt die sozialliberale Koalition und wurde Vizekanzler und Außenminister. Gemeinsam mit Brandt brachte er die neue Ostpolitik in Gang und verteidigte sie in langen und heftigen Bundestagsdebatten gegen die Opposition von CDU und CSU. 1974 wurde Scheel mit den Stimmen der SPD und FDP zum Bundespräsidenten gewählt. Er siegte über den Kandidaten der CDU/CSU Richard von Weizsäcker. Seine Amtszeit endete am 30. Juni 1979; er wurde Ehrenvorsitzender der FDP.

Carstens, Karl, Politiker (CDU), (Bremen 14.12.1914 – Meckenheim (bei Bonn) 31.5.1992); war 1960-66 Staatssekretär im Außenministerium, 1966/67 im Verteidigungsministerium und 1968/69 im Bundeskanzleramt; 1972-79 MdB, 1973-76 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1976-79 Bundestagspräsident und 1979-84 Bundespräsident. 1984 erhielt Carstens den Karlspreis der Stadt Aachen.

Weizsäcker, Richard Freiherr von, Politiker (CDU), (Stuttgart 15.4.1920); Wirtschaftsjurist und Rechtsanwalt; 1964-70 und 1979-81 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, 1969-84 Mitglied des Rates der EKD, 1969-81 MdB, 1972-79 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, war 1979-81 Vizepräsident des Bundestags, 1981-84 Regierender Bürgermeister von Berlin (West) und 1984-94 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Weizsäcker vermochte in einem v.a. ethischen Verständnis von politischer Kultur seinem Amt konsensstiftend neue Geltung zu verschaffen und das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland zu erhöhen; schrieb u.a. "Vier Zeiten. Erinnerungen" (1997).

Herzog, Roman, Staatsrechtslehrer und Politiker (CDU), (Landshut 5.4.1934); Professor in Berlin (seit 1966) und Speyer (seit 1969), 1978-83 Mitglied der Regierung des Landes Baden-Württemberg; 1983 zum Vizepräsidenten, 1988 zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts ernannt. Am 23.5.1994 wählte ihn die Bundesversammlung zum Bundespräsidenten. Auf Anregung von Herzog wird seit 1996 alljährlich in Deutschland am 27.1. der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Herzog ist Mitherausgeber des „Evangelischen Staatslexikons“ (1987) sowie vieler Kommentare zu Gesetzen.

Rau, Johannes, Politiker, (Wuppertal 16.1.1931); 1952 Mitbegründer der Gesamtdeutschen Volkspartei, trat 1958 der SPD bei; seit 1958 MdL in Nordrhein-Westfalen, dort 1970-78 Minister für Wissenschaft und Forschung, 1978-98

Ministerpräsident; wurde 1982 auch stellvertretender Vorsitzender der SPD, wurde am 23.5.1999 zum Bundespräsidenten gewählt (Amtsantritt: 1.7.1999).

*(Der Brockhaus multimedial 2000: CD-Rom. – Leipzig; München:
Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, 1999.)*

Eräuterungen zum Text

Präses, m – Vorsitzender (einer Landessynode, der Kirchenleitung)

Aufgaben

1. Finden Sie zusätzliche Informationen zur Biografie und zur politischen Tätigkeit von einem Bundeskanzler und berichten Sie im Plenum.

2. Worauf hat jeder Präsident in seiner Tätigkeit Hauptakzente gesetzt? Finden Sie weitere Informationen zu einer Person und berichten Sie im Plenum.

GLOBALISIERUNG

Text 1. Begriffsbestimmung

Begriff Globalisierung ist zu einem Schlagwort geworden, das in politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Debatten seit einiger Zeit inflationär gebraucht und dabei einerseits als «Bedrohung», andererseits als «Chance» betrachtet wird. Umstritten ist sowohl, was unter Globalisierung zu verstehen ist, als auch die Frage, was sie von reiner Internationalisierung und dem generellen Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Grenzen unterscheidet.

So regt Michael Zürn (1998) an, den Begriff «ungleichzeitige Denationalisierung» dem der Globalisierung vorzuziehen. In der wissenschaftlichen Debatte verläuft die Trennlinie vor allem zwischen jenen, die im Zuge der Globalisierung das Ende des Nationalstaates samt seiner etablierten Steuerungs- und Legitimationsmechanismen prognostizieren und jenen, die dem Nationalstaat weiterhin die zentrale Rolle in der internationalen Politik beimessen.

Zum anderen ist Globalisierung ein dynamischer realhistorischer Prozess, der zwar in seinen Ausprägungen in verschiedenen Weltregionen stark asymmetrisch verläuft, gleichwohl als globaler Trend verstanden werden muss. Globalisierung kann allgemein als ein Prozess zunehmender Verbindungen zwischen Gesellschaften und Problembereichen dergestalt definiert werden, dass Ereignisse in einem Teil der Welt in zunehmendem Masse Gesellschaften und Problembereiche in anderen Teilen der Welt berühren. Bei diesen Verbindungen ist

- erstens, eine quantitative Zunahme,
- zweitens, eine qualitative Intensivierung und
- drittens, eine räumliche Ausdehnung feststellbar.

Dabei erodiert zunehmend jene **Kongruenz** von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsmacht, von Territorialität und – Souveränität, die den Nationalstaat kennzeichnet. Handlungsrelevante Räume sind somit vor allem funktional bestimmt und reichen über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Neben Staaten und – internationalen Organisationen treten mit transnationalen Konzernen und einer transnational vernetzten Zivilgesellschaft neue Akteure auf die Bühne der Weltpolitik.

Kaum ein anderer Begriff der Internationalen Beziehungen hat derart viele hitzige Debatten ausgelöst, Erklärungsansätze hervorgerufen und Missverständnisse erzeugt. Zwar bedarf ein solch vielschichtiges Phänomen wie Globalisierung einer multikausal orientierten Analyse, die Debatte leidet aber an der überzogenen Breite der Definitionsversuche, die eine Verständigung erschwert, an dem mangelnden Konsens über Gegenstandsbereich und Ursachen, und erst recht den Folgen und geeigneten Begleitstrategien der Globalisierung.

Eine einheitliche Definition von Globalisierung muss schon daran scheitern, dass sie – je nachdem welche Perspektive gewählt wird – unterschiedlich wahrgenommen und gedeutet werden kann und werden muss. Diese Perspektiven beziehen sich nicht nur auf die zeitlich gestreute Verwendung, sondern auch und vor allem auf die unterschiedlich inhaltlichen Dimensionen von Globalisierung allen Definitionsversuchen angehört. Als eine weite Definition des Globalisierungsprozesses kann die empirisch feststellbare Ausdehnung, Dichte und Stabilität wechselseitiger regionaler und globaler Beziehungsnetzwerke und ihrer massenmedialen Selbstdefinition sowie sozialer Räume auf wirtschaftlicher, kultureller, ökologischer und politischer Ebene gelten. Dabei gilt es bei einer Analyse die Folgen der Globalisierung nicht zu Definitionsbestandteilen zu machen.

Über die Ursachen für die zunehmende Globalisierung herrschen unterschiedliche Auffassungen. Im Dickicht der vielschichtigen und multikausalen Ursachenforschung lassen sich vereinfachend zwei Extrempositionen ausmachen. Die eine sieht in der Globalisierung einen exogenen Prozess mit einer eigenständigen Logik. Triebfedern sind dabei vor allem der technologische Fortschritt (Technik und internationale Politik), der Fortschritt der Produktivkräfte und die tief greifende Veränderung der Produktionsverhältnisse einschließlich der Entstehung transnationaler Konzerne, die Ausdifferenzierung der internationalen Arbeitsteilung sowie der grundlegende soziale und kulturelle Wandel. Eine zweite Extremposition betont, dass Staaten die Rahmenbedingungen geschaffen haben, unter denen sich Globalisierung vollzieht. Sie ist demnach kein «Naturgesetz», sondern folgt einer politischen Logik in Tradition der «idealistischen» – Theorie der Internationalen Beziehungen, die als Handlungsmilieu auf einen universalen Weltstaat mit horizontaler Schichtung zielt. Die Vernetzung der Märkte etwa wäre selbst bei den gegebenen technischen Voraussetzungen nicht ohne die politisch gewollte Deregulierung möglich gewesen. Der Globalisierungsprozess besitzt eine Eigendynamik.

Aufgabe ist es, zunächst die verschiedenen Dimensionen der Globalisierung zu dechiffrieren.

- Erstens unterliegen nicht alle Weltregionen in gleichem Masse der Globalisierung.
- Zweitens bedeutet Globalisierung nicht globale Vereinheitlichung, kulturelle Diversifikation kann im Gegenteil sogar als Reaktion auf kulturelle Hegemonialbestrebungen im Zuge der Globalisierung verstanden werden.
- Drittens hat Globalisierung nicht das “Ende der Geographie” gebracht. Es werden vielmehr neue **supraterritoriale** Räume geschaffen.

Der Prozess der Globalisierung hat zwischen den Staaten vielfältige Abhängigkeiten entstehen lassen. Durch die modernen Kommunikationsmittel und die engen wirtschaftlichen Verflechtungen sind geographische Entfernungen zusammengeschmolzen. Auch wenn es mitunter nur einzelne Staaten oder Staatengruppen sind, die etwas tun oder auch unterlassen, nur selten bleiben andere völlig unberührt.

Die Umweltpolitik in China, die Gesundheitssituation in Afrika, die Sicherheit nuklearer Anlagen in Russland und das Management der knappen Wasserressourcen im Nahen Osten beeinflussen das Leben von Millionen von Menschen, obwohl sie weder in den genannten Regionen leben noch an den Entscheidungen beteiligt sind. Die grenzüberschreitenden Wirkungen globaler Entwicklungen setzen der einzelstaatlichen Souveränität zunehmend enger werdende Grenzen.

Die Fähigkeit eines Staates, seinen Interessen im Alleingang gerecht zu werden, ist geringer geworden. Wenn es um den Schutz globaler Güter wie das Klima geht, sind die Staaten auf die Zusammenarbeit mit anderen angewiesen. Diese außen- und sicherheitspolitische Horizonterweiterung hat zu einem weit gestreckten Sicherheitsbegriff geführt. Er schließt neben militärischen Aspekten die wirtschaftliche, soziale, ökologische wie menschenrechtliche Dimension von Sicherheit ein.

*(Grundlegende Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung zur Globalisierung(http://www.bpb.de/publikationen/U1INL3,0,0,IZPB_Globalisierung.html
<http://www.bpb.de/themen/YDEVZC,,0,Globalisierung.html>;
http://www.bpb.de/publikationen/U1INL3,0,0,IZPB_Globalisierung.html)*

Erläuterungen zum Text

Kongruenz – Der Begriff Kongruenz kann allgemein mit Ähnlichkeit übersetzt werden und bezeichnet. In der menschlichen Kommunikation wird (als rhetoisches Mittel) die Übereinstimmung von verbaler und nonverbaler Aussage, in der Politik ein Prinzip der Deckung bestimmter Personenkreise, im Recht die Übereinstimmung einer Leistung mit einer Verpflichtung des Leistenden verstanden.

*(aus: wikipedia.de
<http://de.wikipedia.org/wiki/Globalisierung>)*

Supraterritorial – im Bezug auf Räume: territorial weit reichend. Es wurde im Zusammenhang mit dem Deutschen Reich erwähnt.

*(aus: wikipedia.de
<http://de.wikipedia.org/wiki/Globalisierung>)*

Aufgaben

1. Ergänzen Sie die fehlenden Substantive aus dem Text.

Die Globalisierung wird einerseits als _____, andererseits als _____ betrachtet. _____ ist ein dynamischer realhistorischer Prozess, der in seinen Ausprägungen in verschiedenen _____ stark asymmetrisch verläuft.

Neben Staaten und internationalen _____ treten neue auf die Bühne der Weltpolitik. Nicht alle _____ unterliegen in gleichen Masse der Globalisierung.

Durch die modernen _____ und die engen wirtschaftlichen Verflechtungen sind geographische Entfernungen zusammengeschmolzen.

(Grundlegende Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung zur Globalisierung
http://www.bpb.de/publikationen/U1INL3,0,0,IZPB_Globalisierung.html)

2. Ordnen Sie den Substantiven geeignete Verben aus dem Schüttelkasten zu.

bedeuten	erschweren	hinwegreichen	beeinflussen
schützen	beimessen	auslösen	schaffen

- 1) die Rolle _____
- 2) über Grenzen _____
- 3) die Debatten _____
- 4) die Verständigung _____
- 5) die Rahmenbedingungen _____
- 6) das Klima _____

3. Bitte bilden Sie die Verben von folgenden Substantiven.

die Kongruenz – _____ die Legitimation – _____ die Tendenz – _____
die Debatte – _____ die Prognose – _____
die Definition – _____ die Analyse – _____

4. Beantworten Sie die Fragen.

- 1) Welche Vor – und Nachteile bringt Globalisierung mit sich?
- 2) Wie sind die internationalen Beziehungen durch Globalisierung beeinflusst?

5. Schreiben Sie kurze Texte zum Thema Globalisierung anhand der folgenden Leitfragen oder diskutieren Sie zu diesen Themen.

- 1) Was ist Globalisierung?
- 2) Vorteile und Nachteile der Globalisierung?
- 3) Handel und Finanzen.
- 4) Globale Märkte. Bildung globaler Produktionssysteme.
- 5) Nationale Kulturen oder globale Kultur?

Zusätzliche Informationen

Globalisierung: Bedrohung oder Chance?

Einführung. Der Ausdruck „Globalisierung“ wird unterschiedlich verwendet. Einige betrachten sie als einen Prozess, der positiv -- ein Schlüssel für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft -- und außerdem unvermeidbar und unumkehrbar ist. Andere betrachten sie mit Argwohn oder sogar Angst, da sie glauben, dass sie die Ungleichheit innerhalb der Länder und zwischen den Ländern vergrößert, die Beschäftigung und den Lebensstandard bedroht und den sozialen Fortschritt verhindert. Diese Diskussionsunterlage bietet einen Überblick über einige Aspekte der Globalisierung und zielt darauf ab, Wege aufzuzeigen, durch die die Länder an den Vorteilen dieses Prozesses teilhaben können und gleichzeitig realistisch bleiben in Bezug auf seine Möglichkeiten und Risiken.

Die Globalisierung bietet große Möglichkeiten für eine wirklich weltweite Entwicklung, sie verläuft jedoch nicht gleichmäßig. Einige Länder integrieren sich schneller in die Weltwirtschaft als andere. Die Länder, denen es gelungen ist, sich zu integrieren, weisen ein schnelleres Wachstum und eine niedrigere Armut auf. Nach außen gerichtete Politiken haben Dynamik und größeren Wohlstand für einen großen Teil Ostasiens gebracht, einer Region, die vor 40 Jahren zu den ärmsten der Welt gehörte. Mit steigendem Lebensstandard wurde es auch möglich, Fortschritte bei der Demokratie und wirtschaftlichen Fragen wie Umwelt und Arbeitsnormen zu erzielen. In vielen Ländern Lateinamerikas und Afrikas, die sich in den 70er und 80er Jahren abschotteten, stagnierte dagegen das Wachstum oder war rückläufig, nahm die Armut zu und wurde eine hohe Inflation die Norm. In vielen Fällen, insbesondere in Afrika, wurden die Probleme durch ungünstige externe Entwicklungen noch verschlimmert. Als diese Regionen ihre Politiken änderten, begann ihr Einkommen zu steigen. Eine weitreichende Umwandlung findet statt. Die Förderung dieser Entwicklung -- und nicht ihre Umkehr - ist der beste Weg zur Stärkung von Wachstum, Entwicklung und Armutsverringering.

Die Krisen in den aufstrebenden Marktwirtschaften in den 90er Jahren haben eindeutig gezeigt, dass die Chancen der Globalisierung nicht ohne Risiken sind -- Risiken, die sich aus volatilen Kapitalströmen ergeben und die Risiken sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zerfalls, der durch Armut verursacht wird. Dies ist jedoch kein Grund, eine neue Richtung einzuschlagen, sondern es bedeutet vielmehr für alle Beteiligten -- in den Entwicklungsländern, in den fortgeschrittenen Ländern und natürlich für die Investoren -- ihre Vorgehensweise zu ändern, um starke Volkswirtschaften und ein stärkeres Weltfinanzsystem zu schaffen, das zu schnellerem Wachstum führt und gewährleistet, dass die Armut verringert wird.

Wie kann man den Entwicklungsländern, insbesondere den ärmsten, dabei helfen aufzuholen? Verschärft die Globalisierung die Ungleichheit oder kann sie dazu beitragen, die Armut zu verringern? Und sind Länder, die sich in die Weltwirtschaft

integrieren, zwangsläufig anfällig für Instabilität? Das sind einige der Fragen, die in den folgenden Abschnitten behandelt werden.

Was ist Globalisierung? Wirtschaftliche „Globalisierung“ ist ein historischer Prozess, das Ergebnis menschlicher Innovation und technologischen Fortschritts. Sie bezieht sich auf die steigende Integration der Volkswirtschaften auf der ganzen Welt, insbesondere durch Handel und Finanzströme. Der Ausdruck bezieht sich manchmal auch auf die Bewegung von Menschen (Arbeitskräften) und Wissen (Technologie) über internationale Grenzen hinweg. Es gibt auch breitere kulturelle, politische und ökologische Dimensionen der Globalisierung, die hier nicht erfasst werden.

Im Grunde genommen gibt es nichts Geheimnisvolles bei der Globalisierung. Einige Analytiker argumentieren, dass die Weltwirtschaft vor 100 Jahren genauso globalisiert war wie heute. Heute sind Handel und Finanzdienstleistungen jedoch viel weiter entwickelt und tiefer integriert als zur damaligen Zeit. Der auffallendste Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Integration der Finanzmärkte, die durch moderne elektronische Kommunikation ermöglicht wurde. Der Ausdruck wird seit den 80er Jahren allgemein verwendet und ist Ausdruck der technologischen Fortschritte, die internationale Transaktionen leichter und schneller machen -- sowohl im Handel als auch bei den Finanzströmen. Er bezieht sich auf eine Ausweitung der gleichen Marktkräfte, die seit Jahrhunderten auf allen Ebenen der menschlichen wirtschaftlichen Tätigkeiten wirken -- Dorfmärkte, städtische Industrien oder Finanzzentren -- über die nationalen Grenzen hinaus.

Die Märkte stärken die Effizienz durch Wettbewerb und Arbeitsteilung -- die Spezialisierung, die es Menschen und Volkswirtschaften erlaubt, sich darauf zu konzentrieren, was sie am besten können. Weltmärkte bieten den Menschen größere Möglichkeiten, mehr und größere Märkte auf der ganzen Welt zu nutzen. Das bedeutet, dass sie Zugang zu mehr Kapitalströmen, Technologie, billigeren Einfuhren und größeren Exportmärkten haben. Die Märkte stellen jedoch nicht automatisch sicher, dass alle an den Vorteilen einer steigenden Effizienz teilhaben. Die Länder müssen dazu bereit sein, die erforderlichen Politiken zu verfolgen, und die ärmsten Länder benötigen manchmal die Unterstützung der Völkergemeinschaft bei diesen Bemühungen.

Internationale Verflechtung. Dieser Prozess ist allerdings nicht völlig unkontrolliert und unkontrollierbar verlaufen. Er ist vielmehr zu einem großen Teil das Resultat von Entscheidungen, die Staaten in der Vergangenheit getroffen haben und nach wie vor treffen. Regierungen waren und sind es, die die Schutzwälle um ihre Volkswirtschaften schrittweise abgetragen haben und weiterhin abtragen (außenwirtschaftliche Liberalisierung).

Bei vielen Produkten haben Zölle und mengenmäßige Importbeschränkungen ihre Schutzfunktion für die heimische Produktion längst eingebüßt. War der Konkurrent eines Unternehmens anfangs vorwiegend nur innerhalb staatlicher Grenzen zu

suchen, so ist er nun überall auf der Welt anzutreffen. Die Liberalisierung nach außen ging einher mit dem Abbau staatlicher Vorschriften im Inneren (Deregulierung).

Doch nicht nur Güter und Dienstleistungen werden in alle Welt verkauft und eingekauft, ohne daß sie große Hürden zu überwinden hätten, sondern auch das Geld ist von nahezu allen staatlichen Fesseln und Grenzen befreit worden. Es findet sich überall dort ein, wo es entweder als Investition in ein Unternehmen oder auf den Finanzmärkten anderer Staaten eine gute Rendite verspricht. Das hat dazu geführt, dass schon seit Jahren weltweit ständig ein Vielfaches der Geldsumme kursiert, die für die Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen eigentlich ausreichen würde.

Sprunghaft beschleunigt wurde diese weltweite Öffnung der Märkte sowohl für Waren wie für Geld durch eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher Faktoren. An prominenter Stelle zu nennen sind die Innovationen im Bereich der Mikroelektronik, der Telekommunikation sowie Methoden zur Gewinnung, Übertragung und Speicherung von Informationen. Sie haben es möglich gemacht, die Welt mit einem dichten Kommunikationsnetz zu überspannen, das nahezu jeden Punkt dieser Erde in oft nur Bruchteilen von Sekunden erreichbar werden lässt. Forschungsergebnisse oder die Konstruktionspläne von Maschinen lassen sich in Sekundenschnelle an jeden Ort der Welt übertragen. Nimmt man zu den technischen Möglichkeiten, zu der außenwirtschaftlichen Liberalisierung und der innerstaatlichen Deregulierung noch die gesunkenen Transportkosten und die zunehmende Vereinheitlichung technischer Normen hinzu, dann sind zumindest die wesentlichen Faktoren, die den Prozess der Globalisierung vorantreiben, genannt.

Gesellschaftliche Auswirkungen. Die Gefühle der Menschen angesichts dieses Prozesses sind vielfältig und mitunter höchst widersprüchlich. Bei den einen löst er Aufbruchstimmung aus. Für sie ist Globalisierung eine Befreiung aus engen und überholten Grenzen. Andere urteilen dagegen zurückhaltender oder empfinden gar Angstgefühle. Sie sehen sich einer Entwicklung ausgeliefert, in der die Übersichtlichkeit eines nationalstaatlichen Rahmens zunehmend weniger gilt. Nur in einer Hinsicht herrscht offenbar Einigkeit: Globalisierung ist nicht etwas, das wieder aufgehoben oder sogar nach Belieben zurückgedreht werden kann. Ihre Begleiterscheinungen können allenfalls eine zeitlang ignoriert werden, entziehen kann sich ihr auf die Dauer keiner.

Globalisierung ist zweifellos ein in starkem Maße ökonomisches Phänomen. Durch den Abbau zwischenstaatlicher Hindernisse ist es insbesondere großen, kapitalkräftigen Unternehmen erleichtert worden, sich in Ländern mit geringen Lohnkosten, minimalen umweltpolitischen Auflagen, niedrigen Steuern sowie wenig ausgeprägten sozialen Sicherungssystemen niederzulassen. Sie sparen zudem den Export aus ihren Herkunftsländern in diese Regionen. Was für den produzierenden Bereich zutrifft, gilt auch für den Dienstleistungssektor.

Zu keiner Zeit dürfen dabei jedoch die Folgen des Globalisierungsprozesses mit den Maßnahmen und Faktoren verwechselt werden, die ihn vorantreiben. Eine niedrigere Steuerlast in einem anderen Staat als dem eigenen, um nur ein Entscheidungskriterium von vielen anzuführen, wird für ein Unternehmen überhaupt erst dann von Nutzen sein, wenn es sich ohne große Mühen in dem steuerlich und auch sonst günstiger erscheinenden Staat niederlassen kann.

Eine gewöhnlich gar nicht sichtbare Folge der außenwirtschaftlichen Liberalisierung ist, dass nationale Firmenschilder mitunter ebenso irreführend sind wie die Herkunftsangaben ihrer Waren, da die Produkte oft aus Teilen zusammengesetzt sind, die in verschiedenen Staaten gefertigt wurden.

Längst schon - wenn auch nicht immer bewußt - verhalten sich auch die Konsumenten genauso global wie die großen Produzenten. Der Käufer sucht nach preiswerten Produkten und nutzt dabei die kostengünstigeren Herstellungsbedingungen in anderen Staaten. Ein Blick auf die Herkunftsetiketten der Alltagskleidung oder auf viele Spielsachen in den Kinderzimmern bestätigt diese globale Konsumorientierung.

Unter globalen Wettbewerbsbedingungen sind an einem Industriestandort wie Deutschland vor allem solche Arbeitsplätze gefährdet, für die schon einfache Qualifikationen ausreichen. Gefragt sind dagegen ein hohes Ausbildungsniveau und innovative Fähigkeiten, die zudem weltweit eingesetzt werden können. Sie werden überdurchschnittlich gut bezahlt und vergrößern unter globalen Wettbewerbsbedingungen die ohnehin bestehende Spanne zwischen Spitzenverdienern und den Lohnempfängern am unteren Ende der Einkommensskala.

Zwischenstaatliche Konkurrenz. In einer weitgehend globalisierten Welt konkurrieren neben den Waren- und Arbeitsmärkten aber auch ganze Staaten aufgrund ihrer unterschiedlichen sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse als Produktionsstandorte gegeneinander. Deshalb wird auch in Deutschland darüber diskutiert, ob es als Wirtschaftsstandort noch konkurrenzfähig ist oder ob seine hohen Sozialstandards, die Steuerlast, die ökologischen Schutzvorschriften und seine arbeitsrechtlichen Regelungen, wie zum Beispiel Kündigungsschutzbestimmungen, im globalen Wettbewerb hinderlich geworden sind. Denn Konkurrenz findet keineswegs nur in den Staaten, sondern auch zwischen ihnen statt. Sie sind folglich daran interessiert, ihre wirtschaftlichen Standortbedingungen zu verbessern. Beispielsweise senken sie die Unternehmenssteuern in der Hoffnung, die Einnahmelücken durch zusätzliche Investitionen nicht zuletzt von ausländischen Unternehmen, durch eine insgesamt höhere Wirtschaftsleistung und damit ein höheres Steueraufkommen wieder schließen zu können.

Andererseits hat diese Konkurrenz unter den Staaten dazu geführt, dass immer wieder die Forderung erhoben wird, sich auf Produktionsbedingungen und Regeln zu einigen, die für alle Staaten gelten. Ein Staat soll nur deshalb besonders konkurrenzfähig sein, weil er seinen Arbeiterinnen und Arbeitern schlechte Arbeitsbedingungen bietet, sie

gegen Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit nicht absichert oder auf Umweltauflagen verzichtet.

Industrie- und Entwicklungsländer. Eine Gefahr des Globalisierungsprozesses besteht darin, daß die ohnehin schon bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Industriestaaten im Norden und vielen Entwicklungsländern im Süden sich vergrößern. Generell trifft zwar zu, daß es Staaten, die außenwirtschaftlich eine liberale Politik betreiben und sich gegenüber dem weltweiten Handel öffnen, besser geht als solchen, die ihre Wirtschaft durch Zölle und andere Maßnahmen vor der Außenwelt abzuschütten versuchen (Protektionisten). Doch vor allem die Staaten, die erst am Anfang einer industriellen Entwicklung stehen und in denen noch keine oder allenfalls nur geringe marktwirtschaftliche Erfahrungen gesammelt werden konnten, haben es schwer, sich angesichts der weitweiten Konkurrenz zu behaupten. Dazu zählen in erster Linie Staaten aus der so genannten Dritten Welt. Der Sonderfall der Volkswirtschaften, die sich im Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft befinden, -- auch sie integrieren sich stärker in die Weltwirtschaft -- wird hier nicht eingehend untersucht. Der Ausdruck „Übergangsland“ verliert seinen Sinn. Einige Länder (z.B. Polen und Ungarn) nähern sich recht schnell der Struktur und der Leistung der fortgeschrittenen Länder an. Andere (wie die meisten Länder der ehemaligen Sowjetunion) stehen vor langfristigen strukturellen und institutionellen Problemen, die denen der Entwicklungsländer ähnlich sind.

Die internationale Mobilität großer Unternehmen ist als ein Abstreifen nationalstaatlicher Fesseln beschrieben worden. So beschäftigte Siemens 1996 379000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von diesen arbeiteten 176000 in 300 Fertigungsstätten in über 50 verschiedenen Ländern. Zumindest mit Blick auf die global operierenden Unternehmen stellt sich daher die Frage, welche Auswirkungen diese Vielzahl von Produktionsstandorten unter einem Firmendach auf die Tarifverhandlungen hat. Verlieren das Streikrecht und Verhandlungen über Sozialstandards in den Branchen an Bedeutung, die zunehmend leichter in ein anderes Land ausweichen oder zumindest damit drohen können? Auch wenn die Lohnkosten für ein Unternehmen in der Standortfrage nur ein Entscheidungskriterium unter vielen darstellt und hohe Gebäude- und Maschineninvestitionen ja nicht beliebig in andere, lohngünstigere Länder verfrachtet werden können, werden bei Tarifverhandlungen die Ausweichmöglichkeiten einer globalen Firmenpolitik schon jetzt in Betracht gezogen. Was für global operierende Unternehmen gilt, trifft in zunehmendem Maße auch für einige, allerdings noch wenige besonders qualifizierte Berufsgruppen zu. Wer etwa seine Fähigkeiten mit Hilfe des Internet weltweit anbieten kann, muß zwar seinen Standort nicht verändern, kann aber von zu Hause aus sein Wissen dort einbringen, wo es sich am besten bezahlt macht. Er wird zu einem nationalen wie aber auch internationalen Heimarbeiter. Als solcher arbeitet er dann gewissermaßen in einer virtuellen Firma. Das heißt, eine Einzelperson setzt sich mit Hilfe der neuen Kommunikationsmöglichkeiten einem internationalen Wettbewerb aus. Sie wird dadurch ebenso in die weltweite Arbeitsteilung einbezogen, wie dies bei großen Unternehmen der Fall ist. Ist angesichts dieser Entwicklung die Aussage zutreffend,

daß das Industriezeitalter Arbeit für die Massen gebracht hat, wohingegen das Informationszeitalter nur noch Arbeit für eine kleine Elite bietet?

Die Wirklichkeit ist zweifellos komplizierter, als in diesem Gegensatzpaar ausgedrückt wird. In den Industriestaaten sind durch die Globalisierung zwar viele einfache Tätigkeiten weggefallen, gleichzeitig ist aber beispielsweise insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien ein neuer und ständig expandierender Arbeitsmarkt entstanden, der an die Ausbildung allerdings hohe Anforderungen stellt.

Kulturelle Veränderungen. Vielfach wird der Globalisierungsprozess ausschließlich auf ökonomischem Gebiet betrachtet. Dort lässt er sich genauer beobachten und auch anhand von Indikatoren quantifizieren. Während sich von 1985 bis 1995 die Weltproduktion etwa verdoppelt hat, wuchs der Welthandel im gleichen Zeitraum um das zweieinhalbfache. Die Bedeutung der Globalisierung für die Kultur lässt sich dagegen weder exakt belegen noch ist sie unumstritten.

Es ist leicht nachvollziehbar, dass die globalen Kommunikations- und Informationssysteme die unterschiedlichen nationalen wie regionalen Kulturen nicht unbeeinflusst lassen und mitunter bis in alltägliche Gewohnheiten hinein verändern.

Oft wird Globalisierung kritisch als kulturelle Nivellierung angesehen. Dies geschieht vor allem in den Fällen, in denen aus wirtschaftlichen und finanziellen Interessen einheitliche Standards weltweit festgelegt oder kulturelle Werke mit großem Werbeaufwand international durchgesetzt werden. Im Bereich der Unterhaltungsindustrie, wobei schon der Begriff aufhorchen läßt, begegnen wir diesen Phänomenen am häufigsten. Vermittelt durch das Fernsehen, Filme sowie durch Musik wird sogar ein Lebensstil geprägt, dessen Bedeutung weit über sein Ursprungsland hinausreicht. Die Weltgeltung der englischen Sprache ist dabei ein wichtiges Medium.

In der Mode, insoweit auch sie Ausdruck kultureller Eigenart ist, wird die Kommerzialisierung besonders offensichtlich. Das Interesse an bestimmten Kleidungs- und Schuhmarken soll sich nach Möglichkeit nicht allein in ihrem Gebrauchswert erschöpfen. Sie werden vielmehr zum Träger symbolischer Bedeutungen, zu Repräsentanten eines erstrebenswerten Lebensstils. Wer an ihm teilhaben will, muß sich mit bestimmten käuflichen Insignien auch dann ausstatten, wenn sie aus einer fremden Welt (Kultur) stammen. Diese Vermengung von Kultur und Kommerz stellt vielfach die jahrhundertlange enge Zusammengehörigkeit zwischen einem geographischen Raum und seinen kulturellen Merkmalen in Frage.

Kultur muß, wenn sie als Produkt global operierender wirtschaftlicher Interessen eingesetzt wird, weltweit verständlich und akzeptabel sein. So wird ein Zeichentrickfilm seiner Rolle als Träger einer konsumorientierten Massenkultur optimal gerecht, wenn er sich in Asien möglichst ebenso verkaufen läßt wie in seinem westlichen Herstellungsland.

Die kulturellen Wirkungen des Globalisierungsprozesses sind zweischneidig. Nicht selten verursacht er Spannungen zwischen der Offenheit eines Staates auf der einen und dem tiefsitzenden Bedürfnis seiner Bürgerinnen und Bürger nach kultureller Eigenständigkeit auf der anderen Seite, insofern ist die Globalisierung an der Mobilisierung kultureller und religiöser Gegenbewegungen wie ethnischer Fragmentierungen durchaus beteiligt. So haben lokale und regionale Traditionen wie zum Beispiel Dialekte nicht zuletzt auch in Reaktion auf den Prozeß der Globalisierung neues Leben gewonnen. Sie vermitteln ein Gefühl der Vertrautheit, das die virtuelle Welt nicht bieten kann. Auch das Kopftuch einer Muslimin kann in diesem Zusammenhang durchaus auf zweierlei hinweisen, auf Religiosität und/oder kulturelle Zugehörigkeit.

Angleichungstendenzen, aber auch Rückbesinnung auf Eigenständigkeit zeigen sich auch in den Diskussionen um die weitweite Geltung von Wert vor Stellungen. Daß sich immer mehr Staaten zumindest in ihren offiziellen Verlautbarungen zu den Menschenrechten bekennen und Dokumente unterzeichnen, in denen beispielsweise die physische Unversehrtheit des Einzelnen, seine freien Entfaltungsmöglichkeiten und die ungehinderte Praktizierung seiner religiösen Überzeugungen vereinbart werden, ist sicherlich auch die Folge der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen der Völker und Staaten. Gleichzeitig melden sich jedoch auch hier Gegenstimmen. Da ist dann von einem Werte- und Kulturimperialismus der westlichen Welt die Rede, der auf ganz andere Traditionen, etwa Chinas, keine Rücksicht nehme. Typisch westlich sei es, den einzelnen Menschen herauszustellen, wohingegen in Asien der Vorrang der Gemeinschaft gelte. Auch im Bereich der Menschenrechte bewirkt der Prozess der Globalisierung offenbar beides: Ein zunehmendes Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte auf der einen Seite, aber gleichzeitig auch eine ausdrücklichere Rückbesinnung auf eigene Überzeugungen und Traditionen.

Sinkender staatlicher Einfluss. Immer mehr Aktivitäten überschreiten die Grenzen national staatlicher Zuständigkeit. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat den Prozess der Globalisierung zusätzlich dynamisiert und lässt Staaten und Regionen an ihm teilhaben, die sich unter den Bedingungen der militärischen Konfrontation gegenüber ihrer Außenwelt abgeschottet hatten. Indem Staaten den global handelnden Unternehmen und internationalen Finanzströmen den Weg ebnen, verringern sie ihre Handlungskompetenzen und schwächen ihre traditionellen wirtschafts- und finanzpolitischen Steuerungsinstrumente wie beispielsweise Steuern und Zinsen. So stellt sich zunehmend die Frage, inwieweit Staaten ihre Souveränität aufs Spiel setzen, wenn sie den Regulierungsmechanismen des Marktes im Zuge außenwirtschaftlicher Liberalisierungen und innerstaatlicher Deregulierungen einen immer größeren Einfluss einräumen. Was bedeutet es also, wenn die Aufgaben, die vormals jede Regierung für sich lösen musste, zunehmend zu Angelegenheiten werden, die jenseits nationalstaatlicher Kompetenz anfallen und nur noch im Verbund mit anderen wahrgenommen werden können.

Wenn im Verlauf der Globalisierung die Bedeutung staatlicher Grenzen zurückgeht und nichtstaatliche Akteure zunehmend Wirtschaft, Handel, Gesellschaft und die internationalen Beziehungen beeinflussen, werden auch die Prinzipien einer funktionsfähigen Demokratie nicht unverändert bleiben können. Wahlen haben - sieht man von denen zum Europäischen Parlament ab - eine ausschließlich innerstaatliche Rolle. Die demokratische Kontrolle durch den Bürger und die von ihm gewählten Institutionen richtet sich auf den jeweiligen Einzelstaat und seine Organe. Eine ähnliche Kontrolle gegenüber den Wirtschaftseinheiten, die den Nationalstaat in einer sich globalisierenden Welt zunehmend hinter sich lassen, besteht indessen nicht.

Supranationaler Umweltschutz. Auch im Bereich des Umweltschutzes wird der nationalstaatliche Einfluss immer geringer. Es wäre nicht nur ein vergebliches Unterfangen, den „sauren Regen“ in nur einem Staat bekämpfen zu wollen, sondern aufgrund umweltpolitischer Auflagen auch eine einseitige Belastung des jeweiligen Wirtschaftsstandorts. So wie ein Staat nicht allein für bessere Luftwerte sorgen kann, ist auch kein Anrainer der Nordsee oder der Ostsee allein in der Lage, die Wasserqualität in beiden Meeren dauerhaft zu verbessern.

Viele Beispiele ließen sich dafür nennen, wie durch den steigenden Grad weltwirtschaftlicher Verflechtung die Staaten dazu gezwungen werden, gemeinsam nach Problemlösungen zu suchen. Die sozialpolitischen Bedingungen in einem Staat werden in dem Augenblick für andere zu einem Problem, wenn sie aufgrund ihres niedrigen Niveaus dazu beitragen, die Wettbewerbssituation eines Staates deutlich zu verbessern. Allgemeingültige Sozialstandards rücken folglich zunehmend in das außenpolitische Blickfeld zumindest der Staaten, denen durch die Summe ihrer sozialen Leistungen auch höhere Produktionskosten entstehen. Gleiches gilt, wenn es darum geht, Monopole zu verhindern. Ganz allgemein gesprochen, könnte es in der Zukunft zu einem gemeinsamen Anliegen aller Staaten werden, den steuernden Einfluss auf die Weltwirtschaft zu bewahren und in Teilbereichen zurückzugewinnen. Wenn wirtschaftliche und finanzpolitische Turbulenzen in einer Region auf die übrigen Teile der Welt ausstrahlen, dann werden sie zu einer Angelegenheit aller. Internationale Foren und Organisationen sind eine Antwort auf einen Prozess, in dem die Einflussmöglichkeiten des einzelnen Staates zurückgehen.

*(Informationen zur politischen Bildung 2004, Heft 2
Grundlegende Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung zur
Globalisierung([http://www.bpb.de/publikationen/
UI1NL3,0,0,IZPB_Globalisierung.html](http://www.bpb.de/publikationen/UI1NL3,0,0,IZPB_Globalisierung.html))*

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Text 1. Die Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC)

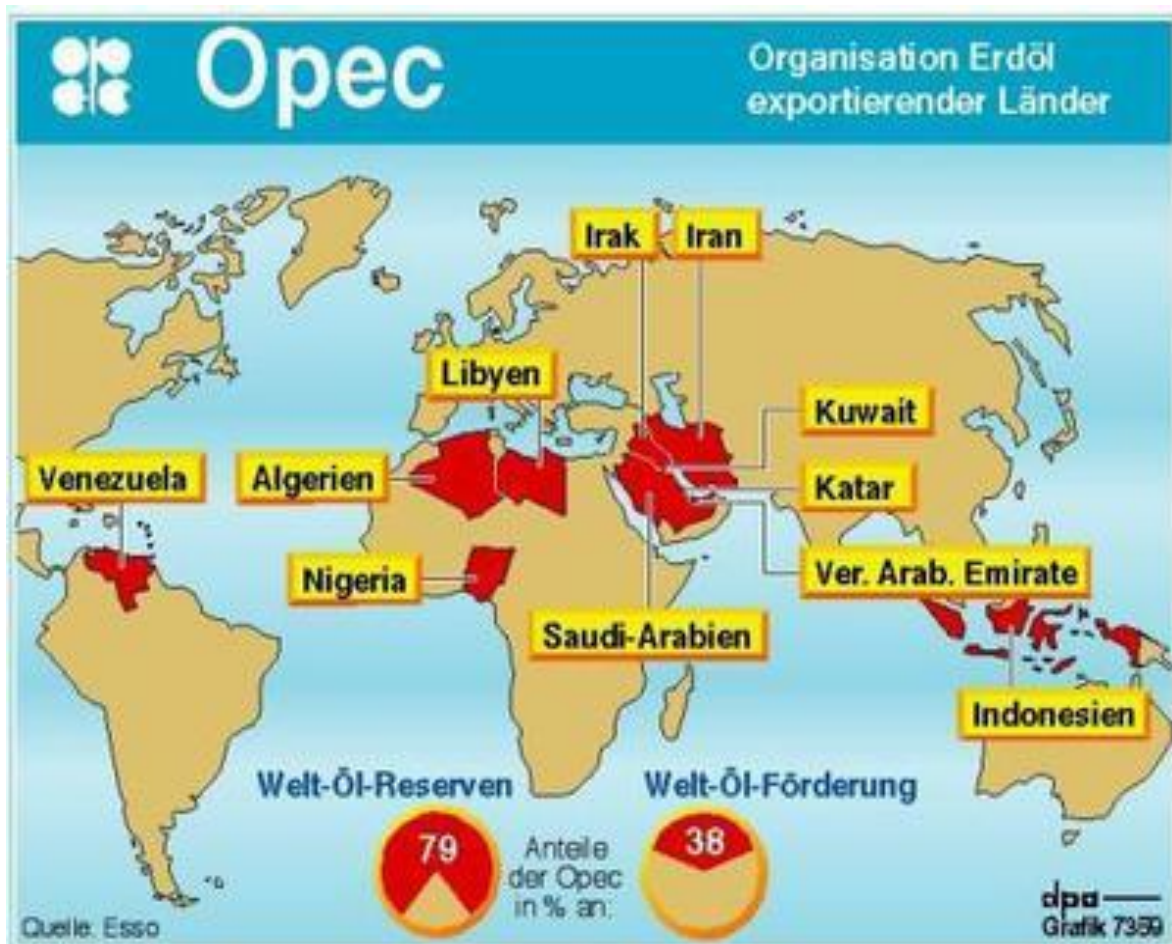
deutsch: OPEC - Organisation Erdöl exportierender Staaten

englisch: Organization of the Petroleum Exporting Countries

OPEC wurde im Zeitraum vom 10. bis 14. Dezember 1960 in Bagdad gegründet mit dem Ziel, den Erdölpreis zu stabilisieren. Die Gründung erfolgte auf Initiative des irakischen Ministerpräsidenten General Abd al-Karim Kasim (1914-1963).

Seit 1965 hat das Kartell seinen Sitz in Wien. Die ursprünglichen Mitglieder waren Iran, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela. Später schlossen sich weitere acht Staaten an: Katar, Indonesien, Libyen, die Vereinigten Arabischen Emirate, Algerien und Nigeria. Ecuador war von 1973 bis 1992 Mitglied und Gabun von 1975 bis 1994. Die OPEC – Mitgliedsstaaten fördern weltweit etwa 40% der weltweiten Erdölproduktion und verfügen über ca. drei Viertel der weltweiten Erdölreserven.

Mitgliedsstaaten



1. Algerien (seit 1969)
2. Indonesien (seit 1962)
3. Irak (seit 1960)
4. Iran (seit 1960)
5. Katar (seit 1961)
6. Kuwait (seit 1960)
7. Libyen (seit 1962)
8. Nigeria (seit 1971)
9. Saudi-Arabien (seit 1960)
10. V.A.E. Vereinigte Arabische Emirate (seit 1967)
11. Venezuela (seit 1960)

Auswirkungen der OPEC-Gründung. Die Gründung der OPEC hatte vorerst nur geringe Auswirkungen. Erst während der beiden Ölkrisen 1973 und 1979 begann die OPEC ihre Macht zu demonstrieren.

Organe und Einflussbereich:

- OPEC-Konferenz (halbjährlich) der Erdöl- und Finanzminister der Mitgliedsstaaten. Die Minister einigen sich auf eine Festlegung der Preise und Förderquoten.
- Gipfeltreffen der OPEC-Staaten, zuletzt 1975 und 2000.
- Gouverneursrat (halbjährlich).
- Generalsekretariat.

Die OPEC hat die Möglichkeit, die Förderquoten von Erdöl in den diversen Mitgliedsstaaten zu regulieren und somit den Ölpreis hoch zu halten. Bei Überschreitung der festgelegten Quoten kann die OPEC Sanktionen einleiten. Die Organisation funktioniert folgendermaßen: Zweimal jährlich treffen sich die für Energie und Erdöl zuständigen Minister der OPEC zur Ministerkonferenz um den Stand des Erdölmarktes zu beurteilen und dementsprechend Maßnahmen einzuleiten, die dazu dienen, das Angebot an Erdöl zu sichern. Diese Konferenz gibt anschließend die neuen Richtlinien preis.

Das OPEC-Sekretariat führt die exekutiven Funktionen aus. Ihm unterliegen Aufgaben, im Bereich Forschung, Energie und Finanzen. Außerdem werden Statistiken erstellt und veröffentlicht. Auch Vorträge und Seminare sind Aufgabenbereich des Sekretariats. Es verfügt auch über eine große Bibliothek, die den Vertretern der Mitgliedsstaaten sowie Forschern und Studenten offen steht. Finanziert wird das Sekretariat durch Beiträge der Mitgliedsstaaten.

Der Repräsentant der OPEC ist der Generalsekretär, der auch Leiter des Sekretariats ist. Dieser wird entweder für drei Jahre gewählt, oder alphabetisch durch das Rotationsprinzip für zwei Jahre ernannt. Abteilungen des Sekretariats sind: Forschung, Energiestudien, Wirtschaft und Finanzen, Datenservice, Personal und Verwaltung, OPECNA (OPEC-News Agency), Büro des Generalsekretärs und Recht.

Weitere Institutionen der OPEC. OPEC-Fonds für internationale Entwicklung, Sitz in Wien, Österreich, Generaldirektor seit Januar 2004: Al-Herbish.
OPECNA - OPEC News Agency, seit 1980 Sitz in Wien.

Ziele der OPEC sind Koordinierung der Erdölpolitiken in den Förderstaaten; Stabilisierung der Weltmarktpreise u.a. durch Regulierung der Fördermengen; "faire Erträge" für Investoren in der Erdölindustrie.

Die OPEC hat das offizielle Ziel, die Stabilität des Erdölmarktes zu erhalten und somit sein Gedeihen zu sichern. Diese Grundaussage wurde im Gründungsvertrag niedergelegt und beinhaltet die Koordinierung der verschiedenen Förderpolitiken, die Stabilisierung der Weltmarktpreise und politische Unterstützung der Mitgliedsstaaten, wenn sie aufgrund von Beschlüssen der OPEC Sanktionen ausgesetzt sind. Die Beweggründe für viele der getroffenen Maßnahmen sind aber oft von nationalen Interessen geprägt. Zum Beispiel während der Ölkrisen (siehe chronologische Übersicht) hat die OPEC nicht versucht, die Preise zu drosseln, sondern förderte die Hochpreispolitik so lange wie möglich.

Das Ziel der OPEC ist also eine gemeinsame Ölpolitik, unter anderem um sich gegen einen Preisverfall abzusichern. Durch Förderquoten für die einzelnen OPEC-Mitglieder soll die Erdölproduktion geregelt werden und somit, durch eine künstliche Verknappung oder eine Steigerung der Ölförderungen, der Preis für Erdöl gedrückt, stabilisiert oder angehoben werden.

Im Grunde genommen kann man von einem Preiskartell sprechen, dass immer versuchen wird, den Ölpreis auf einem Niveau zu halten, der für die OPEC-Mitglieder am günstigsten ist. Die OPEC ist bei der Festlegung der Förderquoten aber nicht sich selbst überlassen, sondern ist natürlich auch immer einem erheblichen Druck von Seiten der Industrieländer ausgesetzt. Außerdem kommt es auch vor, dass sich einzelne Mitglieder nicht an die festgesetzten Förderquoten halten um ihren eigenen Umsatz zu erhöhen und Devisen ins eigene Land zu bringen.

(Informationen zum Anschlag auf die OPEC-Konferenz, 1975)

Aufgaben

1. Übersetzen Sie ins Russische.

Der Erdölmarkt, das Gedeihen sichern, die Weltmarktpreise stabilisieren, den Preisverfall absichern, an die Förderquoten halten, die künstliche Verknappung, die Steigerung der Ölförderungen, die Preise drosseln, anheben, die Sanktionen aussetzen, den Umsatz erhöhen, sich überlassen, der Weltbedarf an Erdöl, der weltweite Ölverbrauch, auf den Tiefstwert senken, die Macht verlieren, den Richtpreis erhöhen

2. Finden Sie deutsche Äquivalente.

Вводить санкции, устанавливать квоты, выполнять функции, принимать меры, иметь в распоряжении, назначать представителя, выбирать на 3 года, согласовывать общую политику.

3. Was passt zusammen?

повысить цены	den wirtschaftlichen Wohlstand steigern
понижать цены	die Arbeitslosenzahl senken
создать рабочие места	die Arbeitsplätze schaffen
повысить число безработных	die Arbeitslosenzahl steigern
уменьшить число безработных	die Preise steigern
повысить экономическое благосостояние	die Preise senken

4. Was bedeuten folgende Zahlen im Text?

1960, 1975, 1973, 1961, 1962, 1971, 1967, 1979, 1980

5. Wie heißen die Verben?

Der Rückgang	<u>zurückgehen</u>	der Anstieg	_____
Die Abnahme	_____	die Erhöhung	_____
Die Verringerung	_____	die Zunahme	_____
Die Verkleinerung	_____	das Anwachsen	_____
Der Fall	_____	die Vermehrung	_____
Das Sinken	_____	die Vergrößerung	_____

6. Berichten Sie, welche Tendenzen zu folgenden Bereichen Ihnen aus Ihrem Land bekannt sind.

Arbeitslosenzahl, Erdöl-Produktion, Ausfuhr (Export), Einfuhr (Import), Lebenshaltungskosten, Spareinlagen; gleich bleiben, sich erhöhen, sinken, zunehmen, (an)steigen, (an)wachsen, anpassen; Bruttoinlandprodukt, Devisen, Risiko, Bankrott machen.

(MSD, S. 187)

Text 2. OPEC beschließt Beibehaltung der Ölfördermenge

Die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) hat bei der Sitzung vom 31. 7. 2003 in Wien angesichts weiterhin hoher Ölpreise ihre Förderquoten erwartungsgemäß unverändert gelassen. Die Ölminister wollen sich am 24. September erneut treffen, um ihre Förderpolitik auch mit Blick auf die bislang nur schleppend anlaufenden irakischen Ölexporte zu beraten.

Der Ölpreis gab nach der Entscheidung des Kartells, die Obergrenze der Förderung bei 25,4 Millionen Barrel pro Tag zu belassen, deutlich nach. Analysten rechnen 2003 nicht mehr mit kräftig sprudelnden Exporten des Irak und erwarten daher wie auch einige OPEC-Delegierte bis Jahresende keine Drosselung der Fördermengen des Kartells.

Der libysche OPEC-Vertreter Abdulhafidh Zlitni sagte nach dem fünften Treffen des Kartells in diesem Jahr: "Ich denke, vor dem ersten Quartal wird es keine Änderung mehr geben." Ein anderer hochrangiger Delegierter ergänzte: "Es ist zwar bitter für den Irak, aber in Abhängigkeit von den dortigen Entwicklungen könnten wir in diesem Jahr durchaus ohne weitere Quotenänderungen auskommen."

Die nur langsam wieder anlaufenden irakischen Ölausfuhren haben Hoffnungen der Verbraucherländer auf einen deutlichen Rückgang des Ölpreises nach dem Ende des Irak-Kriegs enttäuscht. Der Preis von NYMEX Crude zur Lieferung im September kostete am Abend des 31. 7. mit 30,54 Dollar rund 14 Cent weniger als kurz vor der OPEC - Entscheidung und war kaum verändert im Vergleich zum Vortag. Seit einigen Wochen ist der Preis wieder um mehr als vier Dollar gestiegen.

Plünderungen, Sabotage-Akte und Kriegsschäden haben den Bemühungen der Okkupanten VK und USA, die irakischen Ölanlagen nach der Besetzung des Irak schnell wieder aufzubauen, einen Rückschlag versetzt. Derzeit fördert der Irak nur rund eine Million Barrel pro Tag nach einer täglichen Kapazität von 2,8 Millionen Barrel vor dem Krieg. "Wenn der Irak, was zu erwarten ist, unter 1,5 Millionen Barrel pro Tag bleibt, sollte die OPEC mit ihren gegenwärtigen Förderquoten gut durch das Jahr kommen", sagte ein Energie-Experte. Das hohe Preisniveau und geringe Vorräte schafften dann gute Voraussetzungen für Drosselungen der Produktion im nächsten Jahr.

Sollten die irakischen Ölexporte aber weiter nicht in Gang kommen, müsste die OPEC bei einem weiteren Preisanstieg die Förderquoten möglicherweise sogar anheben. Denn der für die OPEC-Politik wichtige Durchschnittspreis verschiedener Ölsorten liegt derzeit mit 27,31 Dollar am oberen Ende der vom Kartell angestrebten Spanne von 22 bis 28 Dollar. "Wir haben immer versprochen: Wenn der Ölpreis über 28 Dollar steigt, werden wir die Produktion erhöhen", sagte OPEC-Präsident Abdullah el Attijah. Nach einer informellen Vereinbarung des Kartells erhöht die OPEC die Förderquoten, sobald der Preis an 20 aufeinander folgenden Arbeitstagen über der Marke von 28 Dollar liegt.

Das OPEC-Mitglied Irak hat an dem Treffen in Wien nicht teilgenommen. Das Kartell will erst dann eine irakische Delegation einladen, wenn das Land eine international anerkannte Regierung hat. Bald will der von den Besatzungsmächten eingesetzte Marionetten-Regierungsrat im Irak einen Ölminister benennen, der aber nicht als Delegationsleiter in Frage kommen dürfte, da die OPEC dieses Gremium nicht anerkennt.

OPEC reduziert die tatsächliche Fördermenge. Zur Stabilisierung des Ölpreises hat sich die OPEC am 24. 4. 2003 bei dem Treffen in Wien auf eine Absenkung der tatsächlichen täglichen Fördermenge um zwei Millionen Barrel geeinigt. OPEC-Präsident Abdullah bin Hamad el Attiyah erklärte nach einem Sondertreffen in Wien, ab 1. Juni sollten pro Tag 25,4 Millionen Barrel gefördert werden. Die offizielle Förderquote steigt aber damit dennoch um 900.000 Barrel pro Tag, da bisher inoffiziell mehr als die vorgeschriebene Quote gefördert wurde.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Überproduktion nach dem Ende des Irak-Krieges. Attijah sagte, auch die Lungenkrankheit SARS habe die Nachfrage nach Öl sinken lassen. Möglicherweise sei noch eine weitere Senkung der Förderquote beim nächsten OPEC-Treffen im Juni in Qatar notwendig. Zu Kriegsbeginn hatte die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) ihre selbst auferlegten Förderbeschränkungen von 24,5 Millionen Barrel am Tag aufgegeben und den Ländern erlaubt, ihre Förderung anzuheben, um eine Ölknappheit zu verhindern.

"Es ist wichtig, die Überversorgung zu reduzieren", sagte der venezolanische Ölminister Rafael Ramirez vor Beginn des Treffens. "Wir müssen mehr Disziplin zeigen." Falls dies nicht geschehe, werde die OPEC den anvisierten Preis von etwa 25 Dollar pro Barrel nicht halten können. Vor Beginn des Krieges im Irak lag der Preis für einen Barrel Öl bei fast 40 Dollar. Am 24. 4. wurden in New York für ein Barrel 26,71 Dollar bezahlt.

Attijah erklärte vor den Gesprächen, derzeit würden täglich zwei Millionen Barrel Öl mehr gefördert, als der Weltmarkt benötige. Die OPEC kann die Überproduktion auf zwei Wegen reduzieren: Sie kann die offizielle Gesamtfördermenge pro Tag herabsetzen oder auf die Mitglieder einwirken, die derzeit mehr fördern, als sie nach ihrer Quote dürfen. Nach dem Sturz von Saddam Hussein war der Irak bei dem Treffen in Wien nicht vertreten. In der Vergangenheit hatte der Kulturattaché der irakischen Botschaft in Wien an den Treffen teilgenommen. Er habe auch für die Gespräche am 24.04. eine Einladung erhalten, diese aber abgelehnt.

Abdullah el Attyjah sagte, die OPEC hoffe, der Irak werde schnell wieder aktives Mitglied der Organisation werden. Es wurden folgende Fördermengen für die einzelnen Mitglieder vereinbart (Tausend Barrel pro Tag): Algerien 811, Indonesien 1317, Iran 3729, Kuwait 2038, Libyen 1360, Nigeria 2092, Qatar 658, Saudi Arabien 8256, Vereinigte Arabische Emirate 2217, Venezuela 2923.

(24. April. 2003)

Ölfördermenge soll vorläufig beibehalten werden. Die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) ist uneinig, wie sie auf einen möglichen Kriegausbruch im Irak reagieren soll. In informellen Beratungen vor der Halbjahrestagung in Wien wurden am Nachmittag des 11. 3. die Differenzen deutlich. Nach den Worten des algerischen Ölministers Chakib Khelil ist daher

vorerst weder mit einem konkreten Krisenplan noch mit Änderungen der geltenden Förderquoten zu rechnen.

Ursprünglich war spekuliert worden, die OPEC könnte ihr Quotensystem bei Kriegsausbruch völlig aufgeben. Später hatte es geheißen, in Wien könnte eine Ausweitung der Fördermenge von derzeit offiziell 24,5 Millionen Barrel (je 159 Liter) täglich um zehn bis 20 Prozent beschlossen werden. Vor allem die Kritiker eines US-Angriffes wie Iran hatten sich zuletzt aber vehement gegen jede Erhöhung der Produktion ausgesprochen, um damit den Eindruck zu vermeiden, die OPEC unterstütze die USA.

Die Minister bekennen sich in ihrer Abschlusserklärung lediglich dazu, alles gegen eine Unterversorgung der Märkte zu unternehmen, sollte dies notwendig werden. Damit sollen die Ölmärkte beruhigt werden. An der Tagung nahm auch der Energieminister des Nicht-OPEC-Landes Russland teil, was von den Konferenzteilnehmern als ein Zeichen der Solidarität Russlands mit den OPEC-Ländern gewürdigt wurde.

Der Ölpreis hatte im Vorfeld der Wiener Tagung die Marke von 33 Dollar nach oben durchbrochen. Der Durchschnittspreis für das Barrel habe am Vortag bei 33,11 Dollar gelegen, teilte das OPEC-Sekretariat in Wien mit. Am 7. 3. 2003 kostete das Barrel 32,79 Dollar. Die OPEC strebt einen Höchstpreis von 28 Dollar an. Die nächste ordentliche OPEC-Tagung soll am 24. 9. 2003 in Wien stattfinden. Im Juni ist eine außerordentliche Konferenz geplant.

(11. März 2003)

Aufgaben

1. Finden Sie im Text die Sätze mit folgenden Ausdrücken und übersetzen Sie ins Russische.

Förderpolitik beraten, die Obergrenze belassen, Drosselung der Fördermengen erwerben, ohne Änderungen auskommen, Hoffnungen auf den Rückgang haben, einen Rückschlag versetzen, in Gang kommen, in Frage kommen.

2. Finden Sie im Text die Sätze mit folgenden Substantiven und ersetzen sie durch Verben.

Die Stabilisierung, die Absenkung, die Senkung, die Förderbeschränkung, die Förderung, die Überversorgung, die Einladung, die Änderung, die Tagung.

3. Wie heißen die fehlenden Präpositionen?

_____ Durchbruch	kommen	_____ Verfügung	stehen
_____ Gang	kommen	_____ Anfang	stehen
_____ Stillstand	kommen	_____ Einklang	stehen

_____ Schluss kommen
 _____ Sprache kommen
 _____ Ergebnis kommen
 _____ Wohlstand kommen

_____ Druck stehen
 _____ Aussicht stellen
 _____ Frage stellen

(Mittelstufe Deutsch. Johannes Schumann,
 1. Auflage, 2000 Max Hueber Verlag,
 D-85737 Ismaning,, S.149)

4. Fassen Sie den Inhalt der Texte kurz zusammen. Gebrauchen Sie dabei die Redewendungen aus Übung 3.

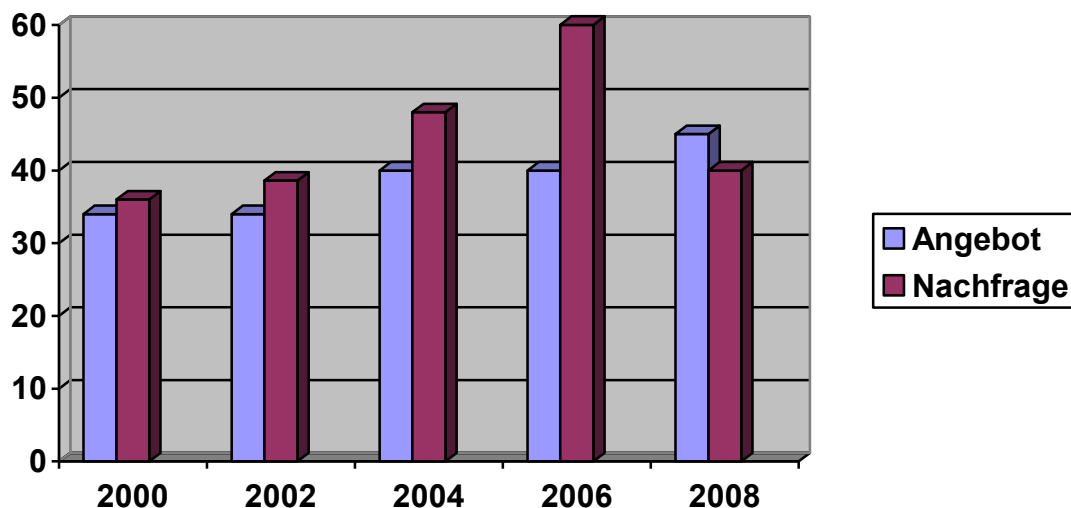
5. Lesen Sie laut.

1,01 Euro, 16,17 Euro; 27, 76 Euro; 666,77 Euro; 989 m; 1,50 m; 112 kg; 3736 km;
 86 m²; 4278 \$; 28,4 %; §§ 199-200; 654 321; 750 g; 16 mm; 37,5 sec; 14.35 Uhr;
 69,09 Euro; -10 Grad; 23.15 Uhr; 4711; 1/2; 1/5; 2/3; 1/10; 3/4; 1/20; 29/30; 32 m²;
 0,896 cm; 57 876; 42.653; 1247.589.460

(Mittelstufe Deutsch. Johannes Schumann,
 1. Auflage, 2000 Max Hueber Verlag,
 D-85737 Ismaning, S.143)

6. Beschreiben Sie dieses Schema über Ölpreise. Gebrauchen Sie dabei folgende Wörter.

Die Graphik, veranschaulichen, die Spalte, die Zeile, steigen, senken, bedeuten, die Rezession, das Preissystem, die Preisbildung, gewährleisten, profitieren.



7. Erzählen Sie kurz über die Gründung der OPEC nach folgender Gliederung.

- 1) Wann wurde die OPEC gebildet.
- 2) Wo liegt ihr Sitz.
- 3) Welche Länder initiierten die Gründung der OPEC.

4) Nennen Sie die wichtigsten Ziele dieser Organisation.

8. Setzen Sie folgende Wörter ein.

Gründung, vereinbaren, streben, fördern, halbjährlich, der Ölpreis, verlangen Rezession, beschließen, senken, Überproduktion, der Preisverfall, veranlassen, erhöhen, verlieren, die Förderabsprachen.

Chronologische Übersicht über Maßnahmen der OPEC

14. September 1960: _____ auf Initiative Venezuelas in Bagdad durch die Länder Irak, Iran, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela.

1965 wurde Wien zum Sitz der OPEC. Die Länder _____ eine gemeinsame Förderpolitik zur Stützung der Preise.

1970 wurde eine Anhebung der Rohölpreise um 30% beschlossen und die Steuern der Ölgesellschaften auf mindestens 55% der Nettoeinnahmen angehoben.

1971 wurden nach Verhandlungen mit anderen Ölkonzernen die Rohölpreise angehoben. Weiter _____ die OPEC einen Staatsanteil von über 50% an. Die Verstaatlichung erfolgte erst 1974.

1973 stieg der Ölpreis in Zusammenhang mit dem Jom-Kippur-Krieg und dem arabischen Ölboykott gegenüber westlichen Staaten von **1972** 2.89 US-\$ pro Barrel auf 11.65\$ an. Zu dieser Zeit _____ die OPEC-Staaten 55% des Weltbedarfes an Erdöl. Dieser Zeitraum wird als 1. Ölkrise bezeichnet.

1974 bis **1978** wurden die Ölpreise meist _____ um 5-10% erhöht, um die Inflation des US-\$ zu kompensieren.

1979 kam die 2. Ölkrise. Nach der islamischen Revolution wurde ... von 15.5 auf 24 US-\$ pro Barrel angehoben; Lybien, Algerien und der Irak _____ sogar 30 US-\$ für ihr Öl.

1980 war der Höhepunkt der Hochpreispolitik der OPEC, Lybien verlangte 41 US-\$, Arabien 32 US-\$ und die restlichen OPEC Staaten 36 US-\$ pro Barrel.

1981 verringerte sich der Ölabsatz. Die Industriestaaten waren in _____ und aufgrund der 1. Ölkrise und der hohen Erdölpreise investierten viele Länder in alternative Energiequellen, was in den Jahren **1979** bis **1983** den weltweiten Ölverbrauch um 11% senkte und den OPEC-Weltmarktanteil auf 40% senkte.

1982 wurde eine Produktionsdrosselung beschlossen, die jedoch nicht eingehalten wurde. Der OPEC-Anteil an der Weltölförderung sank auf 33% und **1985** nur auf 30%; die Förderung sank auf den Tiefstwert von 17.34 Mio Barrel pro Tag.

1983 wurden die Ölpreise von 34 auf 29 US-\$/Barrel _____, die Förderquote wurde von 18.5 auf 16 Mio. Barrel pro Tag gesenkt. Das Kartell OPEC verlor an Macht.

1986 stürzte der Preis wegen weltweiter _____ an Rohöl und dem Versuch einiger OPEC-Staaten, ihre Weltmarktstellung durch Preissenkungen zu verbessern, auf weniger als 10 US-\$ pro Barrel. Durch diesen starken _____ war die OPEC in einer Krise, was die Minister dazu _____, **1988** auch Tagungen mit den Staaten der IPEC, den "Independent Petroleum Exporting Countries", zu führen. Diese hatten aber keinen großen Effekt.

1990 wurde der Richtpreis von 18 auf 21 US-\$ pro Barrel erhöht. Das Preisziel wurde nur aufgrund des Golfkriegs und der Invasion Kuwaits erreicht. In den Jahren **1990** bis **1994** wurde die Fördermenge um 8.5 Prozent erhöht, trotzdem sind die Einnahmen durch den Erdölexport von durchschnittlich 143 Milliarden auf 126 Milliarden US-\$ pro Jahr gesunken.

Prinzipiell ist zu erkennen, dass die OPEC seit den **1980er** Jahren stark an Macht und wirtschaftlichem Einfluss _____ hat. Das hat mehrere Gründe. Durch den plötzlichen Anstieg der Erdölpreise in den **1970er** Jahren beziehen viele Staaten einen geringeren Energieanteil von Erdöl, sondern investierten in alternative Energiequellen. Auch die Erschließung von eigenen Rohölquellen ist stärker fortgeschritten. Auch intern hat die OPEC an Macht verloren, weshalb sich auch einige Mitgliedsstaaten nicht an die _____ halten.

Text 3. Die Welthandelsorganisation

Einführung. Die zunehmende Liberalisierung des Welthandels ist eine der treibenden Kräfte für das Wachstum der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten gewesen. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges wurden in immer neuen Runden Internationale Verhandlungen geführt, um das Welthandelssystem weiterzuentwickeln. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten diese Bemühungen mit dem Abschluss der so genannten Uruguay-Runde durch die Unterzeichnung der Schlussakte von Marrakesch (Marokko) am 15. April 1994. Damit konnte zum 1. Januar 1995 das Übereinkommen zur Errichtung einer Welthandelsorganisation (WTO - „World Trade Organisation“) in Kraft treten, welches einen Ordnungsrahmen für ein weltweites Handelssystem darstellt.

Was ist die WTO? Die WTO ist die Nachfolgeorganisation des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Der Sitz der WTO ist in Genf (Schweiz). Sie schafft völkerrechtlich verbindliche Regeln für den internationalen Handelsverkehr. Gegenwärtig zählt die WTO 144 Mitglieder. Zahlreiche weitere Staaten haben den Wunsch geäußert die WTO beizutreten. Mehr als zwei Drittel der WTO-Mitglieder sind Entwicklungsländer. In den Organen der WTO sind jeweils alle Mitglieder vertreten.

Vom Gatt zur WTO. Freier Handel führt regelmäßig für alle Beteiligten zu einem Wohlstandsgewinn. Diese Erkenntnis liegt den Bemühungen zu Grunde, ein freies multilaterales Welthandelssystem zu schaffen. Begründet wird diese Erkenntnis durch die Theorie der komparativen Vorteile. Nach dieser Theorie können alle Staaten ein Höchstmass an Nutzen dadurch erzielen, dass sich die einzelnen Staaten auf die Produktion der Güter spezialisieren, die sie am besten, d.h. am kostengünstigsten herstellen können, und diese Produkte dann untereinander frei handeln (optimale Ressourcennutzung durch internationale Arbeitsteilung).

Dementsprechend liegt die wichtigste Aufgabe der internationalen Handelspolitik darin, die Rahmenbedingungen für einen freien Welthandel zu schaffen.

Bis zur Gründung der WTO wurden die multilateralen Rahmenbedingungen für den Welthandel in erster Linie im Rahmen des 1948 ins Leben gerufenen Allgemeinen Zoll und Handelsabkommen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) verhandelt. In insgesamt 8 GATT-Verhandlungsrunden, die sich inhaltlich in drei Phasen gliedern lassen, wurden schrittweise die Rahmenbedingungen für den Welthandel festgelegt.

1. Phase

Gründung des GATT einschließlich der Zollessenkrundungen bis zur so genannten "Dillon-Runde"

5 Verhandlungsrunden von 1947 bis 1962

2. Phase

Einbeziehung der nichttarifären Handelshemmnisse im Rahmen der so genannten "Kennedy"- und "Tokyo-Runde". Verhandlungsrunden bis 1977

3. Phase

Konstituierung einer Welthandelsrunde in der "Uruguay"- Runde

1 Verhandlungsrunde von 1986 bis 1994

In der Uruguay-Runde wurde ein sehr umfassendes Verhandlungspaket verabschiedet. Zu den wesentlichen Ergebnissen der Uruguay-Runde zählt die Gründung der WTO, die Ausweitung des multilateralen Handelssystems auf die Bereiche Dienstleistungen und den Schutz geistigen Eigentums, die Verabschiedung verbindlicher Regelungen hinsichtlich nichttarifärer Handelshemmnisse sowie die Einrichtung eines effektiven Streitschlichtungsverfahrens. Schließlich wurde die Landwirtschaft durch das WTO-Agrarübereinkommen erstmals umfassend in das multilaterale Handelssystem integriert.

Durch alle multilateralen Handelsübereinkommen ziehen sich folgende Grundsätze:

Liberalisierung

Die WTO will weltweit Zölle abbauen und weitere Handelshemmnisse beseitigen. Allerdings versteht sich die WTO nicht als Freihandelsorganisation. Zölle sind also grundsätzlich gestattet.

Wechselseitigkeit (Reziprozität)

Alle handelspolitischen Abkommen, die WTO-Staaten bestimmen, müssen gegenseitig gültig sein.

Meistbegünstigung

Nach diesem Grundsatz ist ein Staat verpflichtet, alle handelspolitischen Vorteile insbesondere Zollermäßigungen, die er einem bestimmten Staat gewährt, auch allen anderen Staaten einzuräumen. Der Meistbegünstigungsgrundsatz ist eine Form des Diskriminierungsverbots.

Inländerbehandlung

Nach diesem Grundsatz müssen importierte und heimische Waren (z. B. mit Blick auf die steuerliche Behandlung oder bestimmte Standards) gleich behandelt werden. Auch dieser Grundsatz ist Ausdruck des Diskriminierungsverbots.

Voraussehbarkeit und Transparenz

Grundsätzlich sind alle Einfuhrbeschränkungen, die nicht Zölle sind, verboten. Die bei der Einfuhr erhobenen Zölle sind zu konsolidieren, d. h. jedes WTO-Mitglied muss die maximale Einfuhrbelastung für jedes Produkt im Voraus verbindlich festlegen und darf diese Höchstgrenze nicht einseitig anheben.

Von diesen Grundsätzen gibt es zahlreiche Ausnahmen; dies gilt insbesondere für den Bereich der Landwirtschaft.

WTO – Abkommen. Die WTO besteht aus Multilateralen Abkommen über den Handel mit Waren. Insbesondere das Allgemeine Zoll und Handelsabkommen 1994, Sonderabkommen über die Bereiche Landwirtschaft, sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen, Textilien und Bekleidung, technische Handelshemmnisse, handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (TRIMS), Dienstleistungen (GATS), Handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS), Regeln und Verfahren zur Streitbeilegung, Handelspolitischer Prüfungsmechanismus. Bei dem Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen handelt es sich um ein Plurilaterales, das nur für jene Mitgliedstaaten verbindlich ist, die dieses ratifiziert haben. Gleiches gilt für das 1996 abgeschlossene Informationstechnologieabkommen (ITA).

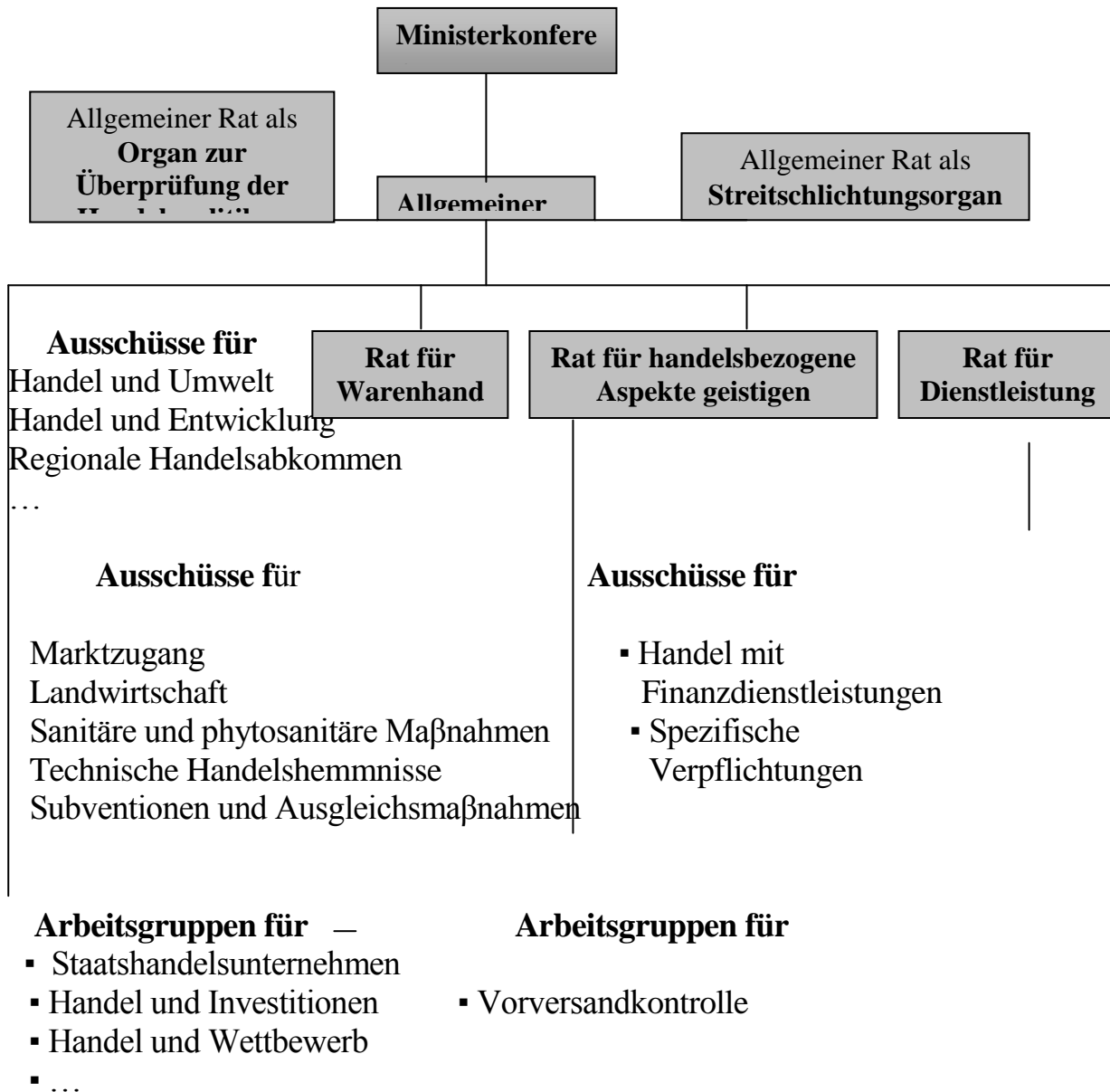
Die Organisationsstruktur der WTO. An der Spitze der WTO-Struktur steht die Ministerkonferenz, das oberste Entscheidungsorgan, das mindestens alle zwei Jahre tagt. Im Intervall zwischen den Ministerkonferenzen werden die Agenden der WTO vom Allgemeinen Rat wahrgenommen, der auch als Handelspolitisches Überprüfungsorgan sowie als Streitbeilegungsorgan zusammentritt.

Unterhalb des Allgemeinen Rates besteht eine Untergliederung in den Rat für Waren, den Rat für Dienstleistungen sowie den Rat für TRIPS (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) sowie einzelne Komitees (z.B.: das Komitee für Handel und Umwelt) und Arbeitsgruppen, die dem Allgemeinen Rat direkt untergeordnet sind. Alle wesentlichen Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Bei ihrer

Entscheidungsfindung werden die Organe der WTO von einem Sekretariat unterstützt. Der WTO-Rat fällt seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit, Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit.

Aufgaben

1. Beschreiben Sie das Schema.



2. Welche Ausdrücke sind bedeutungsähnlich? Wie heißen die Artikel?

Einkommen – Zuwachs – Flaute – Zusammenschluss – Firma – Absprache – Konsum – Arbeitnehmer – Besitz – Waren

_____ Eigentum _____
 _____ Fusion _____
 _____ Verbrauch _____

_____	Erwerbstätige	_____
_____	Güter	_____
_____	Einkünfte	_____
_____	Rezession	_____
_____	Wachstum	_____
_____	Unternehmen	_____
_____	Kartell	_____

(*Mittelstufe Deutsch. Johannes Schumann,*
1. Auflage, 2000 Max Hueber Verlag, S. 184)

3. Berichten Sie über die WTO nach folgender Gliederung.

- 1) Die Hauptziele und Aufgaben der WTO.
- 2) Wie ist die WTO organisiert?
- 3) Welche Hauptforderungen müssen die Beitrittsländer erfüllen?
- 4) Welche negativen Folgen hat die wirtschaftliche Globalisierung z.B. in Folge der Handelsliberalisierung (WTO)?

4. Diskutieren Sie zu folgenden Themen.

- 1) Warum setzen sich die Antiglobalisten gegen die WTO-Politik im Verhältnis zu den Entwicklungsländern ein?
- 2) Gewinn oder Verlust - Russlands Beitritt zur WTO.

5. Setzen Sie folgende Wörter ein. Bestimmen Sie auch das grammatische Geschlecht dieser Wörter.

Zusammenschlüsse, Fusionen, Abschlüsse, Besorgnis, Steigerung, Bedenken, Partnerschaften, Marktkonzentration, Herrschaft, Einfluss, Aufbau, Wahrnehmung, Einflussmöglichkeiten, Konzentrationstendenzen, Firmenübernahmen, Aktientäusche, Erfolgskriterium, Börsenwerte, Fusionswelle, Privatisierung, Handel, Globalisierung, Direktinvestitionen, Besitzwechsel, Konzerntochter, Kapitalengagement, Folge, Weltmarkt, Handel, Dienstleistungen, Welthandelsvolumen.

Fusionswelle

Der Trend zur Fusion von Aktiengesellschaften erhielt 1999 kräftigen Auftrieb - weltweit stieg der Wert der _____ und Übernahmen auf einen neuen Rekord von 3,4 Billionen Dollar (Dollarwert 1998). Der 40%-Anstieg seit dem letzten Rekordhoch von 2,5 Billionen Dollar erstaunt, war dieses doch erst 1998 zu vermelden. Seit 1980 ist der jährliche Wert der _____ um das 100-fache gestiegen - auf insgesamt 15 Billionen Dollar. Mehr als 32.000 _____ wurden 1999 bekannt gegeben, dreimal soviel wie 10 Jahre zuvor und mehr als 30 Mal soviel wie 1981.

Fusionen gelten als Mittel zur _____ des Shareholder Value (vgl. S. 214-215) und der Produktivität. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, dass sich diese Erwartungen nicht immer erfüllen. Aus breiterer Perspektive sind _____ ernst zu nehmen, dass Fusionen und vermehrte strategische _____ in vielen Branchen zu stärkerer _____ führen, so dass einige wenige Hersteller übermäßigen Einfluss auf den Markt gewinnen. Und Marktmacht setzt sich häufig in politischen _____ um.

Großunternehmen prägen die Arbeits- und Lebensweise von Milliarden Menschen entscheidend. So ist in den letzten Jahren die _____ darüber gewachsen, wie Biotechfirmen den genetischen _____ von Pflanzen und Nahrungsmitteln manipulieren, wie Medienriesen unsere _____ der Ereignisse bestimmen, wie hochmobile Unternehmen die gewerkschaftlichen _____ schwächen, wie die Kultur unter die _____ von Werbung und Sponsorschäften gerät und wie Unternehmerlobbys Wahlausgang und Gesetzgebung beeinflussen. Letztendlich bedrohen die _____ die Werte, die Demokratie und Arbeit tragen sowie Menschenrechte und Umweltqualität. (...)

In den 80er-Jahren handelte es sich bei den Fusionen vor allem um fremdfinanzierte _____ und die aufgekauften Unternehmen wurden in der Regel ausgeschlachtet. Heute geht es bei Fusionen eher um _____ als um Barabschlüsse. Die aufgeblähten _____ machen nun Abschlüsse von zuvor unvorstellbarem Umfang möglich.

Doch wird die derzeitige _____ auch vom allgemeinen Trend zur _____ staatlicher Unternehmen und Infrastruktureinrichtungen, von der Deregulierung und der Liberalisierung von _____, Investitionen und Kapitalmärkten getragen. Im Zeitalter der _____ gelten Größe und Reichweite eines Unternehmens mehr denn je als _____. Daher schlucken immer mehr Firmen ihre Konkurrenten (wenn sie nicht selbst geschluckt werden).

In den letzten Jahren bildeten grenzüberschreitende Fusionen den Motor für ausländische _____. Das bedeutet: Ein beträchtlicher Teil der Privatkapitalströme wird dazu verwendet, einen _____ bei vorhandenen Fertigungswerken und anderen Firmen herbeizuführen. Geht es bei einigen Aufkäufen um ein langfristiges _____, so handelt es sich bei anderen nur um das Vorspiel zur Unternehmensaufteilung - man behält die lukrativsten Teile, die anderen werden geschlossen oder verkauft.

Die Flutwelle der transnationalen Fusionen hat zur _____, dass multinationale Konzerne, insbesondere die größten, ihre ohnehin starke Position im _____ weiter ausbauen. Der firmeninterne _____ - also der Strom von Rohstoffen, Teilen, Fertigerzeugnissen und _____ von einer _____ in einem Land zu einer anderen in einem anderen Land - macht heute rund ein Drittel des _____ aus.

*(Michael Renner, Die Fusionswelle rollt//
Lesler R. Brown/Michael Renner/Brian Haiweil,
Vital Signs - Zeichen der Zeit 2000/2001.
Schwalbach 2000, S. 136-137)*

6. *Nächsten Sonntag sind Wahlen. Sie sind Politiker und wollen natürlich wieder gewählt werden. Mehrere Journalisten (Kursteilnehmer) stellen Ihnen einige gezielte Fragen. Sie dürfen aber nicht mit „ja“ oder „nein“ antworten, z.B.:*

- 1) Sind Sie dafür, ein Gesetz gegen Monopole zu ändern?
- 2) Ist Rohstoffhandel für Russland profitabel?
- 3) Sind Sie für oder gegen Beitritt Russlands in die WTO?

...

Text 4. Der IWF

Der **Internationale Währungsfonds** (IWF, englisch: *International Monetary Fund*, IMF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Er ist eine *Schwesterorganisation* der Weltbank-Gruppe und hat seinen Sitz in Washington. Der IWF wurde am 22. Juni 1944 durch eine internationale Übereinkunft gegründet und nahm am 27. Dezember 1945 seine Arbeit auf. Sie erfolgte aufgrund der Beschlüsse der Konferenz in Bretton Woods, einer Kleinstadt im US-Bundesstaat New Hampshire. Diese für den Wiederaufbau des Weltwirtschaftssystems entscheidenden Verhandlungen dauerten vom 1. Juli 1944 bis zum 22. Juli 1944. Der IWF wird daher zusammen mit der Weltbank-Gruppe als Bretton - Woods-Instruktion bezeichnet. Der IWF hat zurzeit (Stand 2005) 184 Mitgliederländer, deren Stimmrecht sich nach ihrem Kapitalanteil richtet: USA 17,46%, Japan 6,26%, Deutschland 6,11%, Frankreich 5,05%, Großbritannien und Nordirland 5,05% (höchste Quoten).

Organe

- Gouverneursrat
- Internationaler Währungs- und Finanzausschuss (IMFC)
- Exekutivdirektorium
- Interner Evaluationsausschuss

Der IWF hat etwa 2.693 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus 141 Ländern.

Aufgaben und Ziele. Zu seinen Aufgaben gehören: Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Ausweitung des Welthandels, Stabilisierung von Wechselkursen, Kreditvergabe, Überwachung der Geldpolitik, Technische Hilfe.

Wenn ein Mitglied in Zahlungsschwierigkeiten kommt, dann kann es beim IWF Hilfe beanspruchen. Die Rechnungslegungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR).

Der IWF vergibt unter bestimmten Auflagen befristete Kredite an Staaten, die unter wirtschaftlichen Problemen leiden, z.B. Argentinien, die Türkei oder Brasilien. Bedingungen für die Gewährung von Krediten sind zum Beispiel: Kürzung der Staatsausgaben, niedrige Inflation, Steigerung des Exports, sowie die Liberalisierung des Bankenwesens. Die den Staaten auferlegten Bedingungen in Form von

Strukturanpassungsprogrammen "SAP"s können zum Beispiel Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen wie Sparkassen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Telekommunikation usw. sowie Entlassung von bestimmten Gruppen von Mitarbeitern vorsehen.

Darüber hinaus unterstützt der IMF Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Südamerika bei der Erarbeitung von Wachstums- und Wohlstandskonzepten und fördert diese durch direkte Geldhilfen der gebenden Mitgliedsländer. Ebenso wie die Kreditvergabe sind auch Entwicklungshilfen oft an Bedingungen des good governance (Korruptionsabbau, Demokratie, ...) und der Liberalisierung gekoppelt.

Ziele

- Förderung nachhaltiger Entwicklungshilfeprojekten durch Grants und Liabilities.
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik.
- Ausweitung des Welthandels.
- Stabilisierung von internationalen Finanzmärkten.
- Kann kurzfristige Kredite vergeben, zum Ausgleich von Zahlungsdefiziten
- Überwachung der Geldpolitik.
- Den laufenden internationalen Zahlungsverkehr von staatlichen Beschränkungen des freien Devisenverkehrs freizuhalten.
- Technische Hilfe

Wie versucht der IWF diese Ziele zu erreichen? Jedes Mitgliedsland bekommt eine so genannte Quote zugewiesen. Nach dieser Quote richten sich:

- a) die Einzahlungsverpflichtungen (in Gold, Devisen, und Landeswährung)
- b) die Ziehungsrechte (Inanspruchnahme auf einen Kredit)
- c) Das Stimmrecht eines Landes im IWF.

Wenn ein Land in Zahlungsschwierigkeiten kommt, kann es finanzielle Hilfe vom IWF beanspruchen (Inanspruchnahme eines Kredites). Sie können auf Antrag beim IWF, die Währung eines anderen Landes gegen Gold oder Landeswährung kaufen. Dieses bezeichnet man als Ziehung. Die Inanspruchnahme eines Kredites ist an bestimmte Bedingungen gekoppelt, die das jeweilige Land zu erfüllt hat. Diese werden als Strukturanpassungsprogramme (SAP) bezeichnet.

Die SAP's könnten z.B. so aussehen:

- a) Kürzung von Staatsausgaben.
- b) Ziel einer niedrigen Inflation und eine Steigerung des Export zu erzielen.
- c) Liberalisierung des Bankenwesens.
- d) Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen (Sparkassen, Elektrizitätswerken, Wasserwerken, Telekommunikation); weitere Folgen: Z.B. Entlassung von Mitarbeitern.

Es gibt seit 1969 so genannte Sonderziehungsrechte (SZR). Ein Mitgliedsland hat das Recht, sich unter Einschaltung des IWF Devisen zu kaufen. Für die Devisen muss das

Mitgliedsland im Gegenzug mit SZR zahlen. Bei den SZR handelt es sich um eine Art Weltgeld im Zahlungsverkehr der Zentralbanken. - SZR werden in bestimmter Höhe zugeteilt.

- Für die SZR müssen Zinsen an den Fond bezahlt werden.
- Durch die SZR wird die internationale Liquidität beträchtlich erweitert.
- Bei jeder Erhöhung der SZR wird geprüft, ob weltweit ein inflationsneutraler Bedarf besteht.

Beispiel: Wenn z.B. die Türkei (Schwellenland) sich an den IWF wendet, da sie zum Ausgleich der passiven Leistungsbilanz* Devisen benötigt. Dann bestimmt der IWF ein Land z.B. USA mit hohen Devisenreserven. Die USA verkauft dann der Türkei Devisen gegen SZR.

Kritik. Der IWF war maßgeblich an der Dollar-Kopplung des argentinischen Peso beteiligt. Daraufhin geriet dieses zweitgrößte Land Südamerikas in eine Wirtschaftskrise. Besonders kritisch betrachtet wird die Rolle des IWF während der Ostasien-Krise 1997. Die Programme des IWF haben nicht zur raschen Lösung der Krise beigetragen, sondern haben diese noch verschärft. Wegen einiger ähnlicher Situationen geben die Bretton-Woods-Institutionen öfter Anlass zu Auseinandersetzungen mit manchen Kreisen der Wirtschaft und Politik, besonders wenn es um Entwicklungsländer geht. Unter anderem ist "Bretton-Woods" auch zur Zielscheibe der Globalisierungskritik geworden, die mexikanischen Zapatistas waren hier eine der Ersten, die gegen neoliberale Politik protestierten.

Unter den Gesichtspunkten der Entwicklungszusammenarbeit wird vor allem bemängelt, dass der IWF seine Programme nach der Zahlungsbereitschaft der Geberländer richtet, anstatt den Bedarf zu dokumentieren und dann in Europa, den USA und Japan die entsprechenden Beträge einzufordern.

Des Weiteren wird, vor allem Nichtstaatlichen Organisationen wie zum Beispiel Attac, der an die Kreditbewilligung gekoppelte Zwang zur Privatisierung von Elementen der öffentlichen Daseinsvorsorge kritisiert, da die betroffenen Länder dadurch die staatliche Kontrolle verlieren. Den Kritikern zufolge existiert in den Schuldnerländern in aller Regel kein oder zu wenig inländisches Kapital, um zum Beispiel die Wasserversorgung oder das Bildungswesen in eigener Regie privatisieren zu können, sodass diese Bereiche dann unter die Kontrolle internationaler Anleger fallen; oft aus den USA oder aus der Europäischen Union, die gegenüber ihren Kapitaleinlegern verantwortlich und daher nur wenig geneigt seien, auf die Probleme ihrer Gastländer Rücksicht zu nehmen (Siehe auch: Cochabamba). Darüber hinaus werde die Rendite aus der Investition in Zukunft aus den betroffenen Ländern abfließen, was eine Schwächung von deren Binnenmarkt zur Folge hätte.

(<http://de.wikipedia.org>
[http:// www.imf.org](http://www.imf.org)
<http://www.bpb.de/themen/i>)

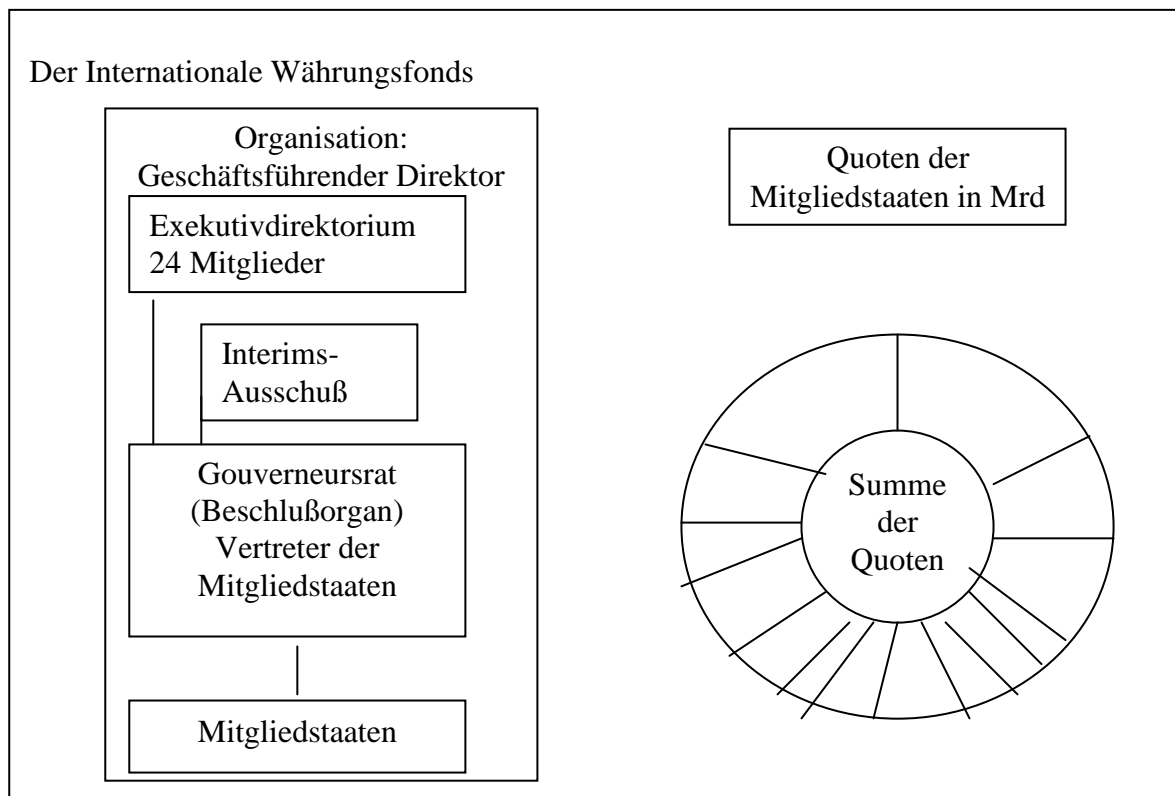
Aufgaben

1. Finden Sie passende Entsprechungen im Russischen.

die Überwachung, die Wechsellpolitik, die Zahlungsbilanzen, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die Inanspruchnahme, die Finanzhilfe, das internationale Vertrauen, die Kreditfazilität, die Bereitschaftskreditvereinbarung, die Konzessionäre Hilfe, die Vorsorge.

2. Beschreiben Sie das Diagramm, gebrauchen Sie dabei die unten angeführten Wörter.

Die Grafik, veranschaulichen, die Spalte, die Zeile, bedeuten, abhängen, die Preisbildung, gewährleisten, beschließen, zuständig sein, untergeordnet sein, das Schema, die Länder.



(Markt. Zeitung, Ausgabe 15, Jahrgang 1998, Hrgs.: Goethe-Institut
// S. 25- Tabelle EU, IWF's.Markt, Ausgabe 15)

3. Was bedeuten folgende Abkürzungen?

IMFC SZR SAP IWF SZR

4. Porträt des IWFs. Beschreiben Sie den IWF.

Gründung, Sitz, Größe, Mitarbeiter, Ziele und Aufgaben, Zukunft für den IWF

5. Sprechen Sie über die Funktionsweise der IWF-Finanzierungsmechanismen (Reservetranchenpolitik, Kredittranchenpolitik, Notfinanzierungspolitik; *siehe: www.imf.org/external/np/exr/facts/deu/glanced.htm*).
6. Erklären Sie das Verfahren, nach dem innerhalb Europas Hilfe für finanzschwächere Länder von den IWF geleistet wird. Informieren Sie sich auf www.imf.org/, ob die Entwicklungsländer auch bei IWF Hilfe bekommen können. Falls es möglich ist, dann unter welchen Bedingungen? Veranschaulichen Sie die Notfinanzierungspolitik der IWF am Beispiel eines Landes.
7. Sammeln Sie bitte Informationen zum Thema „Politik der IWF gegenüber Russland“. Materialien sind im Internet unter <http://www.imf.org> bzw. offiziellen Seiten der Regierungen von Deutschland/Russland vorhanden.

Text 5. Rücktritt von Horst Köhler und Suche nach Nachfolger im März 2004

Im Jahre 2000 war mit Horst Köhler zum ersten Mal ein Deutscher an die Spitze des IWF gelangt. Die damalige rot-grüne Bundesregierung hatte zuerst versucht, den damaligen Finanz-Staatssekretär Caio Koch-Weser durchzusetzen, war damit aber am Widerstand insbesondere der USA gescheitert. Daraufhin entschloss sich die Bundesregierung, das CDU-Mitglied Horst Köhler zu nominieren.

Der Rücktritt des bisherigen IWF-Chefs Horst Köhler auf Grund seiner Kandidatur zum deutschen Bundespräsidenten stellt den IWF Anfang März 2004 wieder vor eine neue Herausforderung, war man doch mit seiner Amtsführung und seinem Verhandlungsgeschick zufrieden. Auch eine zweite Amtszeit des Deutschen war im Gespräch.

Allgemeine Praxis ist es, dass die Europäer den neuen IWF-Chef stellen, wenn ein Amerikaner an der Spitze der mit dem IWF oft kooperierenden Weltbank steht. Daher drangen die EU-Finanzminister am 8. März 2004 dann auch auf einen Nachfolger vom alten Kontinent. Der belgische Finanzminister Didier Reynders in Brüssel betonte, man hätte in Europa gute Kandidaten zu präsentieren. Er brachte den damaligen spanischen Wirtschaftsminister Rodrigo Rato ins Gespräch, indem er ihn als exzellenten Kandidaten bezeichnete.

Ende Mai wird Horst Köhler aller Voraussicht nach zum Bundespräsidenten gewählt. Als Qualifikation reicht für viele Kommentatoren aus, dass er vier Jahre den Internationalen Währungsfonds geleitet hat und damit als Finanzfachmann gilt.

Was das eigentlich bedeutet und welche Rolle Köhler beim IWF auf welche Weise ausgefüllt hat, wird hingegen kaum hinterfragt. Wir wollen die notwendigen Fragen

an dieser Stelle nachholen. Dazu nehmen wir die Politik des IWF in den vergangenen vier Jahren kritisch unter die Lupe, die trotz einer entwicklungsfreundlichen Rhetorik von Köhler weiter an neoliberalen Paradigmen und nicht an den Interessen der Menschen ausgerichtet ist. Wir beschreiben die Probleme, die sich aus dieser Politik ergeben und den mangelnden Reformwillen, das eklatante Demokratiedefizit aufzubrechen.

Mit dem Festhalten an der einseitigen Politik wächst der Widerstand gegen den IWF, sowohl in den betroffenen Entwicklungsländern als auch bei vielen NGOs innerhalb einer globalen Zivilgesellschaft.

Die Amtsgeschäfte führte während der Suche nach einem Nachfolger für Horst Köhler die IWF-Interimsdirektorin Anne Krueger.

(http://de.wikipedia.org/wiki/Internnationaler_W... Stand 2004)

Aufgaben

1. Finden Sie passende Entsprechungen.

встать во главе; проводить политику(кандидатуру); уйти в отставку; опыт ведения переговоров; непревзойденный кандидат на пост; вне сомнения, как и ожидалось; критически рассматривать; быть направленным; недостаточное желание преобразования, реформирования

2. Wie heißen die Verben?

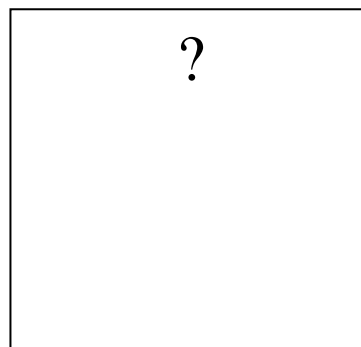
Die Pensionierung	<u>pensionieren</u>	die Beendigung	_____
Die Entlassung	_____	die Hinauswurf	_____
Die Abdankung	_____	der Rausschmiss	_____
Die Absetzung	_____	die Kündigung	_____

(MSD,S. 191)

3. Äußern Sie ihre Meinung zu folgenden Aussagen.

1. Der IWF ist von der Meinung der amerikanischen Regierung abhängig.
2. Der IWF-Leiter bestimmt selber, wie viele und wohin Gelder ausgegeben werden.
3. Das Gleichgewicht zwischen Europa und Amerika ist in dem IWF geschaffen.
4. Allgemeine Europäische Politik und überhaupt Weltpolitik kann man durch IWF-Unterstützung bestimmen.

4. Beschreiben Sie das Logo des Europäischen Rechnungshofs. Wissen Sie, ob es auch ein Logo der IWF gibt? Wie sieht das aus? Sind diese Symbole verwandt? Warum?



Zusätzliche Informationen

Schränkt die Globalisierung die Souveränität der nationalen Regierungen in der Wirtschaftspolitik ein?

Schränkt die zunehmende Integration, insbesondere im Bereich der Finanzen, den Gestaltungsspielraum der Regierungen in der Wirtschaftspolitik ein, indem die Entscheidungen der Regierungen zum Beispiel im Bereich der Steuersätze und Steuersysteme oder ihr Handlungsspielraum bei der Geld- oder Wechselkurspolitik begrenzt werden? Wenn man davon ausgeht, dass die Länder darauf abzielen, nachhaltiges Wachstum, niedrige Inflation und sozialen Fortschritt zu erzielen, lassen die Erkenntnisse der letzten 50 Jahre darauf schließen, dass die Globalisierung langfristig zu diesen Zielen beiträgt.

Wie wir in den vergangenen Jahren gesehen haben, können kurzfristige volatile Kapitalströme die makroökonomische Stabilität bedrohen. In einer Welt integrierter Finanzmärkte wird es also immer gefährlicher für die Länder, Politiken zu verfolgen, die die Finanzstabilität nicht fördern. Diese Disziplin gilt ebenfalls für den Privatsektor, in dem es schwieriger wird, Lohnerhöhungen und Preisanhebungen durchzuführen, wenn dadurch das betroffene Land an Wettbewerbsfähigkeit verliert.

Es gibt jedoch noch eine andere Art von Risiko. Manchmal beurteilen Investoren -- insbesondere kurzfristige Investoren -- die Aussichten eines Landes zu optimistisch, und die Kapitalströme dauern an, selbst wenn die Wirtschaftspolitik zu locker geworden ist. Dadurch läuft das Land die Gefahr eines abrupten massiven Kapitalabflusses, wenn die Lagebeurteilung sich ändert.

Kurzum, die Globalisierung verringert die nationale Souveränität keineswegs. Sie schafft vielmehr starke Anreize für die Regierungen, eine solide Wirtschaftspolitik zu

betreiben. Sie sollte Anreize für den Privatsektor schaffen, Risiken sorgfältig abzuwägen. Kurzfristige Kapitalströme können jedoch übermäßig volatil sein.

Anstrengungen zur Erhöhung der Stabilität der internationalen Kapitalströme sind wesentlich für die laufenden Arbeiten zur Stärkung der internationalen Finanzarchitektur. In dieser Hinsicht wird manchmal die Sorge geäußert, dass die Globalisierung zur Abschaffung von Regeln oder Beschränkungen für Unternehmen führt. Das Gegenteil ist der Fall -- eines der wesentlichen Ziele der Arbeiten an der internationalen Finanzarchitektur ist die Entwicklung von Standards und Kodizes, die sich auf international anerkannte Grundsätze stützen, die in vielen unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen umgesetzt werden können.

<http://www.imf.org>.
http://www.bpb.de/themen/GXST93,0,0,Der_Europ%24ische_Rechnungshof.html

Entwicklungsländer: Wie weit sind sie integriert?

Globalisierung bedeutet, dass der Welthandel und die Finanzmärkte stärker integriert werden. Wie stark haben sich aber die Entwicklungsländer an dieser Integration beteiligt? Ihre Erfahrungen beim Aufholen gegenüber den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind gemischt. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich in einigen Ländern, insbesondere in Asien, seit 1970 rasch auf das Niveau der Industrieländer zubewegt. Eine größere Anzahl von Entwicklungsländern hat nur geringe Fortschritte erzielt oder ist sogar zurückgefallen. Das Pro-Kopf-Einkommen ist insbesondere in Afrika im Vergleich zu den Industriestaaten zurückgegangen, und in einigen Ländern ist es sogar absolut gesunken. Man kann einen Teil der Erklärung verdeutlichen: bei den Ländern, die aufholen, handelt es sich um Länder, in denen der Handel stark zugenommen hat.

Die folgenden vier Aspekte der Globalisierung sind hervorzuheben:

Handel: Die Entwicklungsländer als Ganzes haben ihren Anteil am Welthandel von 19 % 1971 auf 29 % 1999 erhöht. Es gibt jedoch große Unterschiede zwischen den wichtigsten Regionen. So haben zum Beispiel die Schwellenländer in Asien Erfolge aufzuweisen, während es Afrika als Ganzes schlecht ergangen ist. Die Zusammensetzung der Exporte der Länder ist ebenfalls wichtig. Die bei weitem größte Steigerung ist in der Ausfuhr von Fertigungsgütern zu verzeichnen. Der Anteil der Primärgüter -- wie Nahrungsmittel und Rohstoffe -- die häufig von den ärmsten Ländern produziert werden, am Welthandel hat abgenommen.

Kapitalbewegungen: Man kann behaupten, was viele Menschen mit der Globalisierung verbinden, nämlich eine große Zunahme der privaten Kapitalströme in die Entwicklungsländer während eines großen Teils der 90er Jahre. Wie die Forschung zeigt, dass die Zunahme auf eine besonders „trockene“ Periode in den 80er Jahren folgte; der Nettostrom an öffentlicher „Unterstützung“ oder Entwicklungshilfe seit Anfang der 80er Jahre beträchtlich gesunken ist und die

Zusammensetzung der privaten Ströme sich dramatisch verändert hat. Ausländische Direktinvestitionen sind zur wichtigsten Kategorie geworden. Sowohl Portfolioinvestitionen als auch Bankkredite haben zugenommen, sie schwankten jedoch mehr und fielen stark im Anschluss an die Finanzkrisen Ende der 90er Jahre.

Bewegung von Personen: Arbeitnehmer ziehen unter anderem von einem Land in ein anderes, um bessere Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Die betroffenen Zahlen sind immer noch relativ niedrig, im Zeitraum 1965-90 ist weltweit der Anteil der Arbeitskräfte, die in einem anderen Land geboren wurden, um ungefähr die Hälfte gestiegen. Der größte Teil der Migration erfolgt zwischen Entwicklungsländern. Der Strom der Wanderarbeitnehmer in die fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird aber voraussichtlich dazu führen, dass die Löhne weltweit einander angenähert werden. Es besteht außerdem die Möglichkeit, dass Fachkenntnisse in die Entwicklungsländer zurück transferiert werden und dass die Löhne in diesen Ländern steigen.

Verbreitung von Wissen (und Technologie): Der Informationsaustausch ist ein wesentlicher und häufig übersehener Aspekt der Globalisierung. So führen ausländische Direktinvestitionen nicht nur zu einem Wachstum des materiellen Kapitalstocks, sondern auch zu technischer Innovation. Im Allgemeinen steht Wissen über die Produktionsmethoden, Managementtechniken, Exportmärkte und Wirtschaftspolitiken zu sehr niedrigen Kosten zur Verfügung und stellt eine sehr wertvolle Ressource für die Entwicklungsländer dar.

Der Sonderfall der Volkswirtschaften, die sich im Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft befinden, -- auch sie integrieren sich stärker in die Weltwirtschaft -- wird hier nicht eingehend untersucht. Der Ausdruck „Übergangsland“ verliert seinen Sinn. Einige Länder (z.B. Polen und Ungarn) nähern sich recht schnell der Struktur und der Leistung der fortgeschrittenen Länder an. Andere (wie die meisten Länder der ehemaligen Sowjetunion) stehen vor langfristigen strukturellen und institutionellen Problemen, die denen der Entwicklungsländer ähnlich sind.

(<http://www.imf.org>.)

DIE EUROPÄISCHE UNION

Text 1. Stationen der europäischen Einigung Geschichte und Symbole

Die Europäische Union (EU) ist das Ergebnis eines langfristigen Kooperations- und Integrationsprozesses. Dieser Prozess begann noch seit 1946.

1946 – gibt Winston Churchill in seiner Rede den Anstoß zur Schaffung des Nordatlantik Pakts und des Europarats. Er sagt über die Vereinigten Staaten von Europa.

1949 – gründen Zehn westeuropäische Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Vereinigtes Königreich von Großbritannien) den Europarat mit Sitz in Strassburg. 1951 folgt die BRD. Mittlerweile hat der Europarat 24 Mitgliedstaaten. Seine Hauptaufgaben sind Förderung der Demokratie, kulturelle Zusammenarbeit, Rechtsangleichung. Der Europarat ist eine von der EU völlig getrennte Organisation.

1951 – gründen Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

1957-1958 – treten die „Römischen Verträge“ zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (EUROATOM) in Kraft. Brüssel wird „EWG-Hauptstadt“.

1957 – wird durch Zusammenlegung der Organe der drei Teilgemeinschaften EGKS, EWG und EUROATOM die Europäische Gemeinschaft (EG) geschaffen.

1970 – beginnen die EG-Staaten mit ihrer Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ).

1973 – treten Großbritannien, Dänemark und Irland der EG bei.

1979 – tritt das Europäische Währungssystem zur Koordinierung der nationalen Währungspolitik in Kraft. Die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament findet statt.

1981 bis 1986 – treten zunächst Griechenland, dann Portugal und Spanien der EG bei (Süderweiterung).

1987 – tritt die „Einheitliche Europäische Akte“ mit dem Programm „Binnenmarkt '92“ in Kraft

1990 – unterzeichnen die Außenminister Frankreichs, der Benelux-Staaten und der BRD das Übereinkommen von Schengen (erweiterte Freizügigkeit in der EG).

1992 – wird in Maastricht der Vertrag über die Europäische Union vereinbart mit institutionellen Reformen, der Einführung einer europäischen Währung spätestens 1999, sowie neuen Aufgabenzuweisungen an die Union.

1993 – wird der Europäische Binnenmarkt geöffnet: freier Verkehr für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital.

1995 – treten Österreich, Finnland und Schweden der EU bei.

2000 – wird der bargeldlose Euro eingeführt.

2002 – wird der Bargeld-Euro in 12 EU-Mitgliedstaaten eingeführt. Schweden, Dänemark und Großbritannien bleiben ihrer eigenen Währung treu.

Zur EU gehören auch außerhalb von Europa liegende Gebiete, die Teile von EU-Staaten: Kanarische Inseln, Madeira, Ansoren u.a.

Nicht zur EU gehören einige autonome, halbautonome oder abhängige Staatsgebiete die im EU-Bereich liegen: Andorra, Kanalinseln, Monako, Vatikanstadt u.a.

Folgende Staaten haben offiziell den Beitritt zur EU bis 2004 beantragt: Bulgarien, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, die Türkei, Ungarn, Zypern, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen.

Die 1954 eingeführte offizielle Flagge des Europarates zeigt auf blauem Grund einen Kreis aus zwölf goldenen Sternen. Symbol für die Staaten Europas am westlichen Himmel. Auf Beschluss des EU-Ministerrates ist sie seit 1986 auch offizielle Flagge der Union.

*(Die Europäische Union.
Marc Fritzler/Guenter Unser.
Bundeszentrale fuer politische Bildung.,
2. Auflage.Bonn 2001, // S 15-25, 28)*

Angesichts der Erweiterung von 15 auf 25 (und später noch mehr) Mitgliedstaaten benötigt die EU ein straffes, handlungsfähiges System der Entscheidungsfindung. Wichtig ist, dass für alle Mitgliedstaaten - alte, neue, große und kleine - faire Regelungen getroffen werden.

Die EU-Staaten verfügen jeweils eine bestimmte Anzahl von Stimmen, die bei Entscheidungen im Ministerrat eingebracht werden können. Die Bevölkerung jedes Landes wählt eine bestimmte Zahl von Abgeordneten in das Europäische Parlament. Für Entscheidungen des Rates wird eine Mehrheit von etwa 2/3 Abgeordnetenstimmen erforderlich.

Die Anfänge. 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman die Integration der westeuropäischen Kohle- und Stahlindustrie vor. 1951 gründeten Belgien, Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Italien und die Niederlande die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die Befugnis, Entscheidungen über die Kohle- und Stahlindustrie in diesen Ländern zu fällen, hatte ein unabhängiges supranationales Gremium, die so genannte "Hohe Behörde". Ihr erster Präsident war Jean Monnet.

Eine wachsende Familie. Die EU ist durch mehrere Beitrittswellen immer größer geworden. Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich traten 1973 bei, gefolgt von Griechenland 1981, Spanien und Portugal 1986 sowie Österreich, Finnland und Schweden 1995.

Die Europäische Union begrüßte zehn neue Länder im Jahr 2004: Zypern, die

Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei und Slowenien. Bulgarien und Rumänien dürften 2007 folgen; Kroatien und die Türkei werden im Jahr 2005 Beitrittsverhandlungen aufnehmen. Um sicherzustellen, dass die EU auch weiterhin effizient funktionieren kann, musste ihr Beschlussfassungssystem vereinfacht werden. Deshalb wurden im Vertrag von Nizza neue Regeln für die Größe der EU-Organe und ihre Funktionsweise festgelegt. Dieser Vertrag trat am 1. Februar 2003 in Kraft.

Ziele und Prinzipien des Maastricht-Vertrages über die Europäische Union. Das Grundanliegen ist Wahrung und Festigung des Friedens, wirtschaftliche Einigung zum Nutzen der Bürger, Stärkung des sozialen Zusammenhaltes, Streben nach politischer Einheit. Dementsprechend Ziele der Europäischen Union:

- Förderung eines ausgewogenen und dauerhaften Fortschritts durch Schaffung eines Wirtschaftsraumes ohne Binnengrenzen, durch Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und durch Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Endziel einer einheitlichen Währung.
- Behauptung der Europäischen Identität auf internationaler Ebene insbesondere durch gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und auf längere Sicht auch durch eine gemeinsame Verteidigungspolitik.
- Stärkung der Rechte der EU-Bürger durch Einführung einer Unionsbürgerschaft.
- Enge Zusammenarbeit in den Bereichen Recht und Inneres.
- Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Institutionen und deren Kompetenzen bei gleichzeitiger Überprüfung der Wirksamkeit der Mechanismen und der Organe der Gemeinschaft.
- Prinzip der Subsidiarität: Die Gemeinschaft regelt nur solche Bereiche, die auf der Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten nicht oder nur unbefriedigend geregelt werden können, d. h., der EU sollen nur Aufgaben übertragen werden, die von ihr wirkungsvoller wahrgenommen werden können als von den einzelnen Mitgliedstaaten. Dieses der katholischen Soziallehre entlehnte Prinzip soll einem möglichen „Zuviel“ an Einfluss der EU vorbeugen und jeden unnötigen Zentralismus verhindern.

Der Maastricht-Unionsvertrag von 1992 stellte „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar“ (Artikel A, Absatz 2).

*(fluter, Ausgabe 04/2002:S. 46-49;
Fritzler, M. Die Europäische Union.
Bonn, 2001: 34-36)*

Aufgaben

1. Welche Wörter passen zu einander?

europäisch...	Außenpolitik	unterzeichnen
eng...	Mitgliedstaat	führen
langfristig...	Parlament	sein
wirtschaftlich...	Verhandlungen	beginnen
kulturell...	Vertrag	schließen
erfolgreich...	Zusammenarbeit	wählen

2. Finden Sie nähere Information über den EU- Länder.

Land	Jahr des Beitritts zur EU	Sprache	Hauptstadt	Einwohner
Frankreich		französisch		
Belgien			Brüssel	
Dänemark				
Italien				
Deutschland	19..	deutsch	Berlin	...
Großbritannien	...			
Irland				
Luxemburg				
Niederlande				
Norwegen				
Schweden				
...				
Griechenland				Der Grieche
Bulgarien				
...				

3. Finden Sie nähere Information zu folgenden Begriffen. Welche Rolle spielen sie in der Geschichte der EU?

BENELUX- Staaten
 EGKS
 EWG
 EUROATOM
 EG
 Maastricht- Vertrag
 EU-Bürger//EU-Verfassung

4. Nennen Sie die Rektion der Verben.

- | | | |
|----------------------|------------------------|------------------------|
| 1. gehören _____ | 6. mangeln _____ | 11. verpflichten _____ |
| 2. führen _____ | 7. abhängig sein _____ | 12. werden _____ |
| 3. betrachten _____ | 8. zunehmen _____ | 13. denken _____ |
| 4. verteidigen _____ | 9. einbeziehen _____ | 14. rechnen _____ |
| 5. bezeichnen _____ | 10. helfen _____ | 15. entscheiden _____ |

(Mittelstufe Deutsch. Johannes Schumann,
1. Auflage, 2000 Max Hueber Verlag,
D-85737 Ismaning, S. 227)

5. Was bedeuten folgende Zahlen im Text?

10, 1949, 2002, 1946, 1993, 1958, 1972, 27, 1995, 1957, 2000, 2001, 1981, 2004,
1990, 1967, 12, 1951, 1991-1992.

6. Ergänzen Sie die Lücken.

EU-Bürger, Europäisches Parlament, Unionsbürger, beteiligen sich, die Europäische Union, kontrollieren.

Das _____ hat, ganz allgemein formuliert, die Aufgabe, die Interessen der _____ zu vertreten, für Verbesserungen und Erläuterungen, die jedem einzelnen _____ zugute kommen, einzutreten.

Das _____ nimmt seine Aufgaben wahr durch z.B.: es _____ Rat und Kommission, _____ an Aufstellung, Beratung und Verabschiedung des Haushalts der EU, prüft die Ausgaben, die Gelder der EU, wirkt bei wichtigen Rechtsvorhaben mit.

Die _____ soll eine Weltmacht werden, die bei den wichtigen Fragen der Weltpolitik mitzuentcheiden hat.

(fluter. Magazin der Bundeszentrale fuer politische bildung.
Ausgabe 04. September 2002./
Wer ist Europa? S. 46-49)

7. Wenn Russland der EU beitreten würde, was müsste im Voraus geändert werden?

8. Sammeln Sie Argumente „Pro und Kontra“ für einen möglichen Beitritt Russlands in die EU.

Text 2. Organe der Europäischen Union

Die Europäische Kommission ist von den nationalen Regierungen unabhängig. Sie ist nur dem Europäischen Parlament verantwortlich. Im vergemeinschafteten Bereich werden Entscheidungen nur auf Vorschlag der Kommission getroffen (Initiativrecht). Als „Hüterin der Verträge“ überwacht die Kommission die Einhaltung und Anwendung des europäischen Rechts. Sie kann Fristen aussetzen und die Mitgliedsstaaten bestrafen, wenn sie sich nicht an EU-Recht halten. Die Besetzung der Kommission geschieht auf Vorschlag der nationalen Regierungen, wobei das Europäische Parlament seine Zustimmung für den Präsidenten und das Kollegium geben muss. Die Europäische Kommission ist das supranationale Organ.

Die Europäische Kommission ist hauptsächlich für das politische Tagesgeschäft in der Europäischen Union zuständig. Sie erarbeitet Vorschläge für neue europäische Rechtsvorschriften, die sie dem Europäischen Parlament und dem Rat vorlegt. Sie ist verantwortlich für die praktische Umsetzung der EU-Aktivitäten und überwacht die Verwaltung des EU-Haushalts. Zudem wacht sie darüber, dass die europäischen Verträge und die europäischen Rechtsvorschriften eingehalten werden.

Die Europäische Kommission besteht aus 27 Mitgliedern (Stand 2007). Der Präsident wird von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ausgewählt und muss vom Europäischen Parlament bestätigt werden. Die weiteren Mitglieder der Kommission werden von den jeweiligen Mitgliedstaaten in Absprache mit dem künftigen Präsidenten ernannt und bedürfen ebenfalls der Bestätigung durch das Parlament. Die Kommission wird auf fünf Jahre ernannt; sie kann jedoch vor Ablauf dieser Zeit vom Parlament ihres Amtes enthoben werden.

Rat der Europäischen Union (Ministerrat - ER) ist das zentrale Beschluss- und Lenkungsorgan der Europäischen Union. Es besteht aus Ministern der Mitgliedstaaten, die je nach zu beratendem Inhalt wechseln (Landwirtschaftsminister, Finanzminister, etc.). Eine herausragende Stellung hat der Allgemeine Rat, der von den Außenministern besetzt wird. Die Präsidentschaft des Rates übernimmt jedes Halbjahr ein anderes Mitglied. Der Rat hat sowohl gesetzgeberische als auch exekutive Funktionen und nimmt auch koordinierende Aufgaben wahr. Jedes Land hat im Rat eine Stimme von gleichem Gewicht.

Der Rat der Europäischen Union - früher auch als Ministerrat bekannt - ist das wichtigste gesetzgebende Organ und Entscheidungsgremium der Europäischen Union. In ihm kommen die Vertreter der Regierungen der 27 Mitgliedstaaten zusammen, die Sie auf nationaler Ebene wählen. Er ist das Forum, in dem die Vertreter Ihrer Regierung Ihre Interessen vertreten und Kompromisse aushandeln. Die regelmäßigen Sitzungen finden auf Minister- oder Botschafterebene sowie in Form von Arbeitsgruppen statt. Wenn es um die Grundzüge der Politik geht, treten die Staats- und Regierungschefs als Europäischer Rat zusammen.

Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament legt der Rat Regeln für alle Tätigkeiten der Europäischen Gemeinschaft (EG) fest, die den so genannten ersten Pfeiler der Europäischen Union bilden. Die EG befasst sich mit dem Binnenmarkt sowie mit den meisten gemeinschaftlichen Politikbereichen und garantiert den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.

Das **Europäische Parlament** wird seit 1979 direkt von den EU-Bürgern gewählt. Das Europa-Parlament setzt sich aus 785 (Stand 2007) Abgeordneten zusammen, die sich nicht nach ihrem Herkunftsland, sondern in übernationalen Fraktionen zusammenschließen.

Bei der Auflistung der Organe im EG-Vertrag steht das Europäische Parlament (EP) an erster Stelle, der Rat der Europäischen Union an zweiter. Ginge es nach den Kompetenzen, müsste es umgekehrt sein. In einem demokratischen Rechtsstaat hat ein Parlament die Funktion der Legislative. Beim Europäischen Parlament ist es anders: es hat lediglich für bestimmte Bereiche das Legislativrecht – und das auch gemeinsam mit dem Rat. Das Parlament der Europäischen Union unterscheidet sich beispielsweise vom deutschen Bundestag: Es wählt keine Regierung, es hat keine Gesetzgebungsinitiative. Es wirkt gemeinsam mit dem Rat an der europäischen Gesetzgebung mit. Das Parlament wird über Gesetzgebungsvorhaben unterrichtet und angehört. Es darf in etlichen Bereichen mitentscheiden und muss bei anderen Verfahren zustimmen. Mit 2/3 der abgegebenen Stimmen und der qualifizierten Mehrheit der im Parlament vertretenen Abgeordneten kann das Parlament den Budgetentwurf scheitern lassen. Das Parlament kann auch die Europäische Kommission mit einem Misstrauensantrag zum Rücktritt zwingen.

Die Befugnisse des Parlaments lassen sich vier Bereichen zuordnen: Rechtsetzung, Haushalt, Kontrollrecht, Außenbeziehungen. Um Themen fachkundig zu behandeln, spezialisieren sich die Abgeordneten. Sie werden in Ausschüsse gewählt, die für bestimmte Sachbereiche zuständig sind, z. B. Ausschuss für Recht und Bürgerrechte, Ausschuss für Energie, Forschung und Technologie u. a.

Der Sitz des EP ist Strassburg. Hier tritt das Parlament zu seinen regelmässigen Beratungen zusammen. Die Ausschüsse tagen in Brüssel, die Verwaltung sitzt in Luxemburg.

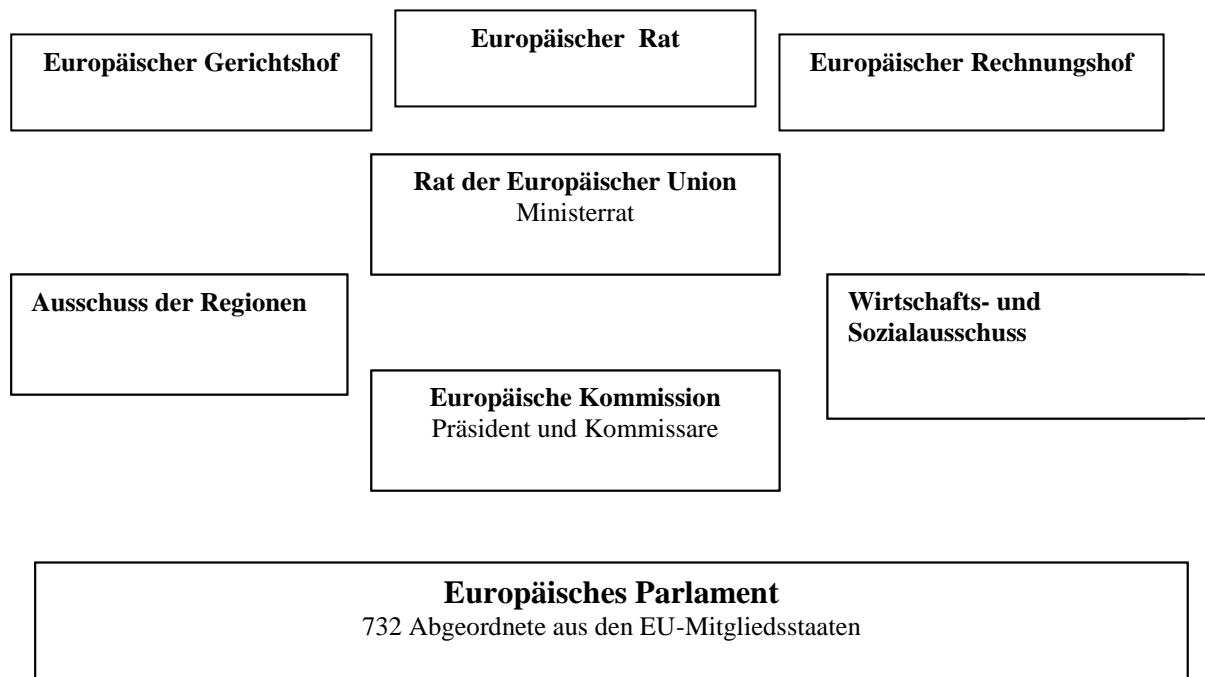
Der Europäische Gerichtshof hat die Aufgabe, die Einhaltung der Gesetze sichern. Wenn gemeinsame Regelwerke in der EU beschlossen werden, ist natürlich auch sicherzustellen, dass sie in der Praxis eingehalten und überall gleich ausgelegt werden. Dies zu gewährleisten ist Aufgabe des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften. Er legt Rechtsstreitigkeiten über die Auslegung der EU-Verträge und EU-Rechtsvorschriften bei. Nationale Gerichte müssen sich bei Unsicherheiten in der Anwendung der EU-Rechtsvorschriften an den Gerichtshof wenden, und Einzelpersonen können beim Gerichtshof gegen EU-Organe klagen. Der Gerichtshof

besteht aus jeweils einem unabhängigen Richter aus jedem EU-Land und hat seinen Sitz in Luxemburg.

Der **Europäische Rechnungshof**. Von den fünf Gemeinschaftsorganen ist der Europäische Rechnungshof (EuRH) das jüngste Organ. Zwar beschlossen die Mitgliedsstaaten bereits 1975 den Aufbau eines EuRH. Dieser nahm dann seine Arbeit auch im Jahr 1977 auf. Den Status eines Organs der Europäischen Union erhielt der Rechnungshof allerdings erst mit dem Inkrafttreten des EU-Vertrages am 1. November 1993 (Vertrag von Maastricht).

Seine Aufgaben werden in Art. 248 des EU-Vertrags festgelegt. Danach soll der Rechnungshof alle Haushaltsaktivitäten der Gemeinschaft auf ihre Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit prüfen. Ergeben sich bei den Kontrollen Unregelmäßigkeiten, so ist es die Aufgabe des Rechnungshofes, die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Dazu gibt der Rechnungshof einen Jahresbericht heraus, in dem sämtliche Einnahmen und Ausgaben der EU geprüft werden. Dieser Jahresbericht dient gleichzeitig den Abgeordneten des Europäischen Parlaments dazu, die Haushaltspolitik der Kommission zu überwachen.

Die Organe der Europäischen Union



*(Tabelle aus: Tatsachen ueber Deutschland.
Hrgs.: Societaes-Verlag, FaM, 2005, S. 81)*

*(fluter, Ausgabe 04/2002: 46-49
Informationen zur politischen Bildung. Nr.279/2003, BonnS. 46-49
(<http://userpage.fu-berlin.de/~tmuehle/europa/eu/eujoin.htm>)*

Aufgaben

1. Bilden Sie Sätze und übersetzen Sie ins Russische.

Die Beitrittsländer
Sie

sollen
garantieren
müssen
sorgen für
halten...stand
übernehmen
entsprechen

- stabile staatliche Institutionen, die eine demokratische und rechtstaatliche Ordnung ...für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz der Minderheiten;
- eine funktionierende Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck und Marktkräften innerhalb der Union;
- die Fähigkeit, aus der Mitgliedschaft erwachsende Verpflichtungen ... die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion.

2. Welche Wörter passen zueinander?

übernehmen
wahrnehmen
aushandeln
vertreten
verabschieden
bekämpfen
erarbeiten
überwachen
beantragen
garantieren

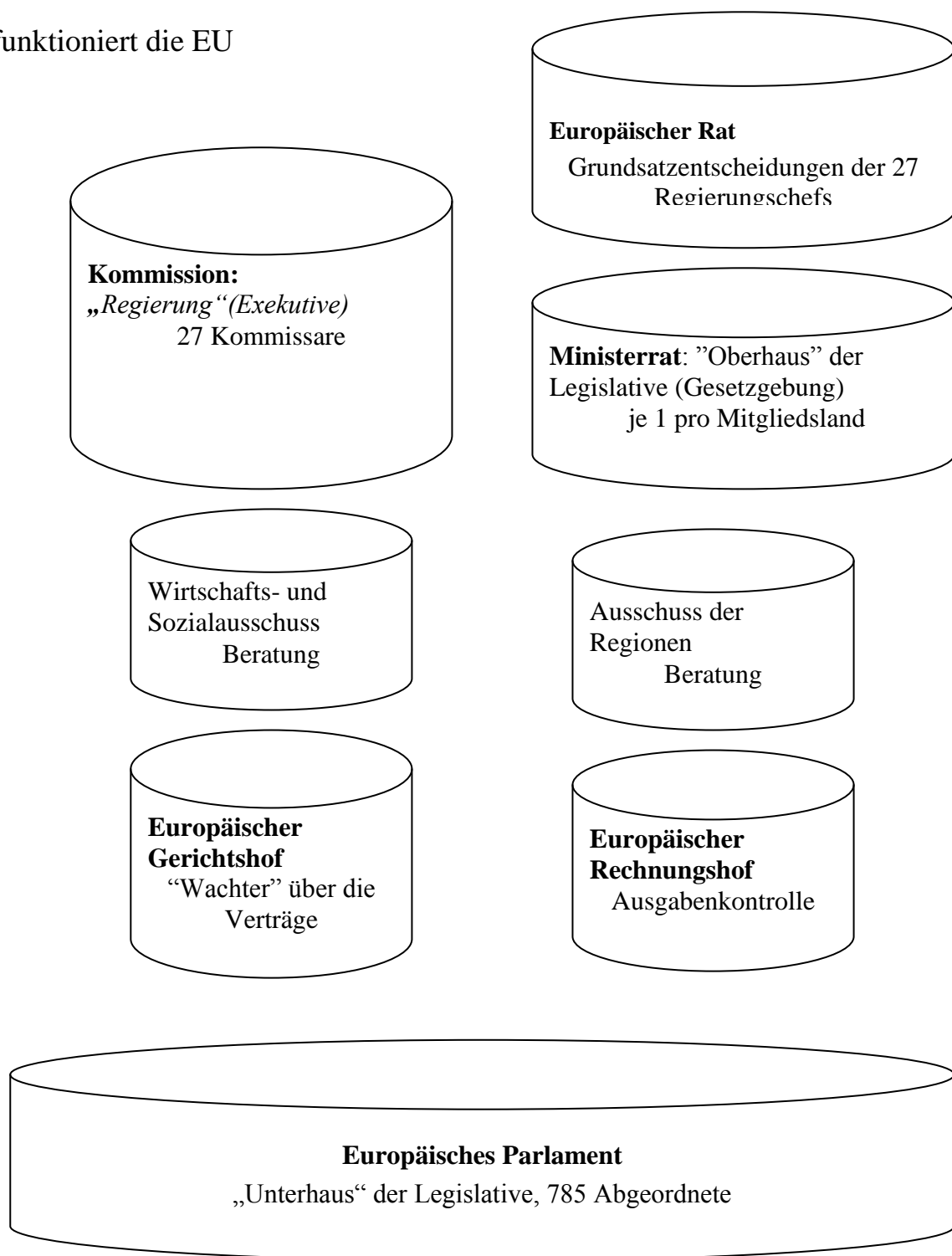
koordinierende Aufgaben
Präsidentschaft
Interesse
Kompromisse
Terrorismus
Gesetze
Verwaltung
Vorschläge
Ordnung
Aufnahme

3. Ergänzen Sie die folgende Tabelle.

	Bestand	Ziele	Aufgaben	Tagungen	unterordnet
Rat der EU					
Europäisches Parlament					
Europäischer Rat					
Europäische Kommission					
Europäischer Gerichtshof					
Europäischer Rechnungshof					

4. Beschreiben Sie die Funktionsweise der EU anhand des Diagramms.

So funktioniert die EU



(Markt, Ausgabe 15, Jahrgang 1998,
Hrgs.: Goethe-Institut// S. 25- Tabelle EU, IWF's.)

Zusätzliche Informationen

Dialog der Kulturen

Aufgrund der mehrfachen Erweiterungen der Europäischen Union (EU) und der zunehmenden Mobilität ihrer Bürger gewinnt der Beitrag der Mitgliedstaaten zur Entfaltung der Kulturen immer stärker an Bedeutung. Die EU hat deshalb ein gemeinsames Instrument zur Sensibilisierung und zur Förderung des Kultursektors geschaffen, das den Bürgern einen besseren Umgang mit unserer kulturellen Vielfalt ermöglichen soll. Die Kommission hat somit vorgeschlagen, 2008 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs auszurufen. Entscheidung Nr. 1983/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs (2008) [Amtsblatt L 412 vom 30.12.2006]. Diese Initiative stützt sich auf mehrere Grundprinzipien der Europäischen Union, die im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und in der Charta der Grundrechte der EU festgeschrieben sind. Im Vordergrund stehen insbesondere die Achtung und die Förderung der kulturellen Vielfalt.

Die Kommission ist davon überzeugt, dass der interkulturelle Dialog - im Einklang mit verschiedenen Prioritäten der Lissabon-Strategie - einen wirksamen Beitrag zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele der Strategie leisten kann. So werden in der wissensbasierten Wirtschaft Menschen benötigt, die sich an veränderte Gegebenheiten anpassen und alle erdenklichen Innovationsquellen nutzen können, um den Wohlstand zu steigern.

Die Kommission betont, dass durch diese Initiative keinesfalls Maßnahmen auf nationaler Ebene beschränkt werden. Vielmehr gibt sie diesen Maßnahmen zusätzliche gemeinschaftliche Impulse. Die allgemeinen Ziele des Europäischen Jahres sind die Förderung des interkulturellen Dialogs zum Nutzen der europäischen Bürger und aller in der Europäischen Union lebenden Personen sowie die Sensibilisierung für diesen Dialog.

Das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs richtet sich primär an die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Komplementarität zwischen dem Europäischen Jahr und an Drittländer gerichteten Komponenten von Initiativen zur Förderung des interkulturellen Dialogs wird jedoch gewährleistet. Bei solchen Initiativen handelt es sich beispielsweise um Maßnahmen mit den Balkanländern und den Partnerländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Der interkulturelle Dialog ist auf keinen spezifischen Sektor ausgerichtet. Er betrifft alle Bereiche der Gesellschaft. Alle europäischen Bürger und alle in der EU lebenden Personen sind aufgerufen, sich an diesem Dialog zu beteiligen.

Ziele und Mittel. Das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs soll die Außenwirkung, die Effizienz und die Kohärenz der Programme und Aktionen der Gemeinschaft verbessern, die zum interkulturellen Dialog beitragen (z. B. Programm

„Europa für Bürgerinnen und Bürger 2007-2013 " und Programm „Kultur 2007"). Die Initiative kann in alle relevanten Programme und Aktionen der Gemeinschaft integriert werden, sofern dies mit den vorgegebenen Zielen und der geplanten Umsetzung im Einklang steht.

Für das Europäische Jahr sind folgende Arten von Aktionen vorgesehen:

- eine Informations- und Werbekampagne auf Gemeinschaftsebene und ihre Verortung auf der nationalen Ebene
- Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor und Erstellung geeigneter Instrumente und Materialien
- Umfragen und Studien für die Evaluierung und das langfristige Follow-up des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs (die Ergebnisse sollen spätestens Ende 2009 vorliegen)
- Finanzhilfen in Höhe von maximal 80 % der Gesamtkosten für eine begrenzte Anzahl symbolträchtiger EU-weiter Aktionen, mit denen vor allem junge Menschen für die Ziele des europäischen Jahres sensibilisiert werden sollen
- Kofinanzierung nationaler Aktionen mit ausgeprägter europäischer Dimension (Finanzhilfe in Höhe von maximal 50 % der Gesamtkosten).

Außerdem wird eine nichtfinanzielle Unterstützung in Form einer Genehmigung zur Nutzung des Logos und sonstiger Materialien gewährt, die für das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs entwickelt wurden. Diese Form der Unterstützung richtet sich an Initiativen öffentlicher oder privater Organisationen, sofern diese Organisationen der Kommission gegenüber nachweisen können, dass die betreffenden Initiativen in geeigneter Weise zur Erreichung der Ziele des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs beitragen können.

Der Binnenmarkt der EU ist für die Weltwirtschaft sehr attraktiv, weil er einer der 3 größten der Welt ist. Insbesondere Nachbarländer haben ein großes Interesse, das eigene Wachstum der Wirtschaft durch Handelsverflechtungen mit der EU zu sichern und nachhaltig zu unterstützen. Die dominierende EU-Wirtschaftspolitik macht es Nicht-Mitgliedern schwer, Handel mit der EU zu betreiben, es sei denn, sie verfügen über einen potenten Wirtschaftsstandort (Ll in Norwegen, Banken in der Schweiz, Bodenschätze, etc.). Der Beitritt aller Mitgliedsländer war verständlicherweise daher immer wirtschaftlich motiviert. Doch auch politische Gründe haben bei einigen wenigen Ländern für den Beitritt gesprochen. Insbesondere, wenn das politische System in den Ländern instabil war, haben Länder durch den Beitritt ein Stück Nachhaltigkeit in der Politik erkaufte. In Griechenland bedeutete dies den Abschied von der Militärdiktatur, auch in Spanien gaben innenpolitische Instabilitäten Anlass zum EU-Beitritt. Die neuen Beitrittsländer weisen alle eine noch sehr junge Demokratie auf, die insgesamt relativ instabiler ist. Der Zusammenbruch des Sowjetblocks hinterließ ein Vakuum, in denen auch extremistische Strömungen Fahrwasser fanden. Der EU-Beitritt wird insbesondere von diesen Extremisten mit der Sowjet-Ära verglichen, um nationale Interessen zu schüren.

(<http://userpage.fu-berlin.de/~tmuehle/europa/eu/eujoin.htm>)

TERRORISMUS

Text 1. Terrorismus – heute und damals

Immer wieder erschüttert es mich, welch unerwartet „normalen“ Eindruck die meisten Terroristen hinterlassen ... In Wirklichkeit lernt man hier höchst artikulationsfähige und außerordentlich nachdenklichen Menschen kennen, für die die Entscheidung für den Terrorismus ein völlig rationaler Entschluss ist (oder war), zu dem sie sich oftmals erst widerstrebend und nach ausführlichen Überlegungen und Gesprächen durchgerungen haben.

Was ist Terrorismus? ... Man nehme nur eine Zeitung zur Hand oder stelle einen Fernsehapparat an, und man wird dort – sogar in derselben Sendung oder auf derselben Seite – so unterschiedliche Vorkommnisse wie einen Bombenanschlag auf ein Gebäude, die Ermordung eines Staatsoberhauptes, ein Massaker an Zivilisten durch eine militärische Einheit, die Vergiftung von Produkten in den Regalen eines Supermarktes oder die gezielte Verunreinigung von frei verkäuflichen Arzneimitteln in der Apotheke allesamt als Beispiele für Terrorismus aufgeführt finden. Tatsächlich wird oft jede besonders abscheuliche Gewalttat, die als gegen die Gesellschaft gerichtet verstanden wird, „Terrorismus“ genannt, wobei es gleichgültig ist, ob es dabei um die Aktivitäten von regierungsfeindlichen Dissidenten oder von Regierungen selber, um organisierte Verbrecherbanden oder gewöhnliche Kriminelle, um randalierenden Mob oder um Personen, die militant protestieren um einzelne Irre oder um einsame Erpresser geht.

Der Terminus Terrorismus wird von verschiedenen Autoren (siehe **Hoffmann**, 2006) erstmals mit der Französischen Revolution in Zusammenhang gebracht. Das regime de la terreur der Jahre 1793/94 stand im Dienste der Ordnung und wurde anlässlich der vorübergehenden anarchischen Periode in Frankreich eingesetzt. Im Unterschied zum heutigen Verständnis von Terror, der als das Handeln nichtstaatlicher oder substaatlicher Akteure gegen die Regierung verstanden wird, verkörperte das regime de la terreur ein Instrument des revolutionären Staates zur Festigung der Macht. Konterrevolutionäre, subversive Elemente, Andersdenkende und alle, die das neue Regime als „Volksfeinde“ betrachtete, sollten mittels Terror ausgeschaltet werden. Staatlich eingerichtete Stellen wie der allgemeine Sicherheitsausschuss und das Revolutionstribunal wurden hierzu mit umfassenden Befugnissen ausgestattet. Auf dieser Grundlage kam es zu zahlreichen Verhaftungen und Verurteilungen von Gegner des ancien regimes, die nicht selten auch guillotiniert wurden. Der Revolutionsführer Robespierre vertrat die Auffassung, dass während der Friedenszeit die Tugend die Hauptquelle einer volkstümlichen Regierung sei, in revolutionären Phasen jedoch stelle Terror ein probates Mittel dar, um letztlich der Demokratie zum Sieg zu verhelfen. Zwei grundlegende Eigenschaften des Begriffs „Terrorismus“ zeichneten sich bereits damals ab: Erstens: erfolgte der Einsatz organisiert,

systematisch und zielbewusst. Zweitens: Das regime de la teurrer beanspruchte in der Zielsetzung die Schaffung einer „neuen und besseren Gesellschaft“.

Carlo Pisacane, ein italienischer republikanischer Extremist, postulierte sehr erfolgreich für nachfolgende Generationen von Terroristen die „Propaganda der Tat“. Ideen, Plakate und Kampfschriften reichten nicht aus, um die Massen zu informieren und mobilisieren. Stattdessen müsse Gewalt einen erzieherischen Auftrag erfüllen. Eine Gruppe russischer Konstitutionalisten, die sich Narodnaja Wolja nannten, griffen das Konzept der „Propaganda der Tat“ 1878 auf, um die Zarenherrschaft herauszufordern. Allerdings beschränkte sich die Gruppe in ihrem Vorgehen auf Personifizierungen des autokratischen Unterdrückerstaates und richtet sich nicht wahllos gegen Zivilisten. Der Zar, Angehörige der zaristischen Familie, hohe Regierungsbeamte wurden aufgrund ihrer symbolischen Bedeutung für den korrupten Staat und die tyrannische Regierung ausgewählt. Mittels Bombenattentaten gelang es der terroristischen Gruppe schließlich auch Zar Alexander II. zu ermorden. Die Auswirkungen dieses Anschlags hatten weitreichende Folgen. Die sich zu jener Zeit formierende anarchistische Bewegung sowie einzelne Revolutionäre und subversive Informationen übernahmen die „Propaganda der Tat“ nach dem Muster von Narodnaja Wolja. Bereits in der Antike spielte der Tyrannenmord eine signifikante Rolle bei der Durchsetzung politischer Ziele. Fortan sollte dieses Mittel ebenfalls für aufkeimende Revolutionsbewegungen in den Fokus ihres Handelns rücken. Ein prominentes Beispiel für eine so genannte terroristische Aktivität bot die Ermordung des amerikanischen Präsidenten William McKinley 1901. Der ungarisch-stämmige Attentäter Leon Czolgoz stand im Verdacht anarchistischen Bewegungen anzugehören. Eine Reihe von Bombenanschlägen geht auf das Konto der „anarchistischen Internationalen“, die eine hochgradig heterogene Gruppierung verkörperte, die in sich diffus organisiert war und unterschiedliche Zielstellungen verfolgte. In der Wahl ihrer Mittel hingegen konzentrierte sich die Bewegung auf Bomben und verfolgte aus diesem Grunde die Weiterverbreitung von Bauanleitungen und gewaltverherrlichenden Druckerzeugnissen.

Speziell in Europa bildeten sich um die Jahrhundertwende neue Motive für terroristische Aktivitäten heraus. Nicht antimonarchistische und anarchistische Ideen lagen dem Terrorismus dieser Jahre zu Grunde, sondern nationalistische und separatistische Gründe wurden ins Feld geführt.

Der aus Irland stammende O'Donovan Rossa verfolgte subversive Aktivitäten zur Befreiung der irischen Bevölkerung von der „britischen Tyrannei“ mit Hilfe des Clan na Gael. Unterstützung erhielt er dabei von Patrick Ford dem Herausgeber der Zeitschrift Irish World. Ihre Strategie sah zwei grundlegende Vorgehensweisen vor. Zunächst sollten Gewalttaten stärker medial transportiert werden. Gleichzeitig wurden die Terroristen der Bedeutung finanzieller Absicherung für ihre Aktionen gewahr. In der Irish World warben sie aus diesem Grunde offenkundig für ihre terroristischen Aktivitäten um Spenden. Gemeinsam mit dem Irish Republican Brotherhood führten die Terroristen in London und anderen Städten Britanniens blutige Anschläge durch. Damit wichen sie von den Attentaten, die sich

ausschließlich gegen symbolischen Zielfiguren richtete ab, und orientierten sich auf die Zivilbevölkerung und infrastrukturelle Knotenpunkte um. Diese „Dynamitkampagne“ fand aufgrund der schlechten Organisation innerhalb der Gruppe und einer Intensivierung der polizeilichen Überwachungsmaßnahmen 1887 ihr Ende.

(Der oben angeführte Text ist von A. Hafenstein zusammengestellt)

Folgende Charakteristika der damaligen irischen Terrororganisation fanden später Eingang in die Aktivitäten anderer Terroristen:

- Auslagerung der Basis der Terrororganisation in das Ausland
- die Mobilisation von Unterstützern durch den Medieneinsatz
- die Einwerbung und Beschaffung von Finanzmitteln
- die Ausweitung der Anschläge auf die Siedlungsinfrastruktur
- die Einbeziehung ziviler Opfer in die Anschläge
- der Einsatz technischer Neuerungen wie Zeitzündern, um die Flucht für den Attentäter zu ermöglichen.

Im Zuge der Herausbildung diktatorischer und totalitärer Staaten in den 1930er Jahren fand der Begriff wieder vermehrt Anwendung in Hinblick auf Regierungen, die gegen ihre eigenen Bürger massenhaft vorgingen. Beispiele hierfür liefern das faschistische Italien, das nationalsozialistische Deutschland und das stalinistische Russland. Auch heute noch sehen Regierungen in der Einschüchterung Oppositioneller, der Entsendung von so genannten „Todesschwadronen“ und Gewaltanwendung oder Androhung gegenüber vermeintlichen Gegnern ein opportunes Mittel ihrer Interessendurchsetzung, wie zahlreiche Militärdiktaturen in Lateinamerika belegen. Diese Art der Ausübung von Macht und Gewalt von innen – also ausgehend von einer Regierung gegenüber der eigenen Bevölkerung – wird zur Abgrenzung gegenüber dem Terrorismus oftmals als „Terror“ bezeichnet. Das Oxford English Dictionary beschreibt den Begriff als „Zustand großen Schreckens oder Angst“.

Terroristische Aktivitäten sind insbesondere im Kontext der Antikolonialisierungsbewegungen auszumachen. Im Nahen Osten, Asien und Afrika ereigneten sich in den 1940er und 1950er Jahren viele gewaltsame Aufstände, die gegen die europäischen Kolonialherren gerichtet waren. Da die Anerkennung und Legitimation derlei terroristischer Aktivitäten bei den Bevölkerungen dieser Länder oftmals sehr hoch war, generierte sich ein Bedürfnis nach politisch neutraleren Bezeichnungen wie beispielsweise „Freiheitskämpfer.“

Yassir Arafat, Präsident der palästinensischen Befreiungsorganisation, beschrieb die Unterschiede wie folgt: „Der Unterschied zwischen dem Revolutionär und dem Terroristen liegt in dem Grund, warum er kämpft. Denn wer immer sich für eine gerechte Sache und für die Freiheit und Befreiung seines Landes von Eindringlingen,

von Siedlern und Kolonisten eingesetzt, kann unmöglich als Terrorist bezeichnet werden...“ (Siehe: Erläuterungen)

Diese Kontextualisierung führte zu einem expansiven Gebrauch, den sich ethnisch-separatistische, rein ideologisch motivierte Gruppierungen ebenso wie religiös ausgerichtete Gruppen zu Eigen machten. So kämpften radikale Studentengruppen in Europa und dem amerikanischen Kontinent unter marxistisch/leninistisch/maoistischen Vorzeichen gegen die kapitalistischen liberal-demokratischen Staaten, während separatistische Gruppierungen gegen die „Fremdherrschaft“ kämpften. Vor dem Hintergrund sich vermehrender ereignender Anschläge auf amerikanische Diplomatenvertretungen im Nahen Osten rückte jedoch der staatsgeförderte Terrorismus in ein neues Licht. Den Regierungen des Iran, Syrien, Pakistan, Afghanistan und Libyen wird vorgeworfen terroristische Vereinigungen zu unterstützen.

Nicht nur die neuartige Motivation und die Maßlosigkeit der Gewalt bringen Fachleute dazu, von einer neuen Qualität des Terrorismus zu sprechen. Anders als die Gruppen der Vergangenheit arbeiten Terroristen heute in kleineren, nicht hierarchisch aufgebauten, schwer fassbaren Organisationen.

Der Einzelne kennt so nur wenige andere Mitkämpfer. Er kann seiner Gruppierung nicht viel schaden, falls er gefangen genommen wird oder überläuft. Ein klares politisches oder nationalistisches Programm gibt es ohnehin nicht. Man ist sich einig über den Feind und darin, dass es ihn zu treffen gilt, wo immer möglich.

Der neue Terrorismus operiert international. Seine Finanzierung und Logistiknetze überschreiten alle Grenzen. Die Terroristen nutzen allgemein zugängliche Technologien wie das Internet, um schnell und sicher zu kommunizieren. Geld kommt aus politischen Massenorganisationen, aus weltweiten Wirtschaftsaktivitäten mit ganz legalen Unternehmen; aber auch die Grenzen zur organisierten Kriminalität sind fließend.

*(fluter. Magazin der Bundeszentrale fuer politische Bildung.
Ausgabe 01. Dezember 2001.// Dieter Golombek, fluter, Nr.01/2001)*

Erläuterungen zum Text

Hoffman, Bruce gilt als international renommierter Terrorismusforscher. Er arbeitet seit über 20 Jahren in diesem Bereich und analysiert die Gefahren des „unerklärten Kriegs“, seine Ursachen sowie mögliche Entwicklungen der politischen Gewalt. //Hoffmann, Bruce (2006): Terrorismus – der unerklärte Krieg.

Neue Gefahren politischer Gewalt. Bonn.//Zitiert nach: fluter. Magazin der Bundeszentrale fuer politische Bildung. Ausgabe 01. Dezember 2001.// Dieter Golombek, fluter, Nr.01/2001,

Yassir Arafat, Adress to the UN General Assembly (13.November 1974), in Walter Laqueur (Hg.): the Israel-Arab Reader: A documentary history of the Middle East conflict. New York. Bantam. S.510¹ Zitiert nach

''Zitiert nach Hoffmann 2006:50. //Hoffmann, Bruce (2006): Terrorismus – der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt. Bonn.

Aufgaben

1. Übersetzen Sie ins Russische.

- 1) Tatsächlich wird oft jede besonders abscheuliche Gewalttat, die als gegen die Gesellschaft gerichtet verstanden wird, „Terrorismus“ genannt.
- 2) Im Unterschied zum heutigen Verständnis von Terror, der als das Handeln nichtstaatlicher oder substaatlicher Akteure gegen die Regierung verstanden wird, verkörperte das regime de la terreur ein Instrument des revolutionären Staates zur Festigung der Macht.
- 3) Die Gruppe beschränkte sich in ihrem Vorgehen auf Personifizierungen des autokratischen Unterdrückerstaates und richtete sich nicht wahllos gegen Zivilisten.
- 4) Nicht antimonarchistische und anarchistische Ideen lagen dem Terrorismus dieser Jahre zu Grunde, sondern nationalistische und separatistische Gründe wurden ins Feld geführt.
- 5) Der ungarisch-stämmige Attentäter Leon Czolgoz stand im Verdacht anarchistischen Bewegungen anzugehören.
- 6) Damit wichen sie von den Attentaten, die sich ausschließlich gegen symbolischen Zielfiguren richtete ab, und orientierten sich auf die Zivilbevölkerung und infrastrukturelle Knotenpunkte um.
- 7) Im Zuge der Herausbildung diktatorischer und totalitärer Staaten in den 1930er Jahren fand der Begriff wieder Anwendung in Hinblick auf Regierungen, die gegen ihre eigenen Bürger massenhaft vorgehen.
- 8) Da die Anerkennung und Legitimation derlei terroristischer Aktivitäten bei den Bevölkerungen dieser Länder oftmals sehr hoch war, generierte sich ein Bedürfnis nach politisch neutraleren Bezeichnungen wie beispielsweise „Freiheitskämpfer.“
- 9) Mitte der 1980er Jahre kursierten Verschwörungstheorien einer kommunistischen, terroristischen Internationalen, der zu Folge der Kreml mit seinen Vasallenstaaten terroristische Aktivitäten gegen den „Westen“ dirigierte.
- 10) In Hinblick auf die Opferzahlen, das Ausmaß der Zerstörung, den langfristigen Planungseinsatz sowie die mediale Verarbeitung dieses Ereignisses wird dieser terroristische Akt häufig als neuartige Form des Terrorismus beschrieben.
- 11) Die Neudefinition des Termini „Terrorismus“ umfasst nicht nur die terroristischen Gruppen, die die „Zivilisation“ bedrohen, sondern auch die Ängste die daraus entstehen.

2. Finden Sie Synonyme zu den folgenden Wörtern.

Bombenanschlag auf ein Gebäude, die Ermordung eines Staatsoberhauptes, ein Massaker an Zivilisten, durch eine militärische Einheit, regierungsfeindliche Dissidenten, organisierte Verbrecherbanden, zu Eigen machen, gewöhnliche Kriminelle, randalierender Mob, in Zusammenhang bringen, etw. verkörpern, mit umfassenden Befugnissen ausstatten, auf dieser Grundlage, die Auffassung vertreten, aufgreifen, beschränken sich, mittels Bombenattentaten, ins Feld führen, zu Eigen machen.

3. Was passt zusammen? Anmerkung: 4 Ausdrücke sind im Text nicht vorhanden.

regierungsfeindliche	Akt
organisierte	Planungseinsatz
gewöhnliche	Vorgehensweisen
randalierende	Erpresser
einsame	Mob
weitreichende	Folgen
separatistische	Partner
polizeiliche	Überwachungsmaßnahmen
ideologisch motivierte	Gruppierungen
grundlegende	Kriminelle
langfristige	Verbrecherbanden
terroristische	Form
grausam	Gründe
neuartig	Dissidenten

4. Setzen Sie folgende Wörter (bzw. Wortteile) in die Lücken ein.

stempeln, Fanatismus, Unfall, begünstigen, Flüchtlinge, Recht, umgehen, Geschichte, herausfordern, Unfall, Kriegsführung, verbreiten, zufügen, entziehen, Frieden, bekämpfen, Anschläge, verkriechen, Wahrheit, Arbeitnehmer, Haupttäter, Toleranz, verdienen, erschüttern.

Kriege um den Krieg

Der 11. September 2001 macht _____, eine mörderische Attacke _____ die Welt. Der perfekt organisierte _____ ist zum Mittel der _____ von Terroristen geworden – für die der Zweck offensichtlich alle Mittel heilig. Schrecken wollen sie _____, wir sollen uns nicht mehr sicher fühlen dürfen. Jeder neue große _____ wird auf absehbare Zeit im Verdacht stehen, von Terroristen inszeniert zu sein. Wir müssen lernen, mit der Angst _____.

Ein Krieg um Afghanistan – gerichtet gegen ein Regime, das den Terror _____. Ein Krieg, nicht geführt, um einem geschundenen Volk noch mehr Leid _____. Krieg -

möglicherweise Kriege - wird es geben, um dem Terrorismus den Nährboden zu _____. Bomben und Gewehre allein werden den _____ nicht bringen. Die neue Weltinnenpolitik muss ihre Rezepte noch finden, um die unheilvolle Verbindung von Armut und religiösem _____ zu _____.

Die _____ der Terroristen haben uns ein neues Gefühl für die eine Welt vermittelt, in der wir leben. Es macht wenig Sinn, sich in der eigenen (heilen) Welt zu _____. Elend, Korruption, Diktaturen und die Abwesenheit von Menschenrechten in weiten Teilen der Welt sind traurige _____. Wir sind _____. Mitten unter uns leben Menschen, die in ihrer Not bei uns Zuflucht gesucht haben. Diese _____, Asylanten und ausländischen _____ brauchen unsere _____, unser Verständnis, unsere Hilfe. Wir dürfen sie nicht zu Tätern _____, nur weil einer der _____ von New York mitten unter ihnen war. Fanatiker aber ... keine Toleranz: Sie haben nicht das _____, unsere Nachbarn zu sein.

(*fluter*, Nr.01/2001: 3 // *fluter. Magazin der Bundeszentrale fuer politische Bildung* Ausgabe 01. Dezember 2001. // Dieter Golombek, *fluter*, Nr.01/2001, S.3)

5. *Bilden Sie Satze und übersetzen Sie.*

- 1) Terrorismus, Einsatz unberechenbarer Gewalt, sein, Erreichung eines politischen Zieles, für.
- 2) Die Terroristen, tun, bevorzugten Ziele, auswählen, Massenmord, um.
- 3) Terror, systematische Gewalttätigkeit, sein.
- 4) Terrorismus, sprechen, Tätigkeit, politisch geplant, gelenkt sein.
- 5) Gewaltverbrechern, vergleichen, und weltanschaulich motiviert, Flugzeugentführer, nicht, finden, man, Störungen, wenig, geistig, und, Drogenmissbrauch.
- 6) Der Terrorist, meinen, dass, für die Humanität, kämpfen, er.
- 7) Fachleute, sprechen, die neuartige Motivation und die Maßlosigkeit der Gewalt, von einer neuen Qualität des Terrorismus.
- 8) Feind, treffen, schmerzhaft, sehen, überall, man.

6. *Finden Sie bitte passende Überschriften für die einzelnen Absätze des Textes und erstellen Sie damit einen Plan der Zusammenfassung.*

7. *In Israel wohnen die Menschen in ständiger Gefahr, überfallen zu sein. Wir lernen uns mit Terroranschlägen auch kennen. Das Ministerium für Außerordentliche Situationen hat manche Regeln des Benehmens für die einfachen Bürger ausgearbeitet. Wissen Sie darüber Bescheid? Zählen Sie manche Regeln auf! Was meinen Sie, sind diese Regeln vom Nutzen?*

8. Rollenspiel: Sie sind im Parlament. Ein neues Gesetz gegen terroristische Tätigkeit wird verabschiedet. Welche Maßnahmen würden Sie vorschlagen und warum? Übernehmen Sie eine Rolle des Verteidigungsministers bzw. des Außenministers oder des Präsidenten und äußern Sie Ihre Meinung dazu. Der Militärminister schlägt z. B. vor, geheimes Überwachungsverfahren für verdächtige Personen schon bei dem Grenzübergang einzuführen.

Text 2. Gründe der terroristischen Tätigkeit

Die Anliegen der Terroristen können sehr unterschiedlich sein. ‚Liberation Tigers of Tamil Eelam‘(LTTE) und IRA, palästinensische HAMAS und deutsche RAF, baskische ETA und GIA (groupes islamiques armés) in Algerien – es liegen Welten dazwischen. Die Motive von Terroristen können politisch, religiös oder ideologisch begründet sein. Um ihre Ziele durchzusetzen, streben sie nach politischer Macht und der Schwächung ihres politischen Gegners. Das unterscheidet Terrorismus von anderen Gewaltakten großen Stils, die etwa auf Bereicherung ausgerichtet sind, zum Beispiel vom Terror der Rauschgift-Mafia in Kolumbien.

Grundsätzlich unterscheiden die Terrorismus-Experten vier Beweggründe für terroristisches Handeln:

- Die Förderung nach (revolutionären) Veränderungen in politischen oder sozialen Strukturen, oft gepaart mit einer Ideologie, die der jeweils herrschenden widerspricht:
- Das Bedürfnis ethnischer oder politischer Minderheiten sowie unterdrückter Völker nach einem eigenen Staat oder zumindest einer gewissen politischen und kulturellen Autonomie:
- Terrorismus mit religiösen oder pseudo-religiösen Motiven (z. B. Sekten mit „apokalyptischem Fanatismus“) sowie
- Geistig verwirrte Einzeltäter („die Auserwählten“) mit einer bestimmten „Mission“ oder „sozialen Philosophie“, die ihre Anschläge ohne Netzwerke oder Gruppenunterstützung planen und ausführen.

Diese klassische Variante des Terrorismus kennzeichnet die politische Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert. Zumeist stand und steht sie in Zusammenhang mit antikolonialen Befreiungsbewegungen, ethno-nationalem Separatismus, sozial-revolutionären Ideologien oder religiösem Fundamentalismus. Typische Beispiele für die Zeit nach 1945 sind die baskische ETA, die nordirische IRA, die kurdische PKK, die italienischen Brigade Rosse, die französische Action Directe oder die deutsche RAF. Diesen Gruppierungen geht oder ging es um die Veränderung einer nationalen Ordnung - sei es die Schaffung eines eigenen Staates, sei es das Ende von Fremdherrschaft - oder um eine veränderte Staats- und Regierungsform. Sie verüben fast alle ihre Attentate im Inland. Ausländer sind dabei nicht Ziel der Anschläge, sondern eher zufällige Opfer. Dies ändert sich, wenn Terroristen eine Strategie der Internationalisierung einschlagen.

Die japanische Aum-Sekte, die 1995 einen spektakulären Giftanschlag in der U-Bahn von Tokio verübte, ist ein Beispiel dafür. Bei dem Anschlag vom 20. März 1995 in Tokio verloren zwölf Menschen ihr Leben und über 5500 weitere Personen wurden verletzt, als im U-Bahnsystem der japanischen Hauptstadt ein Sprengsatz gezündet wurde. Das Attentat erregte weltweite Aufmerksamkeit, da die Attentäter sich einer neuen Form des Terrors bedienten: Ursache der Todesfälle war nicht ein konventioneller Sprengstoff, sondern das Nervengas Sarin.

Die meisten Informationen über die Herstellung chemischer Substanzen erhielt die Aum-Sekte dabei über kurze Recherchen im Internet. Tatsächlich waren für Aum die USA die Hauptbezugsquelle nicht nur für Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, sondern auch für sein gewaltiges Geschäftsimperium. Aum-Mitglieder verschafften sich Zugriff auf die Datenbank des Brookhaven National Laboratory (BNL) in New York [...]. Die Datenbank des BNL gilt als die Datenbank für Informationen über die wichtigsten biochemischen Vorgänge im menschlichen Körper. Das Interesse der Sekte war darauf gerichtet, neue Gifte herzustellen, die bestimmte Moleküle gezielt zerstören oder in ihrer Funktionsweise einschränken können. Äußerst beäunstigend war zudem, dass die Sekte offensichtlich beabsichtigte, ein australisches Territorium mit Uranvorkommen zu erwerben. Offensichtlich war auch der Bau einer Mine in der konkreten Planung, um Uran für die Herstellung von Nuklearwaffen zu fördern.

Man spricht über eine neue Form des Terrorismus, die sich im Laufe der neunziger Jahre entwickelt hat und sich nicht zuletzt auch der Möglichkeiten bedient, die mit der Globalisierung verbunden sind. Dies gilt vor allem für die Bildung von transnationalen Netzwerken, die weltweite Rekrutierung von Mitgliedern sowie die Nutzung verschiedener Finanzquellen und moderner Kommunikationsformen wie etwa des Internets. Die Attentate vom 11. September 2001 weisen darüber hinaus weitere Besonderheiten auf:

- Erstens machten sie deutlich, dass bestimmte Terrorgruppen heute in der Lage sind, kriegsähnliche Zerstörungen anzurichten. Nie zuvor hatte ein Terroranschlag mehr Tote gefordert (über 3000 Opfer) und mehr wirtschaftliche Schäden verursacht. Offenbar ging es den 19 Attentätern nicht allein um ein Maximum an internationaler Aufmerksamkeit, sondern auch um ein Maximum an Opfern.
- Zweitens gab es von dem Ereignis Live-Bilder - ein welthistorisch einmaliger Vorgang. Während bei Terrorakten in der Regel nur die Folgen zu sehen sind, konnte am 11. September die Weltöffentlichkeit in Echtzeit verfolgen, wie das zweite Passagierflugzeug in den Nordturm des World Trade Center raste.
- Drittens zeigte sich an ihnen die wachsende Fähigkeit von Terroristen, komplexe Operationen, insbesondere simultane Attentate, zu planen und durchzuführen.
- Viertens erfolgten die Attacken auf dem Territorium der USA, das bis dahin von äußeren Angriffen im Wesentlichen verschont geblieben war, wenngleich US-Bürger und US-Einrichtungen im Ausland seit Jahren verstärkt Opfer terroristischer Anschläge sind.

Diese vier Aspekte kennzeichnen den global operierenden Terrorismus, als dessen Prototyp das radikal-islamistische Netzwerk al-Qaida unter der Führung des saudischen Millionärs Osama Bin Laden (geb. 1957) gelten kann. Al-Qaida ("Basis") entstand 1988/89 in Afghanistan und Pakistan. Ausgangspunkt waren Rekrutierungsbüros, die weltweit Kämpfer anwarben und militärisch ausbildeten, um sie dann im Guerillakrieg gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans (seit 1979) einzusetzen.

Diese Gewaltstrategie setzt im Wesentlichen auf psychische Effekte. Terroristen sind nicht in der Lage, Territorien zu erobern oder dauerhaft zu kontrollieren. Ihr Ziel ist es vielmehr, eine Bevölkerung insgesamt, bestimmte Gruppen oder Einzelpersonen zu schockieren und einzuschüchtern. Oftmals richtet sich die Gewalt gegen Ziele mit hohem Symbolgehalt (zum Beispiel religiöse Orte, Denkmäler, Handels- und Bankenzentren, Polizeistationen und Militäreinrichtungen, Regierungs- und Parlamentsgebäude), um den Gegner zu provozieren oder zu demütigen. Gleichwohl geraten immer wieder - wie Beispiele aus Nordirland, dem Nahen Osten oder Sri Lanka belegen - auch öffentliche Verkehrsmittel, Restaurants, Cafés, Diskotheken oder Marktplätze in das Fadenkreuz von Terroristen, die damit signalisieren, dass es im Prinzip jeden/jede treffen kann. Zudem greifen Terroristen nicht selten zu Geiselnahmen und Entführungen, um etwa Inhaftierte freizupressen oder den Staat zu bestimmten politischen Maßnahmen zu zwingen.

Panik und Schockeffekte sind das eine, die Mobilisierung von Sympathisanten und Unterstützern sowie die Radikalisierung von politisch nahe stehenden Bewegungen sind das andere strategische Motiv terroristischer Aktivitäten. Terroristen verstehen sich dabei typischerweise als Avantgarde, die sich für die "Unterdrückten" einsetzt. Daraus speist sich das Bewusstsein moralischer Überlegenheit, mit der sie ihre eigentlich unmoralischen Taten vor sich selbst und anderen rechtfertigen. Allerdings wird die gewünschte Mobilisierung von Sympathisierenden in aller Regel weniger durch die Anschläge selbst erreicht als vielmehr durch die Gegenreaktionen, die sie beim Adressaten hervorrufen. Die Attentate sollen den Gegner zu möglichst brutalen und unverhältnismäßigen Maßnahmen provozieren, die ihn, so das Kalkül der Terroristen, "entlegitimieren" und "demaskieren". Die Provokation der Anschläge dient damit der Entlarvung des vermeintlich Angegriffenen als des eigentlichen "Aggressors". Terroristen setzen insofern auf eine Eskalation, bei der sie von der Rolle der Angreifer in die der Angegriffenen wechseln können.

*(Umbach, Frank: Einzelaspekte der Kriege der Zukunft –
Internationaler Terrorismus im Zeitalter der Globalisierung,
in: Die Kriege der Zukunft. epd-Dokumentation 31/2002.
Informationen zur politischen Bildung.*

*Hrgs.: Bundeszentrale fuer politische Bildung/bpb,
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Finanzis'print&media Vertrieb.
Heft 280 (Globalisierung/Internationaler Terrorismus);
Heft 291 (Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert)*

Aufgaben

1. Bilden Sie Sätze und übersetzen Sie ins Russische.

- 1) auf Bereicherung ausgerichtet sein
unterscheiden, das Terrorismus, von, andere Gewaltakten, auf Bereicherung, ausgerichtet sein, zum Beispiel, die Rauschgift-Mafia.
- 2) das Bedürfnis nach
das Bedürfnis, die Minderheiten, ein eigener Staat, auch, unterdrückte Völker, wie, nach, oder, eine politische und kulturelle Autonomie.
- 3) in Zusammenhang stehen mit etw.
zumeist, stehen, antikoloniale Befreiungsbewegungen, die, in Zusammenhang, mit.
- 4) die Aufmerksamkeit erregen
das Attentat, die Aufmerksamkeit, da, die Attentäter, sich bedienen, eine neue Form, erregen: verursachen, die Todesfälle, das Nervengas Sarin.
- 5) das Interesse auf etw. richten
das Interesse, die Herstellung, die Attentäter, auf, richten, neue Gifte, die, bestimmte Moleküle, zerstören, oder, könne einschränken, in ihrer Funktionsweise.
- 6) in der Lage sein
heute, bestimmte Terrorgruppen, in der Lage sein, anrichten, kriegsähnliche Zerstörungen.
- 7) die politischen Maßnahmen ergreifen
die Regierung, heutzutage, ergreifen, können, Terroristen, um, zu, Geiselnahmen, präventive Maßnahmen, verhindern, und, Entführungen.

2. Ersetzen Sie in folgenden Ausdrücken die Substantive durch die Verben.

Schwächung ihres politischen Gegners, auf *Bereicherung* ausgerichtet sein, *Förderung* nach Veränderungen, *Bedürfnis* einer Autonomie, *Überwindung* der Folgen, *Anwerbung* der Kämpfer, *Beseitigung* der Hindernisse, *Widerstand* leisten, *Unterstützung* finden, *Erfüllung* eines Versprechens, *Verbreitung* und *Erklärung* der Pläne, die *Radikalisierung* von Bewegungen.

3. Ergänzen Sie folgende Tabelle. Suchen Sie im Internet zusätzliche Information.

Terroristische Organisation	Land	Ziele und Motive	Derzeitige Zustand	Wichtige Vertreter
IRA				
RAF				
LTTE				
HAMAS				
GIA				
ETA				
Al-Qaida				

4. *Welche Arten von den Terrorgruppen anhand ihrer Ziele können Sie jetzt unterscheiden?*

5. *Machen Sie eine schriftliche Übersetzung.*

Ислам является краеугольным камнем мусульманской культуры и мировоззрения. Одновременно он служит благодатной почвой и предлогом для оправдания противоправных действий вроде террористической и экстремистской деятельности.

Мусульманский мир, так же как и христианский, многообразен и, как правило, отделяет церковь и государство. Лишь там, где религиозные лидеры выступают как глава государства, вопросы веры замерли во времени.

Со времени терактов в Нью-Йорке и Вашингтоне людьми руководит страх перед террористами и терроризмом. Человек подозревает своего соседа, который родился в одной из арабских стран, в подстрекательстве к массовому убийству и развязывании религиозных войн.

Но действительно ли Коран оправдывает войну? Постулаты веры многих религий сформулированы так, что их можно толковать в своих интересах. В Коране ли, в Библии можно найти как призыв к войне против инаковерующих, так и принципы мирного сосуществования. Парочка террористов, какую бы религию они не исповедовали, может вывалить в грязи миллионы невинных.

Террор произрастает на почве незнания, унижения и нищеты, что характерно для стран Третьего мира. Они являются благоприятной почвой для террористического мышления. Многие жители этих стран воспринимают себя жертвами западных сверхдержав. Следует учесть, что многие страны арабского мира имеют колониальное прошлое или являлись ранее ареной борьбы сверхдержав. На их территории велись опосредованные войны за экономические и политические интересы.

Эти тяжелые вмешательства во внутренние дела привели к произволу, экономической нестабильности и коррумпированности властных органов. В этом случае следует говорить о государственном терроризме, где многочисленные нефтяные магнаты отправляют деньги в кассы террористических организаций.

Многие мусульмане нашли свою родину в Германии. Когда-то их родители как гастарбайтеры способствовали ее процветанию. А сегодня их дети во втором или третьем поколении стали ее гражданами. Можно заклеить человека как экстремиста уже за одежду, но, с другой стороны слепо проповедуя толерантность и интеграцию впасть в детское состояние наивности и не заметить реальной опасности. Истина лежит где-то посередине.

Мировая общественность не может смириться с неудачами, связанными с предупреждением терактов. Все чаще люди задаются вопросом: помогают ли меры повышенной безопасности обнаружить готовых к самоубийству террористов в аэропортах, метро, на улице?

Правительства берут обязательства обеспечения безопасности своих граждан, вводя так называемые антитеррористические параграфы для борьбы с терроризмом. Данные параграфы предусматривают проверку на благонадежность сотрудников, некоторое ослабление тайны банковских вкладов, сбор информации, контроль выдач виз.

При поиске преступников, совершивших преступления и нашедших убежище на чужой территории, могут использоваться с помощью компьютеров и новые методы расследования: дополнительные характеристики в скрытой форме в паспортах и удостоверениях.

6. Beantworten Sie die Fragen.

- 1) Warum kann man nicht Maßnahmen gegen terroristische Gruppen als eindeutig effektive bezeichnen?
- 2) Ist Bekämpfung des Terrorismus überhaupt denkbar? Warum?
- 3) Können Sie irgendwelche Maßnahmen gegen terroristisches Handeln vorschlagen?

7. Setzen Sie folgende Wörter in die Lücken ein.

funktionstüchtig, Terrorismus, Topterroristen, Anschlag, Finanzquellen, Gefahrenabwehr, Flexibilität, Antiterror-Strategien, Netzwerk, Interventionen, Eindämmung, verhindern, Verlust, Regierungen, bewegt sich, terroristische, Verbot, Vorkehrungen, Basis.

Bekämpfungsstrategien

Der globale _____ stellt die Terrorismusbekämpfung vor neue Herausforderungen:

- Verändertes Tatprofil: Spätestens seit dem 11. September ist jede Art von _____ vorstellbar geworden. Das Dilemma besteht darin, dass sich kein Staat der Welt auf sämtliche Szenarien vorbereiten kann, sondern allein aus Kapazitätsgründen Schwerpunkte bei Aufklärung und _____ setzen muss.
- Netzwerke statt Hierarchien: Die spezifische Netzwerkstruktur bedingt eine hohe _____ und Resistenz gegenüber Angriffen von außen. Das _____ kann weiter

bestehen, solange wichtige Knotenpunkte innerhalb der Organisation oder Schnittstellen zu anderen Terrorgruppen _____ bleiben. Es genügt daher nicht, die Kommandoebene auszuschalten oder einem einzelnen _____ hinterherzujagen.

- Diversifizierung der Finanzierung: Die Möglichkeit, auf mehrere _____ und Transferwege zurückzugreifen, verschafft den Terroristen ein hohes Maß an Flexibilität, da der _____ einiger Quellen durch andere kompensiert werden kann und gleichzeitig die _____ von Finanzströmen erheblich erschwert wird.

- Nicht-staatliche Unterstützung: Es genügt nicht, bestimmte _____ mit Sanktionen international unter Druck zu setzen, um sie dazu zu bewegen, ihre Kooperation mit Terrorgruppen zu beenden. Die nicht-staatliche Förderung entzieht sich oftmals der Kontrolle von Regierungen oder aber sie _____ in einem legalen Rahmen.

Bei den _____ kann zwischen operativen und strukturellen Maßnahmen unterschieden werden: Der operative Bereich dient dazu, gegen bestehende und manifeste _____ Strukturen vorzugehen und Anschläge zu vereiteln. Dazu gehören militärische _____ (wie in Afghanistan), Einsätze von Spezialkräften und Antiterrorereinheiten, geheimdienstliche Aufklärung, polizeiliche Maßnahmen, _____ von Organisationen sowie _____ zur Austrocknung der Finanzquellen (zum Beispiel Einfrieren von Konten, Kontrolle von Finanztransfers).

Bei den strukturellen Maßnahmen geht es darum, die Bildung von Terrorgruppen möglichst zu _____ oder zumindest die Ausbreitung terroristischer Netzwerke einzudämmen, indem den Terroristen ihre politische und sozioökonomische _____ entzogen wird. Deshalb stehen die Lösung von Regionalkonflikten (zum Beispiel Nahost- oder Kaschmirkonflikt), die Stärkung von staatlichen Strukturen in weiten Teilen der Welt, die Eindämmung des Waffenhandels sowie die Stärkung von Regimen zur Nichtverbreitung von ABC-Waffen im Vordergrund.

(*Zeitschrift für politische Bildung*, Heft 279.
Hrgs.: Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn
ViSdP: Thorsten Schilling
schilling@bpb.de)

8. Finden Sie passende Verben, die den Substantiven entsprechen.

der Dienst _____,	die Einberufung _____,
die Entlassung _____,	die Verpflegung _____,
die Bekleidung _____,	die Bewaffnung _____,
der Angriff _____,	die Zerstörung _____,
die Rüstung _____,	der Schuss _____,
das Feuer _____,	der Befehl _____,
der Marsch _____,	die Wache _____,
die Vernichtung _____,	die Verteidigung _____.

(*Mittelstufe Deutsch*. Johannes Schumann,
1. Auflage, 2000 Max Hueber Verlag,
D-85737 Ismaning, , S.106)

9. *In welcher Reihenfolge ergeben die Abschnitte einen sinnvollen Text? Tragen Sie die Reihenfolge in die Kästchen ein.*

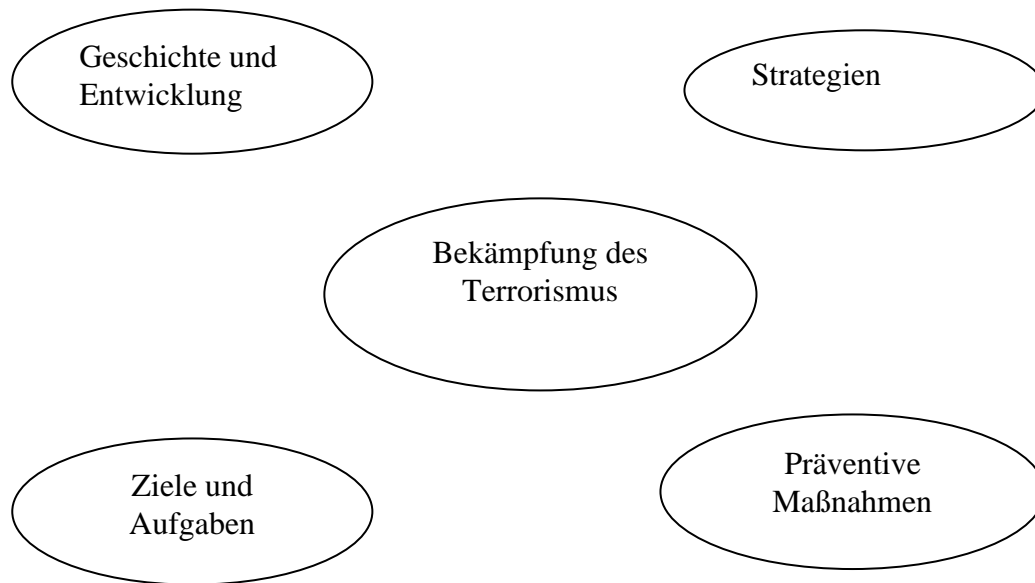
- ☐ In Europa taucht der Terrorismus während der Französischen Revolution auf. Das „Regime des Terrors“ galt als ein Herrschaftsinstrument des neuen Staates.
- ☐ Es wird berichtet von einer extremen Splittergruppe, die sich auf Anschläge in den Städten spezialisiert hatte. Zwischen den Menschen schlichen diese Attentäter an ihre Opfer heran und erstachen sie. Ihre Mordserie richtete sich vor allem gegen jene Juden, die mit den römischen Staatsherren zusammenarbeiteten.
- ☐ Später bestimmte der Terror die Pläne italienischer und irischer Patrioten in ihrem Kampf um die Unabhängigkeit ihrer Länder. Diese Strategie half Revolutionäre und Anarchisten in ihrem Versuch, die Monarchien zu stürzen...
- ☐ Geboren ist aber Terror früher. Es war die Zeit der Gründung eines Geheimordens: die Assassinen. Von ihren Bergfestungen verlegten sie ihren Aktionsschwerpunkt auf die Städte und ermordeten zahlreiche Fürsten...

(Forum Geschichte. Band 4. Vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Gegenwart. Hrgs.: von Hans-Otto Regenhardt und Claudia Tatsch. 1. Auflage, 2003 Cornelsen Verlag, Berlin, Kultur und Religion in der globalisierten Welt, S.320-32)

10. *Äußern Sie Ihre Meinung zu folgenden Aussagen.*

- 1) Terrorismus kann man nicht bekämpfen, weil der Gegner immer anonym bleibt.
- 2) Terrorismus ist die Kehrseite der Globalisierung.
- 3) Terror bekämpft man mit dem Terror.

11. Ergänzen Sie folgendes Diagramm.



Zusätzliche Informationen

Arabische Liga

Die Arabische Liga, die offiziell „Liga der Arabischen Staaten“ heißt, ist eine Vereinigung von unabhängigen Staaten, deren Bevölkerung überwiegend arabischsprachig ist. Sie soll die Politik der Mitgliedstaaten koordinieren, ihre gemeinsamen Interessen fördern und die Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern Arabiens vertiefen. Die Liga dient als Plattform für politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Programme.

Die Arabische Liga wurde 1945 auf Betreiben Ägyptens, das 1943 erstmals eine solche Organisation vorgeschlagen hatte, in Kairo gegründet. Die Gründungsstaaten waren Ägypten, der Irak, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien, Jordanien und Jemen. Die Arabische Liga ist als eine regionale Organisation souveräner Staaten konzipiert. Wesentliche Ziele waren die Unabhängigkeit für alle arabischen Völker und die Verhinderung eines jüdischen Staates in Palästina.

Neben den Gründungsstaaten gehören der Arabischen Liga derzeit folgende Länder an: Libyen (seit 1953), Sudan (1956), Marokko, Tunesien (1958), Kuwait (1961), Algerien (1962), Süd-Jemen (1967), Bahrain, Katar, Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate (1971), Mauretanien (1973), Somalia (1974), Dschibuti (1977), und die Komoren (1993). Auch die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO ist seit 1976 Mitglied.

Nach der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensabkommens von Camp David wurde die Mitgliedschaft Ägyptens suspendiert und das Hauptquartier der

Arabischen Liga von Kairo nach Tunis verlegt. 1989 wurde die Suspendierung Ägyptens aufgehoben und die Zentrale nach Kairo zurück verlegt.

Das höchste Organ der Liga der Arabischen Staaten ist der Rat der Staats- und Regierungschefs, in dem alle Mitgliedstaaten eine Stimme haben. Beschlüsse, die einstimmig verfasst werden, sind für alle Mitgliedstaaten bindend. Mehrheitsbeschlüsse sind nur für diejenigen bindend, die zugestimmt haben. Der Rat tritt zweimal jährlich, im März und September, zusammen. Wenn zwei Staaten einen entsprechenden Antrag stellen, treffen sich die Staats- und Regierungschefs zu einem Sondergipfel. Der Generalsekretär der Liga wird vom Rat mit Zweidrittel-Mehrheit gewählt. Er ist für die Verwaltung und die Finanzen verantwortlich. Weitere wichtige Organe sind ein gemeinsamer Verteidigungsrat, ein Wirtschaftsrat und ein permanenter Verteidigungsausschuss. Generalsekretär ist seit Mai 2001 der Ägypter Amir Moussa. Er ernannte im Juli 2001 die palästinensische Politikerin Hanan Ashrawi zur Sprecherin der Liga.

([http://www.arabischeliga.com](http://www.arabischeliga.com;);
Stand 2005)

Die Arten von Terrorismus

Nationaler Terrorismus beschränkt sich in der Zielsetzung und im Aktionsradius auf das Territorium eines Staates. Beispiele dafür sind die maoistischen Bewegungen in Nepal, Bhutan, Bangladesch, Indonesien und auf den Philippinen oder auch die RAF in Deutschland. Internationaler Terrorismus hat zwar staatsinterne Ziele, der Aktionsradius geht jedoch über die Grenzen des Landes hinaus und unbeteiligte Dritte werden zu Opfern gemacht. Transnationaler Terrorismus hat weite Teile der Welt als Ziele im Visier und zielt auf die Änderung der internationalen Ordnung ab. Das Terrornetzwerk Al Qaida ist die einzige Vereinigung, auf die das zutrifft. Der transnationale Terrorismus wird oft auch als internationaler Terrorismus bezeichnet.

Der sozial-revolutionäre Terrorismus. Diese Art des Terrorismus hat ihren geistigen Ursprung im Umfeld der „Neuen Linken“ in den 60er Jahren. Anschläge zielen auf die Umwälzung bestehender Herrschafts- und Besitzverhältnisse im betroffenen Land ab. In den Ländern der westlichen Welt scheiterten derartige Bewegungen durchweg und verloren mit dem Fall des Eisernen Vorhangs völlig an Bedeutung. In Lateinamerika war es Ursprung für heutige Guerillavereinigungen wie die FARC oder ELN. Gegenwärtig gibt es diesen marxistisch inspirierten Terrorismus, in Form von „maoist movements“ in Ländern Süd- und Südostasien.

Der ethnisch-nationalistische Terrorismus. Er wird von militanten Organisationen von Minderheitspopulationen verübt. Die Minderheiten haben ein bestimmtes Identitätsbewusstsein, das sich auf einer eigenen Kultur und Sprache, die sich von der Mehrheit der Bevölkerung des Landes unterscheidet. Das Ziel ist oft die Abkopplung eines Gebietes von einem Nationalstaat.

Beispiele sind die baskische ETA, Tamil Tigers auf Sri Lanka, armenische Gruppen, Asala in der Türkei.

Religiöser Terrorismus. Der Ausdruck "religiöser Terrorismus" stößt weithin auf Widerspruch; sowohl bei den Vertretern der Religionen selbst, als auch von Außenstehenden, die die Rolle der Religionen als Korrektiv u.a. zu terroristischer Gewalt aufzeigen.

Eine differenzierte Betrachtung der geschichtlichen Erfahrung belegt jedoch, dass als terroristisch einzustufende Aktionen vielfach in durchaus religiösem Kontext erfolgen. Eine Betrachtung des religiösen Terrorismus konzentriert ihr Augenmerk aber auf das besondere Motiv, das religiöse Menschen zu terroristischen Aktionen bewegt. Man könnte daher auch angemessen von jeweils religiös/national/sozial motiviertem Terrorismus sprechen. Als Merkmal religiösen Terrorismus ist in erster Linie die persönliche Überzeugung der Täter zu betrachten.

Religiöser Terrorismus trat historisch wie lokal auf sehr unterschiedliche Weise zu Tage. Sein Erscheinungsbild ist so vielschichtig, dass Definitionen immer wieder umstritten sind. Gleichwohl unterscheidet er sich signifikant von anderen Arten des Terrorismus und macht eine gesonderte Betrachtung und Darstellung unverzichtbar.

Er hat vor allem seit Mitte der 80er Jahre an Bedeutung gewonnen. Er geht aus Sekten oder fundamentalistischen Strömungen innerhalb bestimmter Religionen hervor. Insbesondere islamitische Organisationen wie die palästinensische Hamas, die libanesische Hizbollah und nicht zuletzt das Terrornetzwerk Al Qaida sind bekannte Beispiele für religiösen Terrorismus.

Staatsterror. Ob man dies unter dem Begriff "Terrorismus" fassen kann, ist umstritten. Gehen staatliche Armeen oder zumindest informell staatlich kontrollierte paramilitärische Truppen (so genannte Todesschwadronen) gegen Widerstandsbewegungen mit der oben genannten Methode des Terrors vor, vor allem, um die nicht direkt Betroffenen (Verhaftete, Verdächtige) einzuschüchtern, so spricht man immer häufiger von Staatsterrorismus.

Historisch gab es in der Französischen Revolution die Terrorherrschaft Robespierres und in der Sowjetunion den Roten Terror Lenins, einen staatlich organisierten Terror, der die Herrschaft der Revolutionäre absichern sollte. Auch der Faschismus Benito Mussolinis in Italien zwischen 1922 und 1943, der Nationalsozialismus unter Adolf Hitler in Deutschland zwischen 1933 und 1945 sowie andere rechtsdiktatorische Regime werden häufig als Beispiele für Staatsterrorismus angeführt.

Der Einsatz von Folter durch Militär und Geheimpolizei auch gegen nur unter Verdacht stehende auch potenzielle politische Gegner, willkürliche Erschießungen u.a. Hinrichtungen zum Zweck der Abschreckung, - oft auch ohne vorherigen

juristischen Prozess, sind einige Kennzeichen für entsprechende staatsterroristische Diktaturen.

Im Nationalsozialismus gilt insbesondere die Verkehrung von (individueller) moralischer Rechtschaffenheit und staatlich organisierten Straftaten als besonders eklatantes Exempel für die Methodik des Staatsterrorismus. Dies gilt vor allem für die Verfolgung und die massenhafte Ermordung von politischen Gegnern sowie ethnischen und religiösen Minderheiten, allem voran der industriell organisierte Völkermord an den europäischen Juden (vgl. Shoa, inzwischen bekannter unter "Holocaust"), der etwa 6 Millionen Menschen mosaischen Glaubens, damals ungefähr einem Drittel der jüdischstämmigen Weltbevölkerung, das Leben kostete.

(<http://www.wikipedia.de>)

Quellenverzeichnis:

1. fluter. Magazin der Bundeszentrale fuer politische Bildung. Ausgabe 01. Dezember 2001.// Dieter Golombek, fluter, Nr.01/2001, S.3 -Woher kommt Terrorismus. Wie der Hass entstanden ist? Eine Analyse von Michael Bechtel. S8-11, Warum sie es tun? S11, Terrorismus und Armut S14
2. fluter. Magazin der Bundeszentrale fuer politische bildung. Ausgabe 04. September 2002./ Wer ist Europa? S46-49
3. Mit Deutsch in Europa studieren, arbeiten, leben. Hrsg. Von Dorothea Levy-Hillerich und Renata Krajewska-Markiewicz. Nakladatelstvi Fraus/ verlag Fraus, Goethova 8, 301 31 Plzeň, Printid in the Czech Republic, 2004, S. 53-60, 63-65.
4. Markt. Zeitung, Ausgabe 15, Jahrgang 1998, Hrsg.: Goethe-Institut// S. 25-Tabelle EU, IWF's.
5. <http://de.wikipedia.org/wiki/Terror>
6. <http://userpage.fu-berlin.de/~tmuehle/europa/eu/eujoin.htm>
7. http://de.wikipedia.org/wiki/Internnationaler_W...
8. <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/deu/glanced.htm>
9. <http://www.imf.org>.
10. <http://www.imf.org/external/np/exr/ib/2000/deu/0412200/htm>.
11. [http://www.bpb.de/themen/GXST93,0,0,Der Europ%E4ische Rechnungshof.html](http://www.bpb.de/themen/GXST93,0,0,Der_Europ%E4ische_Rechnungshof.html)
12. www.bpb.de/Heft280/
13. <http://userpage.fu-berlin.de/~tmuehle/europa/eu/eujoin.htm>
14. Mittelstufe Deutsch. Johannes Schumann, 1. Auflage, 2000 Max Hueber Verlag, D-85737 Ismaning, 320 S.
15. Mittelstufe Deutsch. Arbeitsbuch. Friederike Fruehwirth und Hanni Holthaus Johannes Schumann, 1. Auflage, 2001 Max Hueber Verlag, D-85737 Ismaning, 238 S.
16. Fitzler, M. / Unser, G. Die Europäische Union. Bundeszentrale für die politische Bildung, 2. Auflage, Bonn 2001, 160 S.,// S. 25-30, 39- 63, 68-85.
17. Forum Geschichte. Band 4. Vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Gegenwart. Hrsg.: von Hans-Otto Regenhardt und Claudia Tatsch. Erarbeitet von Gerburg Harenbrock, Kerstin Kellmann, Hans-Otto Regenhardt, Dr. Arnulf Siebennecker, Claudia Tatsch, Andrea Welk, 1. Auflage, 2003 Cornelsen Verlag, Berlin, 344 S. ISBN 3-464-64 322-0. 344 S.//Terrorismus: Historische Wuerzeln: S. 320-322.// Kultur und Religion in der globalisierten Welt, S.320-321.

Teil II

18. www.atak-netzwerk.de
19. Informationen zum Anschlag auf die OPEC-Konferenz, 1975
20. „Globalisierungskritische“ Nachrichten auf indymedia.org(<http://indymedia.org>)
21. Chomsky, Noam über „Neoliberalismus und Globale Weltordnung“ (<http://chomsky.zmag.de/artikel.php?id=20>)

22. Grundlegende Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung zur Globalisierung(http://www.bpb.de/publikationen/U1INL3,0,0,IZPB_Globalisierung.html)
23. <http://www.bpb.de/themen/YDEVZC,,0,Globalisierung.html>
24. Vatter zum Thema: Beglaubigung? Legalisation und globaler Rechtsverkehr, Manz-Verlag (<http://www.apostille.de/Globalisierung.html>)
25. Definition - kurz und treffend (<http://avenz.de/definition/globalisierung.html>)
26. Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen (<http://www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/wwwPubhomepage?webhomepageg er?opendocument>)
27. Eine faire Globalisierung.
<http://www.ilo.org/publik/english/wcsdg/docs/reportg.pdf> Publikation der ILO, im PDF-Format
28. <http://de.wikipedia.org/wiki/Globalisierung>
29. HUMONDE – Für eine humane Welt und Wirtschaft
<http://www.humonde.de/ausgabe?PHPSESSID=3ab380d6558f1bbe63c94cd5b4691b1>
30. Handbuch der Globalisierung <http://www.handbuchderglobalisierung.de>
31. Network WorldWide Projects <http://nwwp.org>
32. “Verlorenes Paradies?” ein Essay von Josua Volegbusch über die Auswirkung der Globalisierung und das innenpolitische Klima, scheinbare Komplexität, Identitätskonstruktion und Ursachen von Verunsicherung und Orientierungslosigkeit
<http://www.beepworld.de/members74/chancenararchiv/globalisierung.htm>
33. Projektseite von Daniel Borkmann und Erik Hueneburg über Globalisierung
<http://www.globalisation.tk/>
34. World Social Forum <http://www.worldsocialforum.org>
35. Einführung aus <http://www.globalisierung-online.de>
36. Held, Karl(Hrgs.): Globalisierung – Standort. Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis von Arbeit und Reichtum PDF-Dokument
<http://www.gegenstandpunkt.com/gs/96/4/arb&reic.pdf>
37. Le Monde diplomatique: Atlas der Globalisierung ISBN 3980691764
38. Ulrich Beck: was ist Globalisierung? ISBN 3-51840-944-1
39. Cassen, Bernard. George, Susan. Richter, Horst-Eberhard, und Ziegler, Jean: Eine andere Welt ist möglich. ISBN 387975845X
40. Engel, Stefan : Götterdämmerung über der „neuen Weltordnung“ ISBN 3-88021-340-2
41. Friedman, Thomas L.: Globalisierung verstehen. Zwischen marktplatz und Weltmarkt ISBN 3612267957
42. Grefe, Christiane. Greffrath, Mathias. Schumann, Harald: Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker? ISBN 3871344516
43. Hans-Peter Martin, Hans-Peter. Schumann, Harald: Die Globalisierungsfalle/Angriff auf Wohlstand und Demokratie ISBN 3-499-60450-7

44. Forrester, Vivian: Der Terror der Ökonomie ISBN 3-44212799-8 (Streitschrift über das Verschwinden der Arbeit und seine Folgen, 1996)
45. Stiglitz, Joseph E.: Die Schatten der Globalisierung ISBN 3-88680-753-3
46. Giddens, Anthony: Entfesselte Welt ISBN 3518122002
47. Klein, Naomi. Dierlamm, Helmut (Übersetzer): No Logo! Riemann Verlag, 2002; ISBN 3570500284
48. Rau, Johannes: Chance, nicht Schicksal – die Globalisierung politisch gestalten „Berliner Rede“ von Bundespräsidenten Johannes Rau am 13. Mai 2002
http://www.bundespraesident.de/Anlage20374/Die_Berliner_Rede_2002_von_Bundespraesident_Johannes_Rau.pdf
49. Zimmer, Matthias: Der Rueckzug des Staates ist keine Loesung. Globalisierung, Gerechtigkeit und Solidaritaet: Bausteine einer Sozialpolitik im 21. Jahrhundert. Dokumentation der Frankfurter Rundschau http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation/?cnt+457023
50. Die Europäische Union. Marc Fritzler/Guenter Unser. Bundeszentrale fuer politische Bildung., 2. Auflage. Bonn 2001, 160 S., S 25-30, 39-63, 68-85.
51. Informationen zur politischen Bildung. Hrgs.: Bundeszentrale fuer politische Bildung/bpb, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Finanzis'print&media Vertrieb. Heft 274 (Internationale Beziehungen II); Heft 279 (Europäische Union); Heft 280 (Globalisierung/Internationaler Terrorismus); Heft 291 (Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert)